

# LANDESBANK BERLIN AG

## Nachtrag

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz

vom 21. April 2011

zu den im Folgenden aufgeführten Basisprospekten

Basisprospekt vom 23. Februar 2011  
für kreditereignisbezogene Wertpapiere  
(Nachtrag Nr. 1)

Basisprospekt vom 7. Juni 2010  
für Anleihen und strukturierte Wertpapiere  
(Nachtrag Nr. 2)

(nachfolgende „die Basisprospekte“ oder „der jeweilige Basisprospekt“)



**LandesBank  
Berlin**

Die Basisprospekte gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz sowie dazugehörige Nachträge wurden gemäß § 14 (2) Nr. 3.a) WpPG auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der Landesbank Berlin AG, Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, bereitgehalten. Dieser Nachtrag vom 21. April 2011 wird ebenfalls auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der o.g. Adresse bereitgehalten.

**Dieser Nachtrag sollte im Zusammenhang mit dem jeweiligen Basisprospekt und sämtlichen sonstigen Nachträgen zum jeweiligen Basisprospekt gelesen und aufgefasst werden und, in Bezug auf die jeweilige Emission von Wertpapieren im Rahmen des jeweiligen Basisprospekts, im Zusammenhang mit den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen gelesen und aufgefasst werden.**

**Dieser Nachtrag stellt, wie auch der jeweilige Basisprospekt, sonstige Nachträge zum jeweiligen Basisprospekt sowie, in Bezug auf die jeweilige Emission von Wertpapieren, die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, kein Angebot und keine Aufforderung zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren dar und sollte nicht als Empfehlung der Emittentin zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren verstanden werden. Jeder Anleger sollte sich ein eigenes Bild über die finanzielle und wirtschaftliche Situation der Emittentin machen.**

Hinsichtlich der Angaben zur Emittentin im Basisprospekt werden im nachfolgenden **Abschnitt I.** dieses Nachtrags die folgenden Abschnitte des jeweiligen Basisprospekts ersetzt:

- im Abschnitt „Zusammenfassung“ die „Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin“ (**Abschnitt I.1** dieses Nachtrags),
- im Abschnitt „Zusammenfassung“ die „Zusammenfassung der mit der Emittentin verbundenen Risiken“ (**Abschnitt I.2** dieses Nachtrags),
- im Abschnitt „Risikofaktoren“ die „Risikofaktoren im Hinblick auf die Emittentin“ (**Abschnitt I.3** dieses Nachtrags),
- der Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ (**Abschnitt I.4** dieses Nachtrags),
- die Unterabschnitte „Gerichts- oder Schiedsverfahren“ und „Tendenzielle Informationen und wesentliche Veränderungen in der Finanzlage“ im Abschnitt „Allgemeine Informationen“ (**Abschnitt I.5** dieses Nachtrags).

Am 30. März 2011 wurde der Konzernabschluss 2010 der Landesbank Berlin AG (IFRS) sowie der Jahresabschluss 2010 der Landesbank Berlin AG (HGB) veröffentlicht. Der Konzernabschluss 2010 der Landesbank Berlin AG sowie der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ist im nachfolgenden **Abschnitt II.1** dieses Nachtrags wiedergegeben. Der Jahresabschluss 2010 der Landesbank Berlin AG sowie der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ist im nachfolgenden **Abschnitt II.2** dieses Nachtrags wiedergegeben.

\*\*\*

# I.

## 1.

Im Abschnitt „Zusammenfassung“ des jeweiligen Basisprospekts wird der Abschnitt „Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin“ ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Zusammenfassung der  
Beschreibung der  
Emittentin:

Die LBB hat ihren Sitz in Berlin und ist unter der Nummer HRB 99726 B im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften jeder Art und die Durchführung der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte, Finanz- und sonstigen Dienstleistungen aller Art. Die Gesellschaft kann diesen Unternehmensgegenstand selbst oder durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen. Die LBB ist zur Trägerschaft an der Berliner Sparkasse berechtigt und nach Maßgabe einer Beleihung gemäß § 3 Abs. 2, 3 des Berliner Sparkassengesetzes vom 1. Januar 2006 verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Berliner Sparkasse ist gemäß § 3 Abs. 1 des Berliner Sparkassengesetzes eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.

Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie ist mündelsicher und berechtigt, ein Siegel mit ihrem Namen zu führen. Die Berliner Sparkasse betreibt Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Berliner Sparkasse dienen. Sie ist berechtigt, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen auszugeben und kann treuhänderische Aufgaben übernehmen. Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs der Berliner Sparkasse. Der Geschäftsbereich der Berliner Sparkasse ist auf das Land Berlin auszurichten. Sie ist berechtigt, Zweigstellen zu errichten.

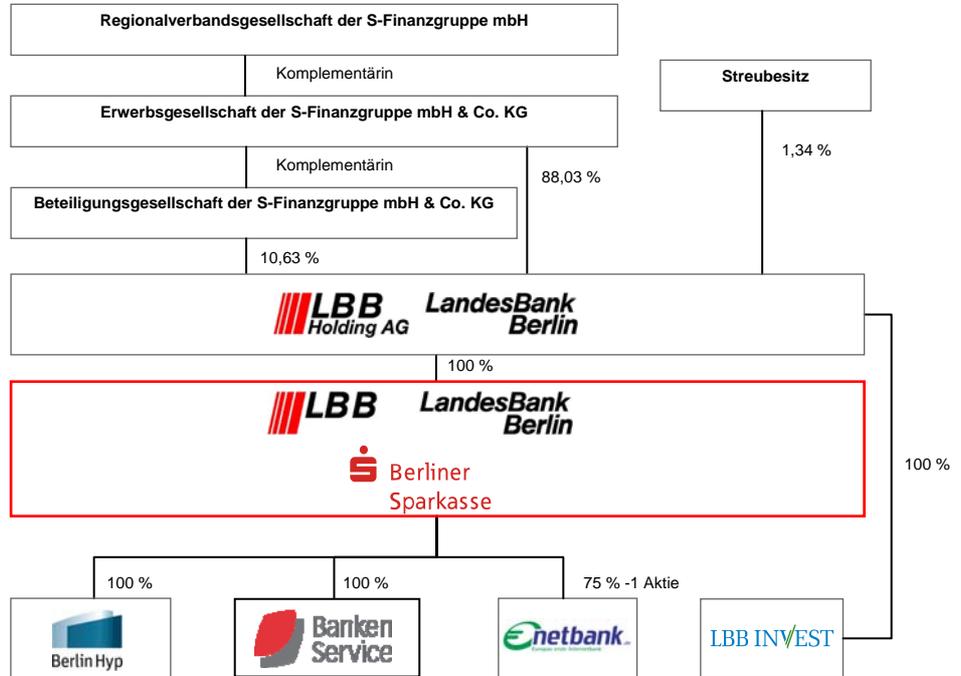
Die LBB hat gemäß § 3 Abs. 4, 5 des Berliner Sparkassengesetzes die Aufgabe einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und gilt als eigener Sparkassenverband. Sie kann Mitglied von Vereinigungen von deutschen Sparkassen- und Giroverbänden und Girozentralen sein oder ihnen beitreten. Die LBB steht in ihrer Funktion als Trägerin der Berliner Sparkasse sowie als Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und Sparkassenverband unter der Aufsicht der für das Kreditwesen zuständigen Senatsverwaltung (Aufsichtsbehörde) gemäß § 9 des Berliner Sparkassengesetzes.

Die LBB unterhält Niederlassungen in London und Luxemburg. Ferner unterhält sie über die Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, 30, Boulevard Royal L-2449 Luxemburg, einen Standort in Luxemburg. Sie emittiert Wertpapiere sowohl aus Berlin als auch aus der Landesbank Berlin Niederlassung London.

Wichtigster Markt der LBB ist Deutschland, insbesondere die Bundesländer Berlin und Brandenburg.

### Gegenwärtige Konzernstruktur

Die LBB ist eine Tochter der Landesbank Berlin Holding AG (die „LBBH“). Die LBBH besitzt 100% der Anteile an der LBB. Die LBBH gehört zu 88,03% der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (die „Erwerbsgesellschaft“). Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist mit 10,63% der Anteile an der LBBH beteiligt. 1,34% der Anteile befinden sich im Streubesitz.



### Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern mit gleichen Rechten und Pflichten. Über die Bestellung, Abberufung und Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder beschließt der Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) in seiner jeweils gültigen Fassung aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen.

### Kapitalverhältnisse

Das Gezeichnete Kapital der LBB besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von EUR 1,--. Die Aktien lauten auf den Namen. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf EUR 1.200 Mio. Vorzugsrechte oder Beschränkungen auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der LBB nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt. Alleiniger Aktionär der LBB ist die LBBH.

### Konzernabschluss gemäß IFRS:

Die LBB stellte zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2010 einen Konzernabschluss nach den Regelungen der IFRS auf, wie sie in der EU anzuwenden sind:

**Zusammenfassung  
der Finanzdaten der  
Emittentin nach IFRS<sup>1</sup>:**

	2010 konsolidiert	2009 <sup>2</sup> konsolidiert
	in € Mio.	in € Mio.
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	625	684
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	351	476
Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern	325	334
Ergebnis nach Steuern	189	255
Bilanzsumme	129.929	142.316
Ausgewiesenes Eigenkapital	1.367	1.466

**Jahresabschluss  
gemäß HGB:** Die LBB stellte zum 31. Dezember 2010 einen Jahresabschluss nach den  
Regelungen des HGB auf.

**Zusammenfassung der  
Finanzdaten der  
Emittentin nach HGB  
(Handelsgesetzbuch)<sup>3</sup>:**

	2010 unkonsolidiert	2009 unkonsolidiert
	in € Mio.	in € Mio.
Zinsüberschuss <sup>4</sup>	736	877
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	53	43
Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis) <sup>5</sup>	156	196
Ergebnis vor Steuern <sup>6</sup>	286	337
Ergebnis nach Steuern <sup>7</sup>	285	336
Bilanzsumme	99.185	104.981
Ausgewiesenes Eigenkapital	2.861	2.857

<sup>1</sup> Die Finanzdaten in der Tabelle wurden dem geprüften Konzernabschluss der LBB vom 31. Dezember 2010 entnommen.

<sup>2</sup> Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2010 wurden Korrekturen nach IAS 8.42 im Zusammenhang mit einer erfolgten Bilanzanpassung für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2009 vorgenommen.

<sup>3</sup> Die Finanzdaten in der Tabelle wurden dem geprüften Jahresabschluss der LBB vom 31. Dezember 2010 entnommen bzw. aus diesem abgeleitet.

<sup>4</sup> Die Position „Zinsüberschuss“ setzt sich aus den Positionen

- Zinserträge
- Laufende Erträge
- Erträge aus Gewinngemeinschaften
- Zinsaufwendungen

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2010 zusammen.

<sup>5</sup> Die Position „Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis)“ setzt sich aus den Positionen

- Zinsüberschuss
- Provisionsaufwendungen/-erträge
- Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
- Personalaufwand
- andere Verwaltungsaufwendungen
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen
- Sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft
- Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2010 zusammen.

<sup>6</sup> Die Position „Ergebnis vor Steuern“ setzt sich aus dem „Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis)“ sowie den Positionen

- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere/Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren
- Außerordentliche Aufwendungen/Erträge
- Aufwendungen aus Verlustübernahme

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2010 zusammen.

<sup>7</sup> Die Position „Ergebnis nach Steuern“ setzt sich aus Ergebnis vor Steuern und der Position

- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2010 zusammen.

## 2.

Im Abschnitt „Zusammenfassung“ des jeweiligen Basisprospekts wird der Abschnitt „Zusammenfassung der mit der Emittentin verbunden Risiken“ ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Zusammenfassung der mit der Emittentin verbundenen Risiken:

Die Emittentin ist allgemein im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Risiken ausgesetzt, deren Realisierung möglicherweise dazu führen kann, dass die Emittentin ihren Verpflichtungen aus den Wertpapieren nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann.

### **Auswirkungen der Finanzkrise**

Die LBB ist weiterhin als Bank den Risiken aus der seit 2007 andauernden weltweiten Finanzkrise ausgesetzt.

### **Adressenausfallrisiken**

Die LBB ist in ihrer Geschäftstätigkeit dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der LBB nicht nachkommen können. Ein Ausfall eines bedeutenden Kreditnehmers der LBB oder der Wertverlust einer Sicherheit könnte eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf den Geschäftsbetrieb der LBB, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben.

### **Anteilseignerrisiken**

Die LBB ist auch dem Risiko ausgesetzt, aus Eigenkapital, welches sie Dritten zur Verfügung gestellt hat, Verluste zu erleiden (Anteilseignerrisiko).

### **Liquiditätsrisiken**

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die LBB ihren derzeitigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen möglicherweise nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann.

### **Marktpreisrisiken**

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts sowie im Zinsmanagement ein.

### **Immobilienrisiken**

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus dem Portfolio der der LBB direkt oder indirekt zuzuordnenden Immobilien.

### **Operationelle Risiken**

In der LBB wird das operationelle Risiko definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen oder Handlungen, wie insbesondere Betrug eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken in Bezug auf das Risiko der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen oder gesetzlicher Bestimmungen und IT- und Systemrisiken mit ein.

### ***Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und Rechtsverhältnissen***

#### *Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG*

Die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, haben natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden. Die

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte der LBB im Rahmen eines aufsichtsrechtlichen Schreibens mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. Das Risiko, dass die LBB einer Freistellungsverpflichtung ausgesetzt ist, würde sich realisieren, wenn einer der Komplementäre von dritter Seite in Anspruch genommen würde und ein Versuch des Rückgriffs des Komplementärs entgegen der zuvor beschriebenen Rechtsansicht erfolgreich wäre.

*Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin*

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG („LBBH“) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Aufgrund der Regelungen der DetV können gegebenenfalls Abwicklungsrisiken entstehen, denen die Bank jedoch durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement weitestgehend zu begegnen versucht.

**Sonstige Risiken**

Die LBB ist auch Preis-, Mengen- und Kostenrisiken, die durch negative Abweichung von Erwartungswerten aufgrund der Veränderung des Geschäftsvolumens, der Margen, der Provisionserträge und/oder Kosten verursacht werden (allgemeinen Geschäftsrisiken) sowie den Risiken einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele in Folge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen (strategische Risiken) ausgesetzt.

### 3.

Im Abschnitt „Risikofaktoren“ des jeweiligen Basisprospekts wird der Abschnitt „Risikofaktoren im Hinblick auf die Emittentin“ ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

#### **Risikofaktoren im Hinblick auf die Emittentin**

Die Leistungsfähigkeit der Emittentin ist ein wesentlicher Risikofaktor für die Erfüllung der Verpflichtungen aus Wertpapieren gegenüber potentiellen Anlegern. Daher werden im folgenden Abschnitt die Risikofaktoren beschrieben, die die Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren zu erfüllen, beeinträchtigen könnten, mit der Folge, dass Anleger einen teilweisen oder vollständigen Ausfall im Hinblick auf ihre Zahlungsansprüche gegen die Emittentin erleiden könnten. Potentielle Anleger sollten diese Risikofaktoren vor einem Erwerb der Wertpapiere beachten.

#### **Auswirkungen der Finanzkrise**

Die LBB ist weiterhin als Bank den Risiken aus der seit 2007 andauernden weltweiten Finanzkrise ausgesetzt.

Im Gefolge der Finanzkrise ist die öffentliche Schuldenlast in den Industrieländern massiv angestiegen, was zu einem Vertrauensverlust an den Märkten geführt hat. Die Finanzkrise hat die Gestalt einer Verschuldungskrise angenommen. Insbesondere für die Randstaaten der Euro-Zone hat sich die Zinsbelastung gravierend erhöht. Angesichts des ebenfalls hohen Refinanzierungsbedarfs der Banken bis 2012 droht am Kapitalmarkt eine verschärfte Konkurrenz mit staatlichen Emittenten, die zu einem Engpass führen könnte. Zudem ist ein Schuldenschnitt vornehmlich für Griechenland und Irland nicht auszuschließen, was die Stabilität des Finanzsystems gefährden würde und zu einer geringeren Risikoneigung der Investoren führen könnte. Dies würde wiederum die Kapitalkosten in die Höhe treiben.

Auch könnte die derzeit anziehende Teuerung eine merkliche Anhebung der Leitzinsen erforderlich machen, was wiederum die Liquiditätssituation der Kreditinstitute und ihre Ertragskraft schwächen würde.

Darüber hinaus könnten die in Reaktion auf die Finanzkrise eingeführten bzw. diskutierten schärferen Anforderungen an das Eigenkapital und steuerlichen Zusatzbelastungen (u.a. Bankenabgabe) den geschäftlichen Spielraum der Institute einengen.

#### **Adressenausfallrisiken**

Die LBB ist in ihrer Geschäftstätigkeit dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der LBB nicht nachkommen können. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner der LBB nicht oder nicht fristgerecht leistet oder die LBB selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen von Kreditnehmern im betreffenden Land aufgrund von behördlichen Maßnahmen (z.B. Einstellung der Devisenbewirtschaftung) nicht erfüllt werden können). Entsprechend ihrer Risikostrategie geht die LBB vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Dagegen führt das Kapitalmarktgeschäft

strategiekonform überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im In- und Ausland. Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

Obwohl die LBB ihre Kreditengagements regelmäßig überprüft, können aufgrund von Ereignissen oder Umständen, die schwierig vorherzusehen oder zu erkennen sind oder die noch nicht vorhergesehen oder erkannt worden sind, Ausfälle eintreten.

Außerdem kann die LBB möglicherweise feststellen, dass eine Sicherheit z. B. als Folge von Marktentwicklungen, die den Wert der betreffenden Sicherheit mindern, zur Abdeckung des betreffenden Kreditengagements nicht ausreicht.

Ein Ausfall eines bedeutenden Kreditnehmers der LBB könnte eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf den Geschäftsbetrieb der LBB, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben.

### **Anteilseignerrisiken**

Die LBB ist auch dem Risiko ausgesetzt, aus Eigenkapital, welches sie Dritten zur Verfügung gestellt hat, Verluste zu erleiden (Anteilseignerrisiko).

### **Liquiditätsrisiken**

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die LBB zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen. Es beinhaltet unter anderem das Risiko, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können. Des Weiteren umfasst es die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel und längerfristig aufgenommene Mittel, denen keine entsprechende Fälligkeit von Verbindlichkeiten gegenüber der LBB gegenübersteht, aufgrund einer verschlechterten Bonitätseinstufung der LBB oder aus marktbedingten Gründen nach Rückzahlung nur noch kurzfristig wiederaufnehmen zu können.

### **Marktpreisrisiken**

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienkursrisiken sowie sonstigen Preisrisiken (insbesondere Credit Spread Risiken) in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts sowie im Zinsmanagement ein.

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar.

Aktienkursrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Eigenhandel sowie aus Inkongruenzen zwischen Emissionen von strukturierten Anleihen mit Aktien oder Aktienindizes als Basiswerten und den dazugehörigen Absicherungsgeschäften. Verluste können sowohl bei fallenden als auch bei steigenden Aktienkursen auftreten.

### **Immobilienrisiken**

LBB verfügt über ein Immobilienportfolio bestehend aus Objekten, welche die Bank selbst oder über Tochterunternehmen hält. Hinzu kommen Finance-Lease Objekte sowie Objekte in Fonds, an welchen die Bank beteiligt ist.

Dieses Immobilienportfolio unterliegt der Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

## **Operationelle Risiken**

Die LBB ist der Gefahr von Verlusten ausgesetzt, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen oder Handlungen wie insbesondere Betrug eintreten (operationelles Risiko). Dies schließt Rechtsrisiken ein, die aus der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen oder gesetzlicher Bestimmungen entstehen, insbesondere bei Rechtsänderungen aufgrund neuer Rechtsvorschriften oder einer Änderung der Rechtsprechung. Dies umfasst das Risiko von Verstößen aufgrund mangelnder Vertragsüberwachung, mangelnder Informationsbeschaffung oder –verarbeitung, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation) oder nicht zeitgerechter Umsetzung. IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und –Prozesse entstehen.

## ***Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und Rechtsverhältnissen***

### *Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG*

Die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, haben natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte der LBB im Rahmen eines aufsichtsrechtlichen Schreibens mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. Das Risiko, dass die LBB einer Freistellungsverpflichtung ausgesetzt ist, würde sich realisieren, wenn einer der Komplementäre von dritter Seite in Anspruch genommen würde und ein Versuch des Rückgriffs des Komplementärs entgegen der zuvor beschriebenen Rechtsansicht erfolgreich wäre.

### *Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin*

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Aufgrund der Regelungen der DetV können gegebenenfalls Abwicklungsrisiken entstehen, denen die Bank jedoch durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement weitestgehend zu begegnen versucht.

## **Sonstige Risiken**

Die LBB ist auch Preis-, Mengen- und Kostenrisiken, die durch negative Abweichung von Erwartungswerten aufgrund der Veränderung des Geschäftsvolumens, der Margen, der Provisionserträge und/oder Kosten verursacht werden (allgemeinen Geschäftsrisiken) sowie den Risiken einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele in Folge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen (strategische Risiken) ausgesetzt.

## 4.

Der Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ des jeweiligen Basisprospekts wird ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

### **Gründung, Firma und Sitz**

Die Wurzeln der Landesbank Berlin AG gehen auf das Jahr 1818 zurück, als in Berlin die erste öffentliche Sparkasse Preußens (die „Berliner Sparkasse“) gegründet wurde. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte im Jahr 1948 nach vorübergehender Einstellung der Geschäftstätigkeit eine institutionelle Trennung in die Sparkasse der Stadt Berlin West und im Ostteil in die Sparkasse der Stadt Berlin. In der Folge der deutschen Wiedervereinigung begann für die Sparkassen in Berlin ein neuer Zeitabschnitt. Am 27. September 1990 wurde das Gesetz über die Errichtung der Landesbank Berlin -Girozentrale- vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen und trat am 1. Oktober 1990 in Kraft. Die Sparkasse der Stadt Berlin West und die Sparkasse der Stadt Berlin wurden daraufhin im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Landesbank Berlin überführt. Seit dem 1. Januar 1994 gehörte die Landesbank Berlin der zu diesem Zeitpunkt neu gegründeten Bankgesellschaft Berlin AG als Tochtergesellschaft an. Aufgrund des „Gesetzes über die Berliner Sparkasse und die Umwandlung der Landesbank Berlin -Girozentrale- in eine Aktiengesellschaft“ vom 28. Juni 2005 (Berliner Sparkassengesetz) wurde die Landesbank Berlin am 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft nach deutschem Aktiengesetz umgewandelt. Gleichzeitig hat das Land Berlin die Landesbank Berlin AG mit der Trägerschaft für die öffentlich-rechtliche Berliner Sparkasse beliehen. Die Berliner Sparkasse wird nun als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt. Am 14. Juli 2006 beschloss die Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG die Zusammenführung des Bankgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG. Am 29. August 2006 erfolgte die Eintragung der HV-Beschlüsse in das Handelsregister. Damit wurde die neue Konzernstruktur rechtlich wirksam. Die Bankgesellschaft Berlin AG firmiert seit dem Tage der Eintragung unter Landesbank Berlin Holding AG. Im Rahmen des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages zwischen der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG vom 29. Mai 2006 sind die operativen Tätigkeiten der Holding, bis auf wenige Ausnahmen, in der Landesbank Berlin AG gebündelt worden. Dabei wurde nahezu der gesamte Geschäftsbetrieb der Holding im Wege der Gesamtrechtsnachfolge wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen. Die Emittentin ist eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Berlin Holding AG.

Die Landesbank Berlin AG hat ihren Sitz in Berlin und unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Geschäftsadresse des Unternehmens ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland. Tel. ist +49 30/869 801. Die Landesbank Berlin AG ist unter der Nummer HRB 99726 B im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg eingetragen. Der juristische Name des Unternehmens ist „Landesbank Berlin AG“, der kommerzielle Name ist „Landesbank Berlin“ und „LBB“. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Landesbank Berlin AG unterliegt der Aufsicht und Regulierung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und durch die Deutsche Bundesbank im Einklang mit dem Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (und seinen geänderten Fassungen).

Wichtigster Markt der Landesbank Berlin ist Deutschland, insbesondere die Bundesländer Berlin und Brandenburg. In der Region Berlin-Brandenburg konnte die Landesbank Berlin ihre Marktposition im Retail-Geschäft festigen.

Berlin und Brandenburg bilden mit ca. 6 Millionen Einwohnern und einer Fläche von über 30.000 km<sup>2</sup> eine gemeinsame Wirtschaftsregion. Berlin ist eine hochverdichtete Metropole mit einem stark wachsenden Dienstleistungsgewerbe, einer dichten und vielseitigen Wirtschaftslandschaft und einem Funktionszuwachs als Bundeshauptstadt. Die Wirtschaftsstruktur Berlins wird von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt. Traditionell stark vertreten sind neben der Elektroindustrie die Sparten Nahrungsmittel, Maschinenbau, Chemie sowie Maschinen- und Fahrzeugbau. Neben Bau und Handwerk, die meist kleinbetrieblich arbeiten, haben auch Handel und Service ein großes Gewicht. Einschließlich Handel, Gastgewerbe, Banken und Versicherungen sowie Verkehr und Nachrichten arbeiten über 50 Prozent der

Beschäftigten Berlins im privaten Dienstleistungssektor. In den letzten zehn Jahren sind dort mehr als 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Ihre Gesamtzahl ist inzwischen auf rund 750.000 angestiegen. Brandenburg ist für mitteleuropäische Verhältnisse ein dünn besiedeltes Flächenland mit einer Reihe von regionalen Entwicklungszentren, einem an Berlin angrenzenden Verflechtungsraum mit einer guten Infrastruktur und beachtlichen Ansätzen in den Branchen Medien/IT und Biotechnologie. Damit bietet Brandenburg hervorragende Standorte für flächenintensive Ansiedlungen. Innovative Wirtschaftszweige und Technologien wie Umwelttechnik, Biotechnologie und Medien-, Informations- und Kommunikationstechnologie haben ihren Platz in Brandenburg gefunden. Traditionell ansässige Branchen wie die Metallindustrie, Luftfahrttechnik und Raumfahrtindustrie, Automotive/Automobilindustrie, Ernährungsindustrie, Chemie, Optik, Film und Holzwirtschaft wurden im Kern erhalten und an den modernen Erfordernissen des globalen Wettbewerbs ausgerichtet.

Sofern Angaben von Seiten Dritter übernommen wurden, wird bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte - keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Die vorstehenden Informationen zu Berlin und Brandenburg sind den Internetseiten [www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/wirtschaft/berliner\\_wirtschaft.de.html](http://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/wirtschaft/berliner_wirtschaft.de.html), [www.mwe.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.171274.de](http://www.mwe.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.171274.de) und [www.brandenburg.de/de/wirtschaft](http://www.brandenburg.de/de/wirtschaft) entnommen.

## **Geschäftsüberblick**

### **Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften jeder Art und die Durchführung der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte, Finanz- und sonstigen Dienstleistungen aller Art. Die Bank kann diesen Geschäftszweck selbst oder durch Tochtergesellschaften und Beteiligungen erreichen. Die Bank kann Zweigstellen unter dem Namen „Berliner Sparkasse“ errichten. Die Landesbank Berlin ist zur Trägerschaft an der Berliner Sparkasse berechtigt und nach Maßgabe einer Beleihung gemäß § 3 (2) und § 3 (3) Berliner Sparkassengesetzes vom 1. Januar 2006 verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Berliner Sparkasse ist, gemäß § 3 (1) des Berliner Sparkassengesetzes, eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und wird als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt. Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie ist mündelsicher und berechtigt, ein Siegel mit ihrem Namen zu führen. Die Berliner Sparkasse betreibt Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Berliner Sparkasse dienen. Sie ist berechtigt, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen auszugeben und kann treuhänderische Aufgaben übernehmen. Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter der Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs. Der Geschäftsbereich der Berliner Sparkasse ist auf das Land Berlin auszurichten. Sie ist berechtigt, Zweigstellen zu errichten.

Gemäß § 3 (4) und (5) des Berliner Sparkassengesetzes hat die Landesbank Berlin AG als Träger der Berliner Sparkasse die Aufgabe einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und gilt als eigener Sparkassenverband. Die Hauptaufgabe der Landesbank Berlin als Sparkassenzentralbank ist die Liquiditätsversorgung der Berliner Sparkasse und die Abwicklung möglicher Kapitalmarktdienstleistungen. Sie kann Mitglied von Vereinigungen von deutschen Sparkassen- und Giroverbänden und Girozentralen sein oder ihnen beitreten. In ihrer Aufgabe als Träger der Berliner Sparkasse und als Landesbank (-Girozentrale-) und Sparkassenverband unterliegt die Landesbank Berlin AG der Aufsicht, gemäß § 9 des Berliner Sparkassengesetzes, unter der Aufsicht der für das Kreditwesen zuständigen Senatsverwal-

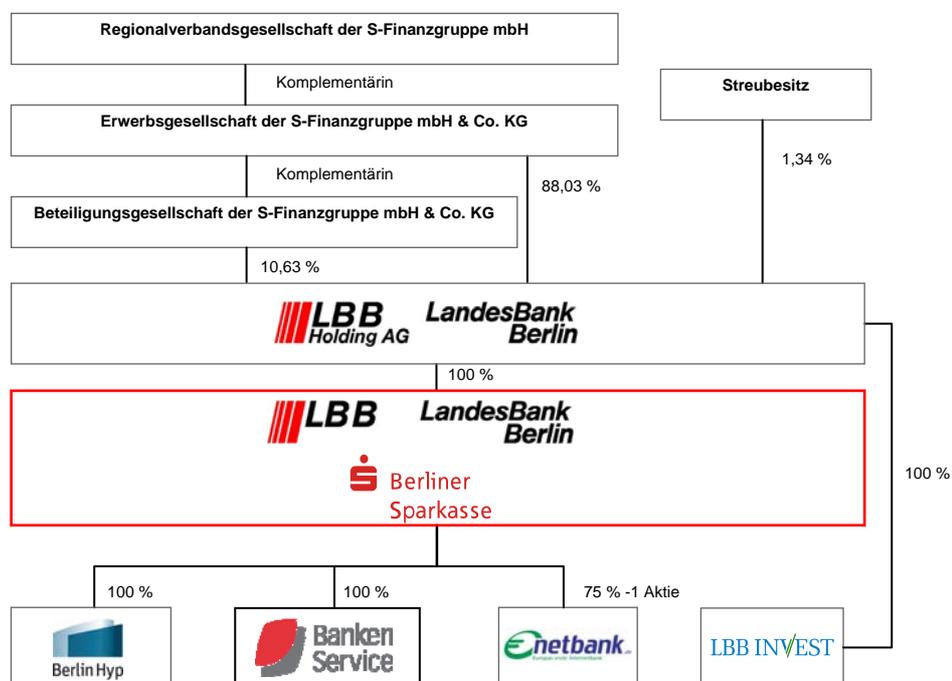
tung.

### Organisationsstruktur

Die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin AG. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG). Die LBBH hat ihren Sitz in Berlin. Geschäftsadresse ist Alexanderplatz 2, D-10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland. Die LBBH ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg/Berlin unter der Reg.Nr. HRB 527 B eingetragen.

Die Landesbank Berlin AG ist eine 100% prozentige Tochter der LBBH. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.

Die LBB hält die wichtigsten strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService GmbH (BankenService) und an der netbank AG (netbank). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der LBB an die LBBH übertragen.



Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement und die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Back-Office-Dienstleistungen des BankenService und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

<b>Landesbank Berlin</b>			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität im Konsolidierungskreis des Konzerns lag mit 5.881 am 31. Dezember 2010 leicht unter dem Vorjahreswert von 5.908.

### **Privatkundengeschäft**

Unter der Marke „Berliner Sparkasse“ betreibt der Konzern in Berlin das Geschäft mit privaten Kunden. Geschäftsziel des Privatkundengeschäfts ist es, Kunden in der Kernregion Berlin mittels Produkten und Dienstleistungen für den Zahlungsverkehr, die Geldanlage, die Finanzierung und die Vorsorge universell mit zielgerichteten Lösungen zu versorgen. Überregional betreibt der Konzern darüber hinaus das Kreditkartengeschäft mit Co-Branding-Partnern und das Konsumentenfinanzierungsgeschäft. Im Direktbankgeschäft ist der Konzern über die Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG aktiv.

### **Firmenkundengeschäft**

Das Firmenkundengeschäft umfasst das Geschäft mit Gewerbetreibenden und mittelständischen Unternehmen sowie mit der öffentlichen Hand. Kernmarkt ist die Region Berlin-Brandenburg. Die Kundenbetreuung erfolgt im Markenverbund „Landesbank Berlin“ und „Berliner Sparkasse“. Im Firmenkundensegment werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft klassische Bankdienstleistungen für Gewerbetreibende und für den Mittelstand angeboten. Zudem offeriert die LBB Betriebsmittel- und Investitionskredite sowie weitere Finanzierungslösungen. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch Leistungen für das Auslandsgeschäft, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie durch Beratung und Begleitung bei Unternehmensgründungen und –nachfolgen.

### **Kapitalmarktgeschäft**

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft (KMG) umfasst die Tätigkeitsbereiche „Client Business“ (weiter unterteilt in die Bereiche „Client Distribution“ und „Client Production“), „Treasury und Trading“ und „Internationales Geschäft“ sowie die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100-prozentige Beteiligung der Landesbank Berlin Holding AG an der LBB-INVEST.

„Client Business“ konzipiert („Client Production“) und vertreibt („Client Distribution“) schwerpunktmäßig Aktien-, Zins- und Währungsprodukte. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Investoren.

„Treasury und Trading“ steuert die Liquidität und Refinanzierung des Konzerns und generiert Erträge aus Handels- und Investmentstrategien.

„Internationales Geschäft“ konzentriert sich auf Export Credit Agency-gedekte und ungedeckte Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie das Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in ausgewählten Regionen.

Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

### **Immobilienfinanzierung**

Im strategischen Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB und der Berlin Hyp sowohl im Vertrieb als auch in der Marktfolge in enger organisatorischer Verbindung betrieben. Die Geschäftstätigkeit der Berlin

Hyp wird in diesem Geschäftsfeld vollständig abgebildet. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften sowie Developer. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten.

### **Vorstand und Aufsichtsrat**

Gemäß der Satzung der Landesbank Berlin AG besteht der Vorstand aus mindestens drei Personen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Der Vorstand berichtet regelmäßig an den Aufsichtsrat, besonders über die vorgeschlagene Geschäftspolitik und –strategie, die Ertragskraft und das laufende Geschäft der Landesbank Berlin ebenso wie über jede außergewöhnliche Angelegenheit. Aktuell setzt sich der Vorstand aus sechs Personen zusammen.

### **Vorstand**

Die folgende Übersicht zeigt die derzeitigen Mitglieder des Vorstands, die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche und weitere bedeutende Mandate der Vorstandsmitglieder außerhalb der Landesbank Berlin AG.

#### **Dr. Johannes Evers**

Vorsitzender

Unternehmensentwicklung und Recht, Revision, Personal, Finanzen

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der

- Visa Europe Limited, London

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

#### **Jan Bettink**

Immobilienfinanzierung

Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrates der

- Kreditanstalt für Wiederaufbau – Anstalt des öffentlichen Rechts (KfW), Frankfurt am Main

#### **Serge Demolière**

Kapitalmarktgeschäft

Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Börse Berlin AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
- Easdaq NV, Brüssel

Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der

- LBB Finance (Ireland) plc., Dublin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der

- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg
- LBB RE Luxembourg S.A., Luxemburg

#### **Hans Jürgen Kulartz**

Firmenkunden, Organisation, Informationstechnologie

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- netbank AG, Hamburg

- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
  - Deutsche Sparkassenleasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
  - LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
  - Röf's WP Partner AG, Düsseldorf
- Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- DKL B Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

**Martin K. Müller**

- Risiko und Controlling, Kredit, Risikobetreuung, Compliance, Bankenservice GmbH
- Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
  - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrates der
- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg

**Patrick Tessmann**

- Privatkunden
- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/ Hannover
- Mitglied des Beirates der
- BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin

**Geschäftsadresse des Vorstands**

Die Geschäftsadresse des Vorstands ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

**Aufsichtsrat**

Gemäß Satzung der Landesbank Berlin AG besteht der Aufsichtsrat aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) in seiner jeweils gültigen Fassung aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Hauptzuständigkeit des Aufsichtsrats ist die Beratung des Vorstands und die Kontrolle der Geschäftsführung der Landesbank Berlin.

Momentan setzt sich der Aufsichtsrat aus folgenden Mitgliedern zusammen:

**Heinrich Haasis**  
Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

**Bärbel Wulff\***  
Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

<b>Heiko Barten*</b>	Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Gerhard Grandke</b>	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
<b>Artur Grzesiek</b>	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Köln/Bonn
<b>Sabine Hentschel-Vélez Garzón*</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG
<b>Gerald Herrmann*</b>	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di Bundesverwaltung Berlin
<b>Claus Friedrich Holtmann</b>	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes
<b>Michael Jänichen*</b>	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
<b>Thomas Mang</b>	Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen
<b>Peter Mohr*</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Wolfgang Pansegrau*</b>	Stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Helmut Schleweis</b>	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Heidelberg
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
<b>Frank Wolf*</b>	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\* Arbeitnehmervertreter

#### **Geschäftsadresse des Aufsichtsrats**

Die Geschäftsadresse des Aufsichtsrats ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

#### **Interessenkonflikte**

Es bestehen keine potentiellen Interessenskonflikte zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes gegenüber dem Emittenten und ihrer privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

#### **Hauptanteilseigner**

Die Landesbank Berlin AG ist eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Berlin Holding AG.

#### **Finanzinformationen der Landesbank Berlin**

Die Erstellung der Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 erfolgte in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Der Konzernabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2009 und der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ist in Nachtrag Nr. 2 vom 28. April 2010 zum Basisprospekt der Landesbank Berlin AG vom 2. Juli 2009 für Anleihen und strukturierte Wertpapiere auf den Seiten F-2, F-4 sowie F-6 bis F-152 wiedergegeben und wird durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen (näheres siehe Abschnitt „Einbeziehung per Verweis“).

Der Konzernabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2010 und der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers sind im Abschnitt II.1 des Nachtrags vom 21. April 2011 zu diesem Basisprospekt wiedergegeben.

Die Erstellung des Jahresabschlusses der Emittentin für das Geschäftsjahr 2010 erfolgte in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Emittentin.

Der Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2010 und der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers sind im Abschnitt II.2 des Nachtrags vom 21. April 2011 zu diesem Basisprospekt wiedergegeben.

### **Wesentliche Verträge**

#### *Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft)*

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 EUR 15 Mio. pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind. Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

### **Aktuelle Entwicklungen und Ausblick**

Die weltweite Krise der Kapital- und Finanzmärkte ist entschärft, aber nicht bewältigt. Die private Investitionstätigkeit bleibt zunächst noch gedämpft und auch der Konsum entwickelt sich in den Regionen der Weltwirtschaft, die vormalig hohe Einfuhrüberhänge aufwiesen, schwach. Insgesamt wird es damit nur zu einer langsamen Erholung kommen.

Das Kreditgewerbe wird sich weiterhin in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen. Zwar bleiben die Ertragschancen aus der Fristentransformation bei vergleichsweise steiler Zinsstruktur auskömmlich. Dem stehen aber Risiken gegenüber, die im Kontext der Rücknahme der stimulierenden Geldpolitik und einer insgesamt volatileren Marktentwicklung bestehen. Zudem dürften die Belastungen durch Kreditausfälle zunehmen, je länger die gesamtwirtschaftliche Schwächephase dauert. Diese Konstellation würde mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, wobei auch die Diskussionen um höhere Eigenkapitalanforderungen eine zusätzliche Belastung darstellen könnten. Folglich ist es nach Einschätzung der LBB möglich, dass sich am deutschen Bankenmarkt die Tendenz zur Bilanzverkürzung fortsetzt und der Druck zur Konsolidierung weiter anhält.

## 5.

Im Abschnitt „Allgemeine Informationen“ des jeweiligen Basisprospekts werden die Unterabschnitte „Gerichts- oder Schiedsverfahren“ und „Tendenzielle Informationen und wesentliche Veränderungen in der Finanzlage“ ersetzt durch folgenden neuen Unterabschnitte:

### **Gerichts- oder Schiedsverfahren**

Es bestehen keine staatlichen Interventionen, Gerichtsverfahren oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) oder wurden in den letzten 12 Monaten aufgehoben, die sich erheblich auf die Finanzlage oder Rentabilität der Emittentin oder der Gruppe auswirken könnten bzw. in der jüngsten Zeit ausgewirkt haben.

### **Tendenzielle Informationen und wesentliche Veränderungen in der Finanzlage**

Es gibt keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Landesbank Berlin AG seit dem 31. Dezember 2010 (Datum des zuletzt veröffentlichten geprüften Jahresabschlusses).

Es gibt keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage des Konzerns der Landesbank Berlin AG, die seit dem Ende des 31. Dezember 2010 eingetreten sind (Datum des zuletzt veröffentlichten geprüften Jahresabschlusses).

**II.**

**1.**

**Konzernabschluss 2010 der Landesbank Berlin AG und  
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

# Jahresabschluss des Konzerns

## Gesamtergebnisrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

### Gewinn- und Verlustrechnung

	Notes	1.1. -	1.1. - <sup>1)</sup>	Veränderung	
		31.12.2010	31.12.2009	Mio. €	in %
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	
Zinsüberschuss	21	730	869	-139	-16
Zinserträge		4.173	4.685	-512	-11
Zinsaufwendungen		3.443	3.816	-373	-10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	105	185	-80	-43
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		625	684	-59	-9
Provisionsüberschuss	23	247	236	11	5
Provisionserträge		367	348	19	5
Provisionsaufwendungen		120	112	8	7
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	7	-15	22	> 100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	351	476	-125	-26
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-25	-107	82	77
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	27	9	-4	13	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	97	40	57	> 100
Verwaltungsaufwendungen	29	986	968	18	2
<b>Operatives Ergebnis vor Restrukturierung</b>		<b>325</b>	<b>342</b>	<b>-17</b>	<b>-5</b>
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	30	0	-8	8	100
<b>Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern</b>		<b>325</b>	<b>334</b>	<b>-9</b>	<b>-3</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31	136	79	57	72
<b>Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern</b>		<b>189</b>	<b>255</b>	<b>-66</b>	<b>-26</b>
Abgeführte Gewinne		235	273	-38	-14
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>		<b>-46</b>	<b>-18</b>	<b>-28</b>	<b>&lt; -100</b>
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		0	11	-11	-100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		-46	-29	-17	-59

1) Vorjahreszahlen angepasst

### Ergebnis je Aktie

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung
			in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	-46	-29	-59
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	1.200.000.000	1.200.000.000	0
<b>Gewinn je Aktie (€) <sup>2)</sup></b>	<b>-0,04</b>	<b>-0,02</b>	<b>-59</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) verwässertes = unverwässertes Ergebnis

## Gesamtergebnis der Periode

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
<b>Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern <sup>2)</sup></b>	<b>-46</b>	<b>-18</b>	<b>-28</b>	<b>&lt; -100</b>
Veränderung der				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	49	626	-577	-92
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-5	29	-34	< -100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-7	-18	11	61
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	17	18	-1	-6
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	31	-34	65	> 100
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	11	-11	-100
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	-4	2	-6	< -100
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	5	54	-49	-91
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	5	-6	11	> 100
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	0	5	-5	-100
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	1	-1	-100
<b>Erfolgsneutrales Ergebnis <sup>2)</sup></b>	<b>59</b>	<b>533</b>	<b>-474</b>	<b>-89</b>
<b>Gesamtergebnis der Periode</b>	<b>13</b>	<b>515</b>	<b>-502</b>	<b>-97</b>
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	0	16	-16	-100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	0	11	-11	-100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	0	5	-5	-100
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	13	499	-486	-97

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

# Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2010

Aktiva	Notes	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung		1.1.2009
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €
Barreserve	8, 33	830	1.342	-512	-38	1.727
Forderungen an Kreditinstitute	7, 34	16.532	22.236	-5.704	-26	22.333
Forderungen an Kunden	7, 35	46.466	48.590	-2.124	-4	47.493
Risikovorsorge	7, 36	-1.058	-1.116	58	5	-1.245
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 37	1.182	983	199	20	749
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	7, 38	17.158	17.476	-318	-2	18.228
Finanzanlagen	7, 39	45.013	48.657	-3.644	-7	50.436
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	9, 40	115	194	-79	-41	192
Immaterielle Vermögenswerte	10, 12, 41	109	83	26	31	78
Sachanlagen	11, 12, 42	501	523	-22	-4	534
Investment Properties	14, 43	59	86	-27	-31	65
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	17, 44	38	17	21	> 100	20
Latente Ertragsteueransprüche	17, 44	46	192	-146	-76	290
Sonstige Aktiva	45	2.926	3.040	-114	-4	3.221
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	15, 46	12	13	-1	-8	71
<b>Gesamt</b>		<b>129.929</b>	<b>142.316</b>	<b>-12.387</b>	<b>-9</b>	<b>144.192</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Passiva	Notes	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung		1.1.2009
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7, 47	32.627	41.157	-8.530	-21	45.950
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7, 48	36.476	35.442	1.034	3	32.751
Verbriefte Verbindlichkeiten	7, 49	24.695	28.657	-3.962	-14	29.826
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 50	2.000	1.624	376	23	1.340
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	7, 51	27.450	28.103	-653	-2	27.101
Rückstellungen	16, 52	1.163	1.186	-23	-2	1.147
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	20	27	-7	-26	29
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	14	12	2	17	5
Sonstige Passiva	54	1.869	2.098	-229	-11	1.902
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten		0	0	0	0	83
Nachrangkapital	18, 55	2.248	2.544	-296	-12	3.137
davon: Stille Einlagen		700	700	0	0	687
Eigenkapital	19, 56	1.367	1.466	-99	-7	921
Gezeichnetes Kapital	19, 56	1.200	1.200	0	0	1.200
Kapitalrücklage	19, 56	930	930	0	0	929
Gewinnrücklagen	19, 56	-546	-507	-39	-8	-446
Rücklage aus Währungsumrechnung	19, 56	1	1	0	0	-9
Neubewertungsrücklagen	19, 56	-230	-257	27	11	-813
Anteile im Fremdbesitz	19, 56	12	99	-87	-88	60
<b>Gesamt</b>		<b>129.929</b>	<b>142.316</b>	<b>-12.387</b>	<b>-9</b>	<b>144.192</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

## Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neu-bewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigen-kapital gesamt
<b>Eigenkapital zum 31.12.2008</b>		<b>1.200</b>	<b>929</b>	<b>-451</b>	<b>-9</b>	<b>-813</b>	<b>60</b>	<b>0</b>	<b>916</b>
Anpassungen gemäß IAS 8	57			17					17
<b>Eigenkapital zum 31.12.2008 (angepasst)</b>		<b>1.200</b>	<b>929</b>	<b>-434</b>	<b>-9</b>	<b>-813</b>	<b>60</b>	<b>0</b>	<b>933</b>
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	32						11	-19	-8
Erfolgsneutrales Ergebnis				-38	10	546	5		523
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						607	9		616
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-15	-3		-18
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)				-35			1		-34
Rücklage aus Währungsumrechnung					11				11
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile				2					2
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						51	3		54
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-5	-1		-6
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)				5					5
Rücklage aus Währungsumrechnung					1				1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile									
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5		1	-13			23	19 <sup>1)</sup>	30
<b>Eigenkapital zum 31.12.2009</b>	<b>19, 56</b>	<b>1.200</b>	<b>930</b>	<b>-485</b>	<b>1</b>	<b>-267</b>	<b>99</b>	<b>0</b>	<b>1.478</b>

1) Umgliederung in die Gewinnrücklagen

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neu-bewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigen-kapital gesamt
<b>Eigenkapital zum 31.12.2009</b>	<b>19, 56</b>	<b>1.200</b>	<b>930</b>	<b>-485</b>	<b>1</b>	<b>-267</b>	<b>99</b>	<b>0</b>	<b>1.478</b>
Anpassungen gemäß IAS 8	57	0	0	-22	0	10	0	0	-12
<b>Eigenkapital zum 31.12.2009 (angepasst)</b>		<b>1.200</b>	<b>930</b>	<b>-507</b>	<b>1</b>	<b>-257</b>	<b>99</b>	<b>0</b>	<b>1.466</b>
Ausschüttungen									0
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	32							-46	-46
Erfolgsneutrales Ergebnis				32		27			59
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						50	-1		49
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-8	1		-7
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)				31					31
Rücklage aus Währungsumrechnung Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile				1		-5			-4
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						5			5
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						5			5
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)									
Rücklage aus Währungsumrechnung Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile									
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			-71			-87	46 <sup>1)</sup>	-112
<b>Eigenkapital zum 31.12.2010</b>	<b>19, 56</b>	<b>1.200</b>	<b>930</b>	<b>-546</b>	<b>1</b>	<b>-230</b>	<b>12</b>	<b>0</b>	<b>1.367</b>

1) Umgliederung in die Gewinnrücklagen

# Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

Mio. €	Notes	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>
<b>Konzernjahresüberschuss</b>		<b>189</b>	<b>255</b>
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	22, 26, 29	188	329
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	52	113	128
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		15	-704
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	26, 28	-17	-269
Zinsüberschuss	21	-730	-867
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-537	-405
<b>Zwischensumme</b>		<b>-779</b>	<b>-1.533</b>
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	34	5.673	-57
Forderungen an Kunden	35	1.909	-1.360
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	38	340	1.818
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-125	-101
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		-8.272	-9.911
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		12.500	12.072
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	-8.488	-4.632
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	1.108	2.699
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	-3.897	-1.024
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	51	-531	729
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		17	178
Erhaltene Zinsen und Dividenden		4.582	4.774
Gezahlte Zinsen		-3.696	-3.741
Ertragsteuerzahlungen		-30	-23
<b>Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>		<b>311</b>	<b>-112</b>
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	49	208
Sachanlagen	42	1	1
Immateriellen Vermögenswerten	41	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	-219	-1
Sachanlagen	42	-22	-25
Immateriellen Vermögenswerten	41	-36	-26
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises			
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit		0	0
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>		<b>-227</b>	<b>157</b>
Einzahlungen von Unternehmenseignern <sup>2)</sup>		0	38
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter <sup>2)</sup>		-276	0
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	55	40	606
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	55	-360	-1.074
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		0	0
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>-596</b>	<b>-430</b>
<b>Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode</b>		<b>1.342</b>	<b>1.727</b>
Cashflow aus operativer Tätigkeit		311	-112
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-227	157
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-596	-430
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		0	0
<b>Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode</b>		<b>830</b>	<b>1.342</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) In 2009 Verlustübernahme der LBB AG durch die LBBH AG; In 2010 Ergebnisabführung der LBB AG an die LBBH AG

---

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kas senbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

---

## Allgemeine Angaben (Notes)

### 1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin AG (im Folgenden „LBB“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der börsennotierten und berichtspflichtigen Landesbank Berlin Holding AG (Holding). Infolge des Erwerbs der Holding durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) formierte sich im Jahr 2007 die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, als oberste Konzerngesellschaft.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2010 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2010 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Weitere Angaben zu den angewandten Bilanzierungsstandards und -interpretationen sind in nachfolgender Note enthalten.

Des Weiteren erstellt und veröffentlicht die Holding einen Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB. Auch hierbei wurden zusätzlich die relevanten DRS berücksichtigt.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen kann es in Einzelfällen zu geringfügigen Abweichungen bei der Addition kommen.

---

## 2 Angewandte Bilanzierungsvorschriften und -interpretationen

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern alle relevanten und gültigen, von der EU in europäisches Recht übernommenen und zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards und -interpretationen der International Financial Reporting Standards. Der Konzernabschluss 2010 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept sowie den für den Konzernabschluss jeweils relevanten IFRS und deren Interpretationen. Eine freiwillige, vorzeitige Anwendung von gültigen Bilanzierungsstandards und –interpretationen findet im Konzern grundsätzlich nicht statt.

Im Geschäftsjahr waren erstmals folgende wesentlichen Änderungen und Neuerungen an Bilanzierungsstandards und Interpretationen verpflichtend zu berücksichtigen:

IAS 27 (revised) „Consolidated and Separate Financial Statements“: Die Neuerungen betreffen insbesondere die bilanzielle Abbildung von Transaktionen, die zu einer Veränderung der Beteiligungsquote des Mutterunternehmens an einem Tochterunternehmen führen:

- Führt die Transaktion nicht zu einem Kontrollverlust des Mutterunternehmens beim Tochterunternehmen, erfolgt die bilanzielle Abbildung als erfolgsneutrale Eigenkapitaltransaktion.
- Führt die Transaktion zu einem Kontrollverlust des Mutterunternehmens über das Tochterunternehmen und entsteht hierbei eine Beteiligung mit maßgeblichem Einfluss, erfolgt die Dotierung der verbleibenden Equity-Beteiligung zum Fair-Value im Zeitpunkt des Kontrollverlustes und nicht mehr mit dem Wertansatz des Abgangswertes der Beteiligung im Rahmen der Entkonsolidierung.

Vorgenannte Änderungen sind prospektiv anzuwenden. Die geänderten Regelungen wurden im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 berücksichtigt, wesentliche Angaben hierzu werden in Note 5 vorgenommen.

IFRS 3 (revised) „Business Combinations“: Der überarbeitete Standard IFRS 3 ist erstmals verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 begonnen haben. Zur Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen ist weiterhin alleinig die Erwerbsmethode zulässig. Neben veränderten Anhangsangaben betreffen die Änderungen insbesondere die Präzisierung einzelner Vorschriften zur Bestimmung des Erwerbers sowie die Regelungen zur Fair-Value-Bilanzierung von Vermögenswerten und Schulden. Die Möglichkeit der Goodwillermittlung nach der Purchased-Goodwill-Methode wurde um die An-

---

wendbarkeit der Full-Goodwill-Methode erweitert. Das Wahlrecht kann für jeden Unternehmenszusammenschluss neu ausgeübt werden. Nebenkosten von Unternehmenszusammenschlüssen sind in der Periode des Anfalls erfolgswirksam zu behandeln.

Alle vorgenannten Änderungen sind prospektiv anzuwenden. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Unternehmenserwerbe im Sinne des IFRS 3 vorgenommen.

Aus den im Berichtsjahr erstmals verpflichtend anzuwendenden Standardänderungen oder Interpretationen einzelner Rechnungslegungsstandards resultieren keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Die zukünftige Anwendung zum Abschlussstichtag noch nicht verpflichtend anzuwendender Bilanzierungsstandards oder der Interpretation einzelner Rechnungslegungsstandards wird, soweit zum Abschlussstichtag quantitativ bestimmbar, keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben; grundlegende Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden sich nicht ergeben.

Am 12. November 2009 veröffentlichte der IASB den Standard IFRS 9 „Financial Instruments“ mit überarbeiteten Regelungen zu Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Dieser wurde durch den IASB am 28. Oktober 2010 durch weitere Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten ergänzt. Die neuen Veröffentlichungen sind Teil einer insgesamt dreiteiligen Überarbeitung des IAS 39. In seiner derzeitigen Form (1. Teil) beinhaltet der IFRS 9 neue Vorschriften bezüglich der Anforderungen Classification und Measurement für Finanzinstrumente, die in den Regelungsbereich des IFRS 9 fallen. Die verbindliche Erstanwendung der Anforderungen Classification und Measurement ist für Geschäftsjahre vorgeschrieben, die am 1. Januar 2013 oder später beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist grundsätzlich zulässig, wird jedoch vom Konzern nicht angestrebt.

Die Übernahme des neuen Standards IFRS 9 in EU-Recht (Endorsement) ist bisher nicht erfolgt. Vor der Übernahme in EU-Recht ist eine Erstanwendung innerhalb des EU-Raums nicht zulässig.

Der Konzern verfolgt zeitnah und kritisch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem neuen Standard IFRS 9 sowie den weiteren, bisher lediglich im Entwurfsstadium vorliegenden, Überarbeitungsschritten des IAS 39. Der Konzern bereitet sich auf die zukünftige Erstanwendung entsprechend vor. Da es sich hierbei um grundlegende Änderungen bezüglich

---

der Bilanzierung von Finanzinstrumenten handelt und der vollständige Anforderungsstand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt, sind mögliche Auswirkungen der Standardänderungen auf die Bilanzierungsgrundsätze der Bank qualitativ und quantitativ noch nicht abschätzbar.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die relevanten Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches sowie die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2010 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet.

### **3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

#### Grundsätze

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 der LBB steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die wesentlichen vom Management getroffenen Ermessungsentscheidungen, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

#### Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen

---

---

hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die Bewertung der zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen.

Für einen geringen Teil der Finanzinstrumente konnte zur Ermittlung des Fair Value weder auf notierte Marktpreise noch auf direkt oder indirekt (von Preisen abgeleitete) beobachtbare Inputparameter zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73). Der Fair Value-Hierarchie des IAS 39 folgend wurde in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Details hierzu, einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen, werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 61) ausgeführt.

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, unter anderem für den Geschäfts- oder Firmenwert. Der Wertminderungstest für den Geschäfts- oder Firmenwert, der jährlich durchzuführen ist, basiert auf der Discounted Cashflow-Methode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Cashflows geschätzt.

Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Weitere Schätzungsunsicherheiten betreffen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Note 7.3), die Rückstellungen (Note 16) und die latenten Steuern (Note 17).

#### Währungsumrechnung

Im Konzern werden die Umrechnung von Geschäftsvorfällen in Fremdwährung als auch die Umrechnung der Abschlüsse für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausländischer

---

---

Geschäftseinheiten nach IAS 21 vorgenommen. Bei der Zugangsbewertung von in Fremdwährung abgeschlossener Geschäfte erfolgt die Umrechnung in EUR mit dem am Geschäftstag gültigen Kassakurs.

Bewertungsergebnisse aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Bei der Währungsumrechnung von monetären Posten, die als Available-for-Sale klassifiziert werden, werden nur die Wertänderungen, die auf den Wechselkurs zurückzuführen sind, erfolgswirksam erfasst. Die Wertänderungen, die auf andere Risiken zurückzuführen sind, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Bei nicht monetären Posten wird die gesamte Wertänderung erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für diese ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

#### Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2009 grundsätzlich – mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Änderungen – beibehalten.

Die extreme Marktsituation, die seit 2008 vorlag, hat sich im Laufe des Berichtsjahres weiter entspannt. An den Märkten konnte auch gegenüber 2009 eine höhere Aktivität beobachtet werden. Das zeigte sich unter anderem in gestiegener Emissionstätigkeit, höheren Umsätzen und belastbareren Quotierungen. Die Kursversorgung mit externen Marktpreisangebern hat ein Niveau erreicht, das mit dem Niveau vor der Finanzkrise vergleichbar ist. Es blieben

---

jedoch Finanzinstrumente übrig, für die zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden konnte (IAS 39.AG71-73).

Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2010 wurden Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2009 vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung dieser Anpassungen sowie ihrer betragsmäßigen Auswirkungen findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 57) dieses Berichts.

#### **4 Konsolidierungsgrundsätze**

Der Konzernabschluss der LBB wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden sowie die nach der Equity-Methode einbezogenen Unternehmen.

25 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 10 assoziierte Unternehmen und 5 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden Wertkriterien wie Bilanzsumme, Eigenkapital und Jahresergebnis der Konzerngesellschaften in ihrer absoluten Höhe sowie Wertrelationen vorgenannter Kriterien zwischen Konzern und Einzelgesellschaften herangezogen. Die Prüfung der Relationen erfolgt auf Ebene Konzern-Einzelgesellschaft sowie auf Ebene aller nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 66) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden erworbener Unternehmen mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Ver-

---

mögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Transaktionen in Eigenkapitaltiteln beherrschter Unternehmen, die nicht einen Verlust der Beherrschung zur Folge haben, werden als Transaktion mit den Eigentümern im Eigenkapital dargestellt (Economic Entity Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.20 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2010 aufgestellt. Fonds und SIC-12-Gesellschaften, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2010 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available-for-Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Betei-

---

ungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

## 5 Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2010 sind neben der Landesbank Berlin AG 89 Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden; Angaben zu den weiteren, nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, können der Note 9 entnommen werden. Dieser Kreis von Unternehmen stellt den Konsolidierungskreis dar und ist aus der Anteilsbesitzliste ersichtlich. Die Veränderungen bei den Tochterunternehmen im Konsolidierungskreis stellen sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt dar:

	31.12.2009	Zugänge	Abgänge	31.12.2010
Tochterunternehmen	18	0	3	15
SIC-12-Gesellschaften				
Spezialfonds	10	0	0	10
weitere SIC-12-Gesellschaften	70	0	6	64
Gesamt	98	0	9	89

---

Im Oktober 2010 hat die Landesbank Berlin AG die von der Norddeutschen Landesbank in Höhe von 8,07 % gehaltenen Anteile an der Berlin Hyp erworben und damit ihren Anteil auf 99,66 % erhöht. Hierfür wurde eine Gegenleistung in Höhe von 100 Mio. € in bar an die Inhaber von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss gezahlt. Der Buchwert des Reinvermögens der Berlin Hyp (ohne Geschäfts- und Firmenwert des ursprünglichen Erwerbs) betrug zu diesem Zeitpunkt 1.058 Mio. €, der auf die zusätzlich erworbenen Anteile entfallende Buchwert betrug 85 Mio. €. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem auf die erworbenen Anteile entfallenden Buchwert in Höhe von 15 Mio. € wurde im Eigenkapital in den Gewinnrücklagen erfasst.

Darüber hinaus nahm die LBB an einer Kapitalerhöhung der Berlin Hyp im Umfang von rund 100 Mio. € teil und schloss einen Ergebnisabführungsvertrag mit der Berlin Hyp. Am 9. Dezember 2010 hat die außerordentliche Hauptversammlung der Berlin Hyp dem Verlangen des Vorstands der LBB als Vertreter des Hauptaktionärs mehrheitlich zugestimmt, gemäß § 327a Absatz 1 Satz 1 AktG die Aktien der Minderheitsaktionäre der Berlin Hyp auf die Hauptaktionärin gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung zu übertragen. Nach Wirksamwerden dieses Beschlusses durch Eintragung in das Handelsregister am 25. Januar 2011 verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

#### Zugänge zum Konsolidierungskreis

Seit dem 31. Dezember 2009 wurden keine Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen.

Unternehmensveräußerungen und sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis:

<b>Abgänge</b>	
Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin	Anwachsung auf die „Grundstücksgesellschaft Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin
Check Point Charlie Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands)	Entkonsolidierung nachdem die Positionen auf die Landesbank Berlin AG, Berlin übertragen wurden.
Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands)	
Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands)	
Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands)	
Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands)	
Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin	Verschmelzung auf die LBB Grundstücksgesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin
RR II R-11281, City of Wilmington / Delaware	Auflösung im Rahmen des Tender Option Bond-Programms
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	Entkonsolidierung wegen Unwesentlichkeit

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich nicht.

## 6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Universalbank. Seine Geschäftsaktivitäten betreibt der Konzern in den vier Kerngeschäftsegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft. Als weitere Segmente werden Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung ausgewiesen.

### Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** konnte das operative Ergebnis um 76 Mio. € auf 149 Mio. € gesteigert werden (Vorjahr: 73 Mio. €).

Der Zinsüberschuss lag mit 404 Mio. € um 47 Mio. € beziehungsweise 13 % über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Das Stichtagsvolumen der Einlagen wuchs im Segment Private Kunden im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 7 %. Aufgrund der im Jahr 2009 erfolgreich eingeführten neuen Kontomodelle wurde im Jahr 2010 eine Steigerung der Kontoeröffnungen auf rund 89.200 neue Konten erreicht. Der Bestand in den neuen Kontomodellen erhöhte sich auf 716.400 Konten. Das Volumen der Neuvaluierungen der Hypothekenkredite wurde gegenüber dem Vorjahr um 22 % auf 190 Mio. € gesteigert.

---

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich deutlich um 18 Mio. € auf 42 Mio. €. Maßgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch den positiven Risikoverlauf im Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft.

Der Provisionsüberschuss lag mit 194 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Während der Provisionsüberschuss im Kartengeschäft um 7 Mio. € gesteigert wurde, lag er aus dem Zahlungsverkehr mit 8 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Beim Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft wurde der Vorjahreswert leicht unterschritten (-3 Mio. €). Der Absatz von Publikumsfonds stieg im Vergleich zum Vorjahr um 8 % auf 339 Mio. €. Die Ausweitung des Absatzes von Versicherungsprodukten setzt sich weiter fort. Die nettopolicierte Beitragssumme lag im Berichtsjahr 8 % über dem Vorjahreswert. Insbesondere die Sachversicherungen trugen mit einer deutlichen Steigerung (+38 %) zum Wachstum bei. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) stiegen im Vergleich zum 31. Dezember 2009 sowohl die Provisionserträge (+9 %) als auch die Kreditkartenkonten (+10 %).

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist im Wesentlichen ein Sondereffekt aus dem Verkauf der Beteiligung ATOS Worldline Processing GmbH zu verzeichnen.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 442 Mio. € um 29 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Hierin enthalten sind Aufwendungen für Personalabbaumaßnahmen aufgrund der geplanten Umsetzung neuer Vertriebsstrukturen sowie ein erhöhter Aufwand für die im Jahr 2011 anstehende IT-Migration. In den Verwaltungsaufwendungen sind Abschreibungen in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) enthalten.

Das Segment **Firmenkunden** erzielte ein operatives Ergebnis in Höhe von 107 Mio. € und übertraf damit das Vorjahresergebnis um 19 Mio. € (Vorjahr: 88 Mio. €). Das Segment setzte damit seine positive Entwicklung auch im Jahr 2010 fort.

Das Zinsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich um 19 Mio. € auf 158 Mio. € gesteigert werden. Die Kreditrisikovorsorge stieg gegenüber 2009, die Gesamthöhe blieb aber mit 6 Mio. € auf niedrigem Niveau.

Das Volumen im Kreditneugeschäft stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30 %. Dennoch lag der Bestand an Kundenforderungen – nach Überleitungen an das Geschäftsfeld Kapitalmarkt – unter dem Bestand vom 31. Dezember 2009. Die Kundeneinlagen hingegen

---

konnten auf bereits hohem Niveau nochmals leicht um 70 Mio. € auf 5.119 Mio. € ausgebaut werden.

Die Kundenzahl war aufgrund der Übergabe von Betreuungszuständigkeiten an andere Geschäftsfelder leicht rückläufig und betrug per 31. Dezember 2010 rund 64.400.

Der Provisionsüberschuss wurde um 8 Mio. € auf 42 Mio. € verbessert. Insbesondere stiegen die Erträge aus dem Exportfinanzierungsgeschäft.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 88 Mio. € nur leicht über Vorjahresniveau (86 Mio. €).

Das operative Ergebnis des Segments **Immobilienfinanzierung** betrug 172 Mio. € (Vorjahr: 191 Mio. €).

Stark beeinflusst wurde dieses Ergebnis durch Rückgänge im Zinsüberschuss um 37 Mio. € und beim Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten um 61 Mio. €. Die Verflachung der Zinskurve und die Schwankungen an den Märkten führten im Treasury der Berlin Hyp zu entsprechenden Reduzierungen gegenüber dem sehr ertragsstarken Jahr 2009.

Sehr erfolgreich war das Kerngeschäft (gewerbliches Immobilienfinanzierungsgeschäft). Durch das gute Neugeschäft und durch ein erfolgreiches Bestandsmanagement konnte der Zinsüberschuss auf 295 Mio. € (Vorjahr: 267 Mio. €) gesteigert werden.

Das Segment Immobilienfinanzierung profitierte 2010 von den positiven Entwicklungen des inländischen Immobilienmarkts und der europäischen Kernmärkte. Die positive Marktstimmung spiegelte sich auch im Neugeschäft des Geschäftsfelds wider. Das Kontrahierungsvolumen stieg auf 6,3 Mrd. € und lag damit deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres (4,8 Mrd. €). Unsere Risiko- und Margenanforderungen galten dabei unverändert. Der Bestand der Kundenforderungen im Kerngeschäft lag per 31. Dezember 2010 mit 26,3 Mrd. € um 0,6 Mrd. € höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Positiv auf das Segmentergebnis wirkten sich auch die deutlich geringere Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 74 Mio. € (Vorjahr: 140 Mio. €) und das verbesserte Provisionsergebnis von 26 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) aus.

---

Die Verwaltungsaufwendungen betragen unverändert 115 Mio. €, darin enthalten sind wie im Vorjahr Abschreibungen in Höhe von 5 Mio. €.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** entwickelte sich im Berichtsjahr positiv und erzielte ein operatives Ergebnis von 198 Mio. € (Vorjahr: 202 Mio. €). Trotz der hohen Volatilität an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten reichte das Ergebnis damit an das Vorjahr heran.

Die Bonitätskrise in der Eurozone führte zu einer deutlichen Ausweitung der Credit Spreads und damit zu Kursverlusten bei europäischen Staatsanleihen und Finanztiteln (insbesondere von den so genannten „PIIGS“-Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien).

Der Zinsüberschuss sank im Vergleich zum Jahr 2009 um 87 Mio. € auf 345 Mio. €, im Wesentlichen verursacht durch den Rückgang der Erträge aus Geldhandelsgeschäften. Diese hatten im Vergleichszeitraum 2009 noch von der Sondersituation mit weit über den Tender-sätzen der EZB liegenden Interbankensätzen profitiert.

Nettoaufösungen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, insbesondere aus der positiven Entwicklung von Kreditrisiken im Abbauportfolio Strukturierte Finanzierungen, führten im Berichtszeitraum zu einem Ertrag von 19 Mio. €. Im Vorjahr war keine nennenswerte Risikovorsorge ausgewiesen worden. Der Provisionsüberschuss lag 2010 mit -11 Mio. € um 1 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten lag mit einem Ergebnisbeitrag von 6 Mio. € um 1 Mio. € über dem Vergleichswert des Vorjahres. Das Ergebnis aus Finanzanlagen war mit -24 Mio. € um 71 Mio. € höher als 2009. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Vorjahresergebnis durch Impairments auf Fonds sowie geringere Wertansätze für Bondbestände isländischer Banken belastet gewesen war.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 138 Mio. € um 9 Mio. € höher als im Vorjahr. In den Verwaltungsaufwendungen sind Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) enthalten.

Die Marktsituation der letzten Monate hat auch das Kundengeschäft beeinflusst, die Dynamik hat gegenüber dem Vorjahr deutlich nachgelassen.

---

Das Zertifikatevolumen stieg im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 0,4 Mrd. € auf 2,9 Mrd. €.

Im Internationalem Geschäft wurde, trotz der teilweise im Jahresverlauf noch bestehenden Restriktionen im Kreditgeschäft, ein um 31 Mio. € höheres Kreditvolumen von 1,2 Mrd. € ausgewiesen. Erreicht wurde dies durch einige größere Geschäfte in der Zielregion (Mittel-/Ost-Europa und GUS), die im Jahr 2010 um die Türkei erweitert wurde.

Das operative Ergebnis 2010 des Segments **Zinsmanagement** betrug -114 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €).

Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Deren Basis bilden die sich aus dem zinstragenden Kundengeschäft der Bank ergebenden Positionen. Die Entscheidungen im Zinsmanagement fallen in die Zuständigkeit des Dispositionsausschusses, dem alle Mitglieder des Vorstands der Landesbank Berlin AG angehören. Die Durchführung der Beschlüsse erfolgt durch die jeweils produktverantwortlichen Bereiche im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Alle im Zinsmanagement abgebildeten Marktpreisrisiken sind in die Gesamtbankrisikosteuerung eingebunden und entsprechend limitiert.

Während des Jahres 2010 blieb das Niedrigzinsszenario zunächst intakt. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen sank bis Ende August auf 2,12 %. Vor dem Hintergrund der sich fortsetzenden konjunkturellen Stabilisierung der Eurozone – insbesondere Deutschlands – kam es danach zu einem deutlichen Anstieg der Kapitalmarktzinsen, der sich unter starken Schwankungen vollzog. Bei weiterhin guter Verankerung der Geldmarktzinsen angesichts unverändert niedriger Leitzinsen der Europäischen Zentralbank wurde die Zinsstrukturkurve zum Ende des Jahres wieder steiler.

Die bereits zuvor geübte Zurückhaltung bei Investitionen wurde auch in diesem Marktumfeld beibehalten.

Bestehende Transformationsrisikopositionen litten unter der beschriebenen Entwicklung der Kapitalmarktzinsen und wurden angesichts der Dynamik des sich fortsetzenden Zinsanstiegs im weiteren Verlauf des vierten Quartals abgesichert.

---

Eine zusätzliche Ergebnisbelastung ergab sich durch das starke Volumenwachstum bei zinsvariablen Kundeneinlagen. Deren bankinterner Verrechnungszins - aus historisch gültigen Zinssätzen abgeleitet - übertraf die zu aktuellen Marktzinsen vorgenommene neutralisierende Anlage im Zinsmanagement.

In Folge der Bilanzierungsregeln der Kategorisierung stehen den Zinsaufwendungen der Passiva im Zinsüberschuss weiterhin die Zinserträge der Sicherungsgeschäfte im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber.

Das operative Ergebnis im Segment **Sonstiges** war im Berichtszeitraum begünstigt durch die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 48 Mio. € auf -185 Mio. €.

Im Segment Sonstiges werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 31 Mio. €).

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

## Ergebnisse der Segmente

	Private Kunden		Firmen-kunden		Immobilien-finanzierung		Kapitalmarkt-geschäft		Zins-management		Sonstiges <sup>4)</sup>		Konsolidierung		KONZERN	
	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009 <sup>5)</sup>	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009 <sup>5)</sup>	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009 <sup>5)</sup>
Zinsüberschuss	404	357	158	139	357	394	345	432	-474	-383	-60	-69		-1	730	869
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	42	60	6	1	74	140	-19	1	1		1	-17			105	185
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>	<b>362</b>	<b>297</b>	<b>152</b>	<b>138</b>	<b>283</b>	<b>254</b>	<b>364</b>	<b>431</b>	<b>-475</b>	<b>-383</b>	<b>-61</b>	<b>-52</b>	<b>0</b>	<b>-1</b>	<b>625</b>	<b>684</b>
Provisionsüberschuss	194	201	42	34	26	17	-11	-10	-2	-4	-1		-1	-2	247	236
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					3	5	2	-23	2	3					7	-15
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-14	47	6	5	358	424			1		351	476
Ergebnis aus Finanzanlagen	6	1			-4		-24	-95	-1	-13			-2		-25	-107
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	6	-16					2	10	1	2					9	-4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	23	3	1	2	-7	-14	-3	13	11	1	185	153	-113	-118	97	40
Verwaltungsaufwendungen	442	413	88	86	115	115	138	129	8	15	308	329	-113	-119	986	968
<b>Operatives Ergebnis vor Restrukturierung</b>	<b>149</b>	<b>73</b>	<b>107</b>	<b>88</b>	<b>172</b>	<b>194</b>	<b>198</b>	<b>202</b>	<b>-114</b>	<b>15</b>	<b>-185</b>	<b>-228</b>	<b>-2</b>	<b>-2</b>	<b>325</b>	<b>342</b>
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen						-3						-5				-8
<b>Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern</b>	<b>149</b>	<b>73</b>	<b>107</b>	<b>88</b>	<b>172</b>	<b>191</b>	<b>198</b>	<b>202</b>	<b>-114</b>	<b>15</b>	<b>-185</b>	<b>-233</b>	<b>-2</b>	<b>-2</b>	<b>325</b>	<b>334</b>
Segmentvermögen <sup>1)</sup>	5.082	4.916	4.544	5.178	50.948	51.669	63.233	69.532	13.458	15.632	2.085	2.251	-9.505	-7.071	129.845	142.107
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) <sup>1)</sup>	14.473	13.505	6.040	6.156	42.200	42.969	50.708	58.692	23.010	24.532	1.573	2.012	-9.476	-7.055	128.528	140.811
Eigenmittelanforderungen nach SolvV	254	262	238	251	1.050	1.117	769	1.032	112	151	124	78			2.547	2.891
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) <sup>2)</sup>	309	305	270	222	877	943	959	998	643	690	-1.609	-1.897			1.449	1.261
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.265	2.324	289	285	452	452	331	318			2.544	2.529			5.881	5.908
Eigenkapitalrentabilität <sup>3)</sup>	48,2%	23,9%	39,6%	39,6%	19,6%	20,3%	20,6%	20,2%	neg.	2,2%					22,4%	26,5%
Cost-Income-Ratio <sup>3)</sup>	69,8%	75,6%	43,8%	49,1%	31,9%	25,6%	43,5%	38,9%	neg.	50,0%					69,6%	64,7%

1) Segmentvermögen / -verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen

2) für den Konzern insgesamt wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital (ohne stille Einlage) und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen

3) gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

4) inklusive Aufwand für Vergütung der stillen Einlage (1.1.-31.12.2010: 51 Mio. €, 1.1.-31.12.2009: 51 Mio. €)

5) Vorjahreszahlen angepasst

---

## Methodische Grundlagen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 basiert auf dem „Management Approach“, das heißt das interne Reporting bildet hinsichtlich Form und Inhalt die Grundlage für die externe Segmentberichterstattung. Die ausgewiesenen Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie im internen Reporting abgebildet wird. Durch das interne Reporting erfolgt die regelmäßige Information des „Chief Operating Decision Maker“ über die Segmentergebnisse. „Chief Operating Decision Maker“ ist der Gesamtvorstand, der auf Grundlage dieser Informationen über die Zuordnung von Ressourcen zu den Segmenten entscheidet sowie die Performance der Segmente beurteilt.

Das interne Reporting basiert auf IFRS-Werten, daher entfällt die in IFRS 8.28 geforderte Überleitungsrechnung. Konsolidierungsbeträge aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten werden im Segment Konsolidierung ausgewiesen.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten

---

gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieft Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/ -verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökonomischen Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität - berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (MAK; umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals.

Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlage wird im Segment „Sonstiges“ ausgewiesen.

---

## Angaben auf Unternehmensebene

Die geografische Aufteilung der Erträge des Konzerns ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Aufteilung orientiert sich wesentlich nach dem Standort der bilanzierenden Gesellschaft.

	Inland		Ausland		Konzern	
	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009 <sup>3)</sup>	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2010	1.1.-31.12. 2009 <sup>3)</sup>
in Mio. €						
<b>Erträge gesamt<sup>1)</sup></b>	1.190	1.150	121	159	1.311	1.309
<b>Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern</b>	234	205	91	128	325	333
<b>langfristige Vermögenswerte<sup>2)</sup></b>	571	567	39	39	610	606

1) Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis

2) Summe aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten

3) Vorjahreszahlen angepasst

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den Notes-Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

---

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

### 7 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingeggebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden im Rahmen der Folgebewertung entsprechend ihrer Kategorie teilweise mit fortgeführten Anschaffungskosten, teilweise zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstanfang von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von Bilanzposten wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

#### 7.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen. Eine Überleitung mit Angabe der jeweiligen Buchwerte je Kategorie findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 61) dieses Berichts. Dort finden sich auch Angaben zu vorgenommenen zulässigen Änderungen bei der Einordnung in diese Kategorien (Umkategorisierungen).

---

## Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden oder wurden (zum Beispiel auch ABS-Wertpapiere). In diesem Fall erfolgt der Ausweis unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien/Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall der im Jahr 2008 umkategorisierten Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bis zur Umkategorisierung in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt beziehungsweise bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

## Held-to-Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

---

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held-for-Trading, HfT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Anlagebuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugerechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Anlagebuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung, Effekte aus der Währungsumrechnung, laufende Zins- und Dividendenzahlungen sowie Maklercourtage werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die so genannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen und Aktienbestände angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Als Passiva sind verbrieft Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbrieft Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, um ein Accounting Mismatch zu vermeiden.

---

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

#### Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet werden. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen, der Kategorie AfS zugeordnet, deren Wert sich aus am Markt beobachtbaren Parametern ableiten lässt. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) wird die Neubewertungsrücklage unmittelbar erfolgswirksam aufgelöst und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis berücksichtigt. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt.

#### Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden

---

als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

## 7.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäften. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

---

Finanzielle Vermögenswerte, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Forderungen, sondern unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

### 7.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), pauschalierten Einzelwertberichtigungen (pEWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und Länderwertberichtigungen (LWB) Rechnung.

#### Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

#### Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

#### Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der Forderungen bereits einzelwertberichtigter Kreditnehmer. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

---

Die durch Umgliederung nunmehr zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente werden in die PoWB einbezogen. Deren Methodik wird auch nach Ausweitung der zu betrachtenden Bestände unverändert angewendet.

#### Länderwertberichtigung (LWB)

Länderwertberichtigungen werden zur Abschirmung von Transferrisiken gebildet. Diese Wertberichtigungen werden für sämtliche risikobehafteten Forderungen gegenüber allen Schuldern in einem Land vorgenommen. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich des bereits einzelwertberichtigten Forderungsanteils.

Die Kreditrisikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt beziehungsweise in die PoWB einbezogen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen sind im Abschnitt Risikomanagement aufgeführt.

#### 7.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den Buchgewinn oder -verlust angepasst, welcher dem abgesi-

---

cherten Risiko zuzurechnen ist. Diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Mit Ausnahme eines Teilbetrags des Nachrangkapitals werden finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten, sondern unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

#### 7.5 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held-for-Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Geschäfte des Nichthandelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Finanzinstrumente dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, werden gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten ausgewiesen.

#### 7.6 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Unter bestimmten Bedingungen wird nach IAS 39 eine getrennte Bilanzierung des zugrunde liegenden Basisvertrages und des eingebetteten Derivats gefordert. In diesem Sinne trennungspflichtige strukturierte Finanzinstrumente ordnet die Bank ausnahmslos der Fair Value Option zu. Folglich wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

---

## 7.7 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Im Konzern kommen das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

### Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte der Kategorien LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wird das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während der übrige – nicht vom abgesicherten Risiko verursachte – Teil der Wertänderung in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral erfasst wird.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, führt der Konzern prospektiv und retrospektiv Effektivitätstests durch. Für die retrospektive Effektivitätsmessung kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+ 100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein so genannter Critical Term Match durchgeführt.

---

## Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Im Berichtszeitraum wurden Zahlungsströme mit Laufzeiten von 1 Monat bis zu 20 Jahren abgesichert.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertveränderungen werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage aus Cashflow-Hedges erfasst. Sofern im Rahmen des Effektivitätsnachweises eine Ineffektivität ermittelt wird, wird diese erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich hierbei die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow-Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80 - 125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

Im Berichtszeitraum gab es keine gesicherten Grundgeschäfte, mit deren Eintreten nicht mehr gerechnet wird.

## 7.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden beziehungsweise zum Fair Value designierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen zum Bilanzstichtag beziehungsweise zum Umwidmungstichtag nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden

---

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf signifikante oder dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Für Eigenkapitaltitel der Kategorie AfS wird gemäß IAS 39.61 eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Bei Fremdkapitaltiteln erfolgt neben einer qualitativen Untersuchung nach IAS 39.59 eine quantitative Untersuchung, ob eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwertes vorliegt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Schuldtiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrundes nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

## 7.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

### Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

---

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

#### Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

#### 7.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Bei Finanzgarantien gegen Einmalzahlung, wird diese über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

---

## 8 Barreserve

Der Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken werden zum Nennwert ausgewiesen.

## 9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

In dieser Kategorie werden Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt. Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt.

	31.12.2009	Zugänge	Abgänge	31.12.2010
Joint Ventures (IAS 31) – at Equity bewertet	1	0	1	0
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – at Equity bewertet	2	0	0	2
Spezial- und Publikumsfonds – at Equity bewertet	6	3	5	4
Gesamt	9	3	6	6

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen, und in der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

---

## **10 Immaterielle Vermögenswerte**

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- und Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- und Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn die Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

## **11 Sachanlagen**

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Bruttobuchwerte der Anschaffungskosten umfassen gemäß IAS 16.16 neben dem Anschaffungspreis insbesondere die Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen. Nachträgliche Anschaffungskosten werden gemäß IAS 16.12 ff. berücksichtigt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

---

Abschreibungsdauer in Jahren

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser ( < 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser ( > 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

## **12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert**

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögens-

---

werten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- und Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Der Konzern steuert und bewertet die Geschäfts- und Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder). Im Rahmen des Impairmenttests wird untersucht, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) übersteigt. Bei der Berechnung des erzielbaren Betrags wird der Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Die Berechnung des Nutzungswerts erfolgt anhand der jeweils für den Impairmenttest-Stichtag gültigen, vom Management verabschiedeten Planungsrechnung des Konzerns (Management Approach).

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (ohne Geschäfts- und Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- und Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor

---

---

kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- und Firmenwert wird nicht vorgenommen.

### **13 Leasinggeschäft**

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

#### Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

#### Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrags geleasteten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer

---

planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

#### Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

#### Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties, und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleaster Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

## **14 Investment Properties**

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties

---

gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Investment Properties werden – gemäß dem so genannten cost model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Beim Vorliegen von Wertminderungen, die über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen, werden diese vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

---

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser ( < 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser ( > 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

Bei der Bestimmung des Fair Value von als Investment Properties gehaltenen Immobilien wird auf öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige, mit entsprechender Berufserfahrung, zurückgegriffen, soweit dieses zur Fair Value-Bestimmung notwendig ist. Die Bestimmung des Fair Value erfolgt regelmäßig im Rahmen von Ertragswertermittlungen. Hierbei werden Annahmen bezüglich Bodenwerten, Liegenschaftszinssatz, Restnutzungsdauer des Gebäudes, nachhaltiger Vermietbarkeit von Gebäudeflächen sowie des nachhaltigen Mietzinses getroffen. Soweit Daten aktueller Markttransaktionen für in Lage und Ausstattung vergleichbarer Liegenschaften bekannt sind, werden diese bei der Fair Value-Findung mit berücksichtigt.

## **15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen**

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erwartet wird, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräu-

---

ßerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten, ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

## **16 Rückstellungen**

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

---

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssätzen abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinst.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demographischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, soweit arbeitsvertraglich keine andere Vereinbarung getroffen wurde, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

## **17 Ertragsteuern**

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und Überhänge der aktiven latenten Steuern wurden in der Höhe angesetzt,

---

in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraums von 5 Jahren – unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung realisiert werden können. Diese ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle steuerliche Planungsrechnungen der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen beziehungsweise zukünftig anzuwendenden und beschlossenen Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -pflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -pflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

## **18 Nachrangkapital**

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien

---

werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Ein Teilbetrag in Höhe von 146 Mio. € wird freiwillig zum Fair Value bewertet (Fair Value-Option). Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den Buchgewinn oder -verlust angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist.

## **19 Eigenkapital**

### Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

### Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 1.200 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

### Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

### Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

---

## Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich zu 55 Mio. € (Vorjahr: 24 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu -601 Mio. € (Vorjahr: -531 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

## Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

## Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzt, sowie vereinzelte Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Wertpapiere und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

## Mindestkapitalanforderungen des Konzerns LBB Holding

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und betrug per 31. Dezember 2010 4.238 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen per 31. Dezember 2010 4.081 Mio. €

---

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGVO ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ab. Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 16,89 % und eine Kernkapitalquote in Höhe von 15,24 %. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

#### Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

## **20 Außerbilanzielles Geschäft**

#### Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

#### Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um mögliche Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftli-

---

chem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

### 21 Zinsüberschuss

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
<b>Zinserträge</b>			
Zinserträge aus Forderungen	1.847	2.281	-19
Zinserträge aus Finanzanlagen	554	913	-39
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	10	12	-17
Sonstige Zinserträge	1.762	1.479	19
<b>Summe der Zinserträge</b>	<b>4.173</b>	<b>4.685</b>	<b>-11</b>
<b>Zinsaufwendungen</b>			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.251	1.918	-35
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	72	91	-21
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	2.120	1.807	17
<b>Summe der Zinsaufwendungen</b>	<b>3.443</b>	<b>3.816</b>	<b>-10</b>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>730</b>	<b>869</b>	<b>-16</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von 3.973 Mio. € (Vorjahr: 4.510 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 2.928 Mio. € (Vorjahr: 3.317 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren. Weiterhin sind hierin Zinserträge in Höhe von 1.561 Mio. € (Vorjahr: 1.304 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 1.606 Mio. € (Vorjahr: 1.305 Mio. €) aus Hedge Accounting enthalten.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 58 Mio. € (Vorjahr: 65 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

---

## 22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	202	146	38
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	307	331	-7
<b>Gesamt</b>	<b>105</b>	<b>185</b>	<b>-43</b>

Die Risikovorsorge resultiert hauptsächlich aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

## 23 Provisionsüberschuss

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
<b>Provisionserträge</b>			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	65	67	-3
Zahlungsverkehr / Kontoführung	107	111	-4
Kreditgeschäft	38	33	15
Kartengeschäft	126	108	17
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	17	14	21
Sonstige Provisionserträge	14	15	-7
<b>Summe der Provisionserträge</b>	<b>367</b>	<b>348</b>	<b>5</b>
<b>Provisionsaufwendungen</b>			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	17	21	-19
Zahlungsverkehr / Kontoführung	12	9	33
Kreditgeschäft	11	10	10
Kartengeschäft	61	54	13
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	13	11	18
Sonstige Provisionsaufwendungen	6	7	-14
<b>Summe der Provisionsaufwendungen</b>	<b>120</b>	<b>112</b>	<b>7</b>
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>247</b>	<b>236</b>	<b>5</b>

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 265 Mio. € (Vorjahr: 240 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 88 Mio. € (Vorjahr: 72 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

Die verbleibenden Provisionserträge und -aufwendungen betreffen im Wesentlichen andere Dienstleistungen.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2010 noch 2009 angefallen.

---

## 24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	121	-8	> 100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	-114	-7	< -100
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>-15</b>	<b>&gt; 100</b>

Bei dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen handelt es sich um eine Nettoposition von Bewertungsergebnissen aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen. Aufgrund einer nicht idealtypischen Entwicklung der Effektivität in den zugrunde liegenden Sicherungszusammenhängen kann es periodenbezogen zu gleichförmigen Entwicklungen des Ergebnisses aus Grund- und Sicherungsgeschäften kommen, obwohl auf Ebene der einzelnen Sicherungsbeziehungen unverändert effektive Sicherungszusammenhänge vorliegen.

Aus Makro Cashflow-Hedges fiel wie im Vorjahr kein als ineffektiv zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung der Sicherungsderivate an.

Darüber hinaus kommt im Konzern kein Hedge Accounting zur Anwendung.

---

## 25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held-for-Trading)	294	545	-46
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	57	-69	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>351</b>	<b>476</b>	<b>-26</b>

Die Teilergebnisse setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

### Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Nichthandelsbuch-Derivate. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividendenerträge.

### Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	63	177	-64
Bewertungsergebnis aus Passiva	-6	-246	98
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>	<b>-69</b>	<b>&gt; 100</b>

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

---

## 26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	0	-25	100
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	15	8	88
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	15	33	-55
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-25	-82	70
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	5	4	25
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	30	86	-65
<b>Gesamt</b>	<b>-25</b>	<b>-107</b>	<b>77</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen 5 Mio. € (Vorjahr: -28 Mio. €<sup>1)</sup>) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und -30 Mio. € (Vorjahr: -79 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 27 Mio. € (Vorjahr: 67 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 3 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS).

### Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein so genanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Ergebnis der Kategorien LaR, AfS, HtM und OL umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen Ergebniseffekte aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf -81 Mio. € (Vorjahr: -140 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.

---

<sup>1</sup> Vorjahreszahl angepasst

---

Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt 42 Mio. € (Vorjahr: -79 Mio. €<sup>2</sup>). Enthalten sind 5 Mio. € (Vorjahr: -29 Mio. €<sup>3</sup>), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden 55 Mio. € (Vorjahr: 588 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Nach Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von 44 Mio. € (vergleiche Gesamtergebnis der Periode).

Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf 44 Mio. € (Vorjahr: -83 Mio. €).

## 27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Bewertungsergebnis	3	8	-63
Laufendes Ergebnis	3	6	-50
Wertaufholung Beteiligungsansatz	3	-18	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>9</b>	<b>-4</b>	<b>&gt; 100</b>

<sup>2</sup> Vorjahreszahl angepasst

<sup>3</sup> Vorjahreszahl angepasst

---

## 28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	2	3	-33
Ergebnis aus Investment Properties	10	6	67
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	11	-1	> 100
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	25	30	-17
IT-Erträge	13	13	0
Entkonsolidierungserfolge	17	-4	> 100
Sonstige Steueraufwendungen	1	-2	> 100
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	20	-9	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>97</b>	<b>40</b>	<b>&gt; 100</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst (Rundung)

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Ergebnisse aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR und dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen.

Die Position „Sonstige Steueraufwendungen“ beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

In den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der im Rahmen von Operating Lease zur Verfügung gestellten Gegenstände beträgt 44 Mio. €

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

Restlaufzeiten	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	1	2	-50
über ein Jahr bis fünf Jahre	1	2	-50
<b>Gesamt</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>-50</b>

## 29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Personalaufwendungen	540	527	2
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	58	64	-9
Andere Verwaltungsaufwendungen	388	377	3
<b>Gesamt</b>	<b>986</b>	<b>968</b>	<b>2</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Personalaufwendungen:

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Löhne und Gehälter	410	394	4
Soziale Abgaben	59	58	2
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	71	75	-5
<b>Gesamt</b>	<b>540</b>	<b>527</b>	<b>2</b>

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert):

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	40	41	-2
Planmäßige Abschreibungen	40	41	-2
Wertminderungen	0	0	0
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	18	23	-22
Planmäßige Abschreibungen	18	23	-22
Wertminderungen	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>58</b>	<b>64</b>	<b>-9</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Andere Verwaltungsaufwendungen:

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Gebäude- und Raumkosten	61	63	-3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	162	156	4
Werbung und Marketing	24	25	-4
Geschäftsbetriebskosten	65	61	7
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	54	51	6
Personalabhängige Sachkosten	15	14	7
Sonstige	3	3	0
<b>Gesamt</b>	<b>388</b>	<b>377</b>	<b>3</b>

Das im Geschäftsjahr 2010 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
für Jahresabschlussprüfungen	5	5	0
für andere Bestätigungsleistungen	1	1	0
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>0</b>

Die Abschlussprüferhonorare wurden per 31. Dezember 2010 gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB dargestellt. Die Angaben umfassen die Darstellung der Abschlussprüferhonorare für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 285 Nr. 17 HGB. Aus den Abgrenzungen für den Abschluss

per 31. Dezember 2009 wurden im Berichtsjahr für die Jahresabschlussprüfungen 0,2 Mio. € ergebniswirksam aufgelöst. Die Darstellung per 31. Dezember 2010 erfolgte jeweils ohne Berücksichtigung der Umsatzsteuer (IDW RS HFA 36).

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

Restlaufzeiten	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	26	26	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	42	50	-16
über fünf Jahre	13	17	-24
<b>Gesamt</b>	<b>81</b>	<b>93</b>	<b>-13</b>

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 1 Mio. €.

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 26 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2010 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

---

### 30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Restrukturierungserträge	0	1	-100
Restrukturierungsaufwendungen	0	9	-100
<b>Gesamt</b>	<b>0</b>	<b>-8</b>	<b>100</b>

Der im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens für die ehemalige Bankgesellschaft Berlin AG durchgeführte Restrukturierungsprozess ist abgeschlossen. Die wirtschaftlich nachgelagerten Umsetzungen waren im Geschäftsjahr von untergeordneter Bedeutung. Aus diesem Grund wurden Restrukturierungserträge und -aufwendungen in andere Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

### 31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht aus einem steuerlichen Organkreis sowie Unternehmen, die diesem Organkreis nicht angehören.

Zwischen der Landesbank Berlin AG und der Landesbank Berlin Holding AG besteht seit Anfang 2006 ein Ergebnisabführungsvertrag und somit ein ertragsteuerliches Organschaftsverhältnis. Damit werden latente Steuern auf temporäre Differenzen und steuerliche Verlustvorträge bei den im Konsolidierungskreis des Konzerns Landesbank Berlin enthaltenen Organgesellschaften der Holding sowie deren konsolidierten Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform einer Personengesellschaft – soweit es die Körperschaftsteuer betrifft – nur im Konzernabschluss der Holding angesetzt. Im Konzern Landesbank Berlin werden hierfür keine latenten Steuern ausgewiesen.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	3	21	-86
Latente Steuern	133	58	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>136</b>	<b>79</b>	<b>72</b>

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>
	Mio. €	Mio. €
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS</b>	<b>325</b>	<b>334</b>
Konzernertragsteuersatz	30,175 %	30,175 %
<b>Rechnerischer Ertragsteueraufwand</b>	<b>98</b>	<b>101</b>
1. Steuerfreie Erträge	-69	-52
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	0	3
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	0	0
4. Steuersatzabweichungen	1	0
5. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	106	26
6. Nicht abzugsfähige Ertrag- oder Quellensteuer	0	0
7. Aperiodische Effekte	0	1
8. Sonstiges	0	0
<b>Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/Steuerertrag (-)</b>	<b>136</b>	<b>79</b>
Effektiver Steuersatz	41,9 %	23,7 %

1) Vorjahreszahlen angepasst

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren ganz überwiegend aus dem Bestehen des Organschaftsverhältnisses zur Holding.

---

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 12 % und 29 %. Bei einer inländischen Konzerngesellschaft liegt die Soll-Steuerquote aufgrund höherer Gewerbesteuerhebesätze über dem Konzernsteuersatz von 30,175 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund der Unterschiede zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt. Des Weiteren sind in dieser Position die Effekte aus den Steuersatzänderungen in England und Luxemburg berücksichtigt worden.

Der Abschluss des Ergebnisabführungsvertrags zwischen der Landesbank Berlin AG und der Berlin Hyp führte zur Auflösung der bei dieser Gesellschaft erfolgswirksam erfassten aktiven latenten Steuern in Höhe von 122 Mio. € im Teilkonzernabschluss (weitere 7 Mio. € wurden in diesem Zusammenhang erfolgsneutral erfasst). Darüber hinaus reflektiert die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ im Wesentlichen Steuereffekte im Zusammenhang mit der zusätzlichen Aktivierung latenter Steuern auf bisher nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge. In Höhe der verbrauchten aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge konnten bei der Niederlassung London der Landesbank Berlin AG aktive latente Steuern auf Verlustvorträge neu gebildet werden (12 Mio. €).

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 130 Mio. € (Vorjahr: 516 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) wurden latente Steuern in Höhe von insgesamt 34 Mio. € (Vorjahr: 100 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden aktive latente Steuern in Höhe von 21 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die Niederlassung der LBB AG in London sowie die LBB International S.A. Luxemburg. Darüber hinaus wurden bei der Berlin Hyp sämtliche aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von 58 Mio. € aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags aufgelöst. Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 715 Mio. € (Vorjahr: 388 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 93 Mio. € (Vorjahr: 103 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG, die Besteuerung der Betriebsstättenergebnisse allein in den Quellenstaaten und § 8 GewStG). Die im Konzern der LBB bilanzierten aktiven latenten Steuern sind

---

dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt. Abschreibungen auf latente Steuern waren im Berichtszeitraum nicht erforderlich.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt 4 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €). Diese entfällt mit 4 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) auf die AfS-Rücklage und mit 0 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio.) auf die Rücklage für die Cash-Flow-Hedges.

Für temporäre Unterschiede gemäß IAS 12.81(f) waren aufgrund des Organschaftsverhältnisses der LBB zur Holding keine latenten Steuern zu berücksichtigen.

## 32 Ergebnis je Aktie

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	-46	-29	-59
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	1.200.000.000	1.200.000.000	0
<b>Gewinn je Aktie (€)<sup>2)</sup></b>	<b>-0,04</b>	<b>-0,02</b>	<b>-59</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2010 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

---

## Angaben zur Bilanz (Notes)

### 33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Kassenbestand	367	426	-14
Guthaben bei Zentralnotenbanken	463	916	-49
<b>Gesamt</b>	<b>830</b>	<b>1.342</b>	<b>-38</b>

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 453 Mio. € (Vorjahr: 892 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll zum Bilanzstichtag betrug 561 Mio. € (Vorjahr: 621 Mio. €).

## 34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
<b>LaR</b>			
<b>Termin- und Sichteinlagen</b>	<b>12.312</b>	<b>16.983</b>	<b>-28</b>
täglich fällig	2.358	2.407	-2
bis drei Monate	5.030	8.137	-38
über drei Monate bis ein Jahr	4.904	6.415	-24
über ein Jahr bis fünf Jahre	20	24	-17
<b>Darlehen</b>	<b>1.130</b>	<b>1.239</b>	<b>-9</b>
bis drei Monate	135	149	-9
über drei Monate bis ein Jahr	383	444	-14
über ein Jahr bis fünf Jahre	523	580	-10
über fünf Jahre	89	66	35
<b>Schuldscheindarlehen</b>	<b>1.039</b>	<b>1.326</b>	<b>-22</b>
bis drei Monate	22	22	0
über drei Monate bis ein Jahr	136	287	-53
über ein Jahr bis fünf Jahre	698	863	-19
über fünf Jahre	183	154	19
<b>Kommunalkredite</b>	<b>1.891</b>	<b>2.363</b>	<b>-20</b>
bis drei Monate	95	347	-73
über drei Monate bis ein Jahr	420	291	44
über ein Jahr bis fünf Jahre	770	1.059	-27
über fünf Jahre	606	666	-9
<b>Andere Forderungen</b>	<b>160</b>	<b>209</b>	<b>-23</b>
täglich fällig	109	169	-36
bis drei Monate	16	1	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	3	3	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	22	20	10
über fünf Jahre	10	16	-38
<b>Gesamt LaR</b>	<b>16.532</b>	<b>22.120</b>	<b>-25</b>
<b>AfS</b>			
<b>Kommunalkredite</b>	<b>0</b>	<b>116</b>	<b>-100</b>
bis drei Monate	0	93	-100
über drei Monate bis ein Jahr	0	23	-100
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	0	0
<b>Andere Forderungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Gesamt AfS</b>	<b>0</b>	<b>116</b>	<b>-100</b>
<b>Gesamt</b>	<b>16.532</b>	<b>22.236</b>	<b>-26</b>

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 16.001 Mio. € (Vorjahr: 21.801 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 531 Mio. € (Vor-

---

jahr: 435 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2010 Wertberichtigungen in Höhe von 42 Mio. € (Vorjahr: 36 Mio. €).

## 35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
<b>LaR</b>			
<b>Termin- und Sichteinlagen</b>	<b>2.360</b>	<b>2.279</b>	<b>4</b>
täglich fällig	1.322	1.349	-2
bis drei Monate	927	860	8
über drei Monate bis ein Jahr	111	70	59
<b>Darlehen</b>	<b>10.723</b>	<b>10.804</b>	<b>-1</b>
bis drei Monate	670	615	9
über drei Monate bis ein Jahr	935	1.159	-19
über ein Jahr bis fünf Jahre	4.201	3.563	18
über fünf Jahre	4.917	5.467	-10
<b>Schuldscheindarlehen</b>	<b>1.460</b>	<b>893</b>	<b>63</b>
bis drei Monate	322	242	33
über drei Monate bis ein Jahr	368	205	80
über ein Jahr bis fünf Jahre	572	435	31
über fünf Jahre	198	11	> 100
<b>Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken</b>	<b>16.651</b>	<b>15.942</b>	<b>4</b>
bis drei Monate	2.827	2.616	8
über drei Monate bis ein Jahr	1.341	1.797	-25
über ein Jahr bis fünf Jahre	8.718	7.952	10
über fünf Jahre	3.765	3.577	5
<b>Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen</b>	<b>1.835</b>	<b>1.687</b>	<b>9</b>
bis drei Monate	57	31	84
über drei Monate bis ein Jahr	63	86	-27
über ein Jahr bis fünf Jahre	474	426	11
über fünf Jahre	1.241	1.144	8
<b>Kommunalkredite <sup>1)</sup></b>	<b>11.781</b>	<b>14.944</b>	<b>-21</b>
bis drei Monate	1.326	1.616	-18
über drei Monate bis ein Jahr	1.006	2.476	-59
über ein Jahr bis fünf Jahre	3.949	4.430	-11
über fünf Jahre	5.500	6.422	-14
<b>Andere Forderungen</b>	<b>1.148</b>	<b>1.092</b>	<b>5</b>
täglich fällig	677	672	1
bis drei Monate	46	62	-26
über drei Monate bis ein Jahr	149	24	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	244	280	-13
über fünf Jahre	32	54	-41
<b>Gesamt LaR</b>	<b>45.958</b>	<b>47.641</b>	<b>-4</b>
<b>AfS</b>			
<b>Kommunalkredite</b>	<b>508</b>	<b>949</b>	<b>-46</b>
bis drei Monate	23	159	-86
über drei Monate bis ein Jahr	36	283	-87
über ein Jahr bis fünf Jahre	303	353	-14
über fünf Jahre	146	154	-5
<b>Andere Forderungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Gesamt AfS</b>	<b>508</b>	<b>949</b>	<b>-46</b>
<b>Gesamt</b>	<b>46.466</b>	<b>48.590</b>	<b>-4</b>

1) Die Positionen „Kommunalkredite der Hypothekenbanken“ und „Kommunalkredite anderer Kreditinstitute“ wurden zusammengefasst.

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 45.534 Mio. € (Vorjahr: 47.739 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 932 Mio. € (Vorjahr: 851 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2010 Wertberichtigungen in Höhe von 1.016 Mio. € (Vorjahr: 1.080 Mio. €).

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

### 36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (hauptsächlich in der Kategorie Loans and Receivables):

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	-42	-36	-17
Forderungen an Kunden	-1.016	-1.080	6
<b>Gesamt</b>	<b>-1.058</b>	<b>-1.116</b>	<b>5</b>

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Risikovorsorge	-1.058	-1.116	5
zuzüglich Rückstellungen	-13	-18	28
<b>Gesamt</b>	<b>-1.071</b>	<b>-1.134</b>	<b>6</b>

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zulasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird,

---

stehen die Eingänge auf diese wertberichtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Im Geschäftsjahr hat sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigung				pauschalierte Einzelwertberichtigung		Portfoliowertberichtigung		Altkredite		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		Gesamt		davon GuV-wirksam		
	Forderungen an Kreditinstituten		Forderungen an Kunden		2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	
	2010	2009	2010	2009															
<b>Stand 1.1. vor Konsolidierungskreisänderung</b>	22	9	706	864	203	172	135	140	30	40	18	24	11	12	1.134	1.260			
Konsolidierungskreisänderung				4											0	4			
<b>Stand 1.1.</b>	22	8	706	868	203	172	135	140	39	49	18	24	11	12	1.134	1.273			
Zuführungen	11	20	215	222	32	43		8			1	4	1	3	260	300	260	300	
Abgänge																			
Inanspruchnahmen	2		116	265	6	5			18	10					142	280			
Auflösungen	2		92	77	10	3	25				6	10	4	4	139	94	139	94	
Unwinding	1		52	61	5	4									58	65	58	65	
Wechselkursänderungen / Umbuchungen	6	-6	10	19				-13							16	0			
<b>Stand 31.12.</b>	34	22	671	706	214	203	110	135	21	39	13	18	8	11	1.071	1.134	63	141	
<b>Stand 31.12. nach Forderungsarten:</b>																			
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken (LaR)				300		262												47	31
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen (LaR)				33		56												63	52
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (LaR)																		47	120
Kommunalkredite anderer KI (LaR)																			
Andere Forderungen (LaR)	34	22	338	388															
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (AfS)																			
Andere Forderungen (AfS)																			
<sup>1)</sup> darin enthalten Zuschreibungen aus Wertaufholung in Höhe von 48 Mio. € (Vorjahr: 34 Mio. €)																			

---

### 37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	878	865	2
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow -Hedges	304	118	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>1.182</b>	<b>983</b>	<b>20</b>

Von den positiven Marktwerten aus derivativen Sicherungsbeziehungen sind 1.142 Mio. € langfristig.

## 38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Handelsaktiva	11.652	12.795	-9
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	5.506	4.681	18
<b>Gesamt</b>	<b>17.158</b>	<b>17.476</b>	<b>-2</b>

### Handelsaktiva (HfT):

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	511	796	-36
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	642	619	4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	7.572	8.160	-7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	2.927	3.220	-9
<b>Gesamt</b>	<b>11.652</b>	<b>12.795</b>	<b>-9</b>

### Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12	48	133	110	262	474	104	164	511	796
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	1	1	641	618	642	619
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	342	491	595	977	3.152	3.696	3.483	2.996	7.572	8.160
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	70	106	72	293	1.657	1.546	1.128	1.275	2.927	3.220
<b>Gesamt</b>	<b>424</b>	<b>645</b>	<b>800</b>	<b>1.380</b>	<b>5.072</b>	<b>5.717</b>	<b>5.356</b>	<b>5.053</b>	<b>11.652</b>	<b>12.795</b>

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO):

	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>	Veränderung
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>	in %
Forderungen an Kunden	47	52	-10
Finanzanlagen	5.459	4.629	18
<b>Gesamt</b>	<b>5.506</b>	<b>4.681</b>	<b>18</b>

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2010 beträgt 47 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €); Kreditderivate oder ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Forderungen an Kunden	0	0	0	0	0	0	47	52	47	52
Finanzanlagen	120	49	543	115	3.448	2.597	1.348	1.868	5.459	4.629
<b>Gesamt</b>	<b>120</b>	<b>49</b>	<b>543</b>	<b>115</b>	<b>3.448</b>	<b>2.597</b>	<b>1.395</b>	<b>1.920</b>	<b>5.506</b>	<b>4.681</b>

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2010 auf 44 Mio. € (Vorjahr: -9 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen -53 Mio. € (Vorjahr: -165 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen und Finanzanlagen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

## 39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
<b>LaR</b>	<b>24.410</b>	<b>31.797</b>	<b>-23</b>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.398	31.786	-23
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12	11	9
<b>AfS</b>	<b>18.939</b>	<b>15.199</b>	<b>25</b>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18.721	14.982	25
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	118	114	4
Beteiligungen	99	100	-1
Verbundene Unternehmen	1	3	-67
<b>HtM</b>	<b>1.664</b>	<b>1.661</b>	<b>0</b>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.664	1.661	0
<b>Gesamt</b>	<b>45.013</b>	<b>48.657</b>	<b>-7</b>

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
<b>LaR</b>										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.691	2.522	3.887	5.347	14.280	17.460	4.540	6.457	24.398	31.786
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	1	11	0	0	10	0	0	12	11
<b>AfS</b>										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	946	450	2.462	2.494	11.849	9.682	3.464	2.356	18.721	14.982
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	118	114	118	114
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	99	100	99	100
Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	1	3	1	3
<b>HtM</b>										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	1.127	1.092	537	569	1.664	1.661
<b>Gesamt</b>	<b>2.638</b>	<b>2.973</b>	<b>6.360</b>	<b>7.841</b>	<b>27.256</b>	<b>28.244</b>	<b>8.759</b>	<b>9.599</b>	<b>45.013</b>	<b>48.657</b>

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Buchwert 1.1.</b>	<b>100</b>	<b>102</b>	<b>3</b>	<b>2</b>
Zugänge	1	1	1	1
Abgänge	1	1	0	0
Umbuchungen	0	0	-2	-25
Abschreibungen	1	2	1	0
kumulierte Veränderung aus der Fair Value-Bewertung	0	0	0	25
<b>Buchwert 31.12.</b>	<b>99</b>	<b>100</b>	<b>1</b>	<b>3</b>

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

#### Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

In den Beteiligungen sind 15 (Vorjahr: 16) assoziierte Unternehmen und Joint Ventures mit untergeordneter Bedeutung, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, enthalten. Deren Bewertung erfolgt nach IAS 39 zu Anschaffungskosten.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	569	504	13
Summe der Verpflichtungen	549	491	12
Erträge	339	291	16
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	8	3	> 100

---

## 40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Es werden insgesamt 2 (Vorjahr: 2) assoziierte Unternehmen und 0 (Vorjahr: 1) Joint Venture sowie 4 (Vorjahr: 6) Fonds nach der Equity-Methode bewertet und gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz ausgewiesen.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Anteile an Kreditinstituten	60	60	0
Anteile an sonstigen Unternehmen	55	134	-59
<b>Gesamt</b>	<b>115</b>	<b>194</b>	<b>-41</b>

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Summe der Vermögenswerte	7.988	8.179	-2
Summe der Verpflichtungen	7.458	7.451	0
Erträge	407	442	-8
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	26	35	-26

---

## 41 Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	21	21	0
Sonstige selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte	12	5	> 100
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	76	57	33
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>	<b>83</b>	<b>31</b>

Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 8 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 8 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst-erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Buchwert 1.1.</b>	<b>21</b>	<b>21</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>57</b>	<b>53</b>	<b>83</b>	<b>78</b>
Zugänge	0	0	8	3	36	25	44	28
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	1	2	17	21	18	23
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Buchwert 31.12.</b>	<b>21</b>	<b>21</b>	<b>12</b>	<b>5</b>	<b>76</b>	<b>57</b>	<b>109</b>	<b>83</b>

<sup>1)</sup> Anpassung im Vorjahr aufgrund von Rundung

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Die sonstigen immateriellen Vermögenswerte beinhalten aktivierte Computersoftware, insbesondere im Rahmen von Systemanpassungen des Konzerns. Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 332 Mio. € (Vorjahr: 288 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 225 Mio. € und zum Ende der Periode auf 243 Mio. €.

## 42 Sachanlagen

	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung	1.1.2009
	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €
Grundstücke und Gebäude	379	390	-3	399
Betriebs- und Geschäftsausstattung	122	133	-8	135
<b>Gesamt</b>	<b>501</b>	<b>523</b>	<b>-4</b>	<b>534</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 260 Mio. € (Vorjahr: 319 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2010 Mio. €	2009 <sup>1)</sup> Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Buchwert 1.1.</b>	<b>390</b>	<b>399</b>	<b>133</b>	<b>135</b>	<b>523</b>	<b>534</b>
Zugänge	7	1	15	25	22	26
Abgänge	0	0	1	1	1	1
Umbuchungen	-3	3	0	0	-3	3
Abschreibungen	15	15	25	26	40	41
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	2	0	0	0	2
<b>Buchwert 31.12.</b>	<b>379</b>	<b>390</b>	<b>122</b>	<b>133</b>	<b>501</b>	<b>523</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 609 Mio. € (Vorjahr: 605 Mio. €<sup>4</sup>). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 215 Mio. € und zum Ende der Periode auf 230 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 358 Mio. € (Vorjahr: 356 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 223 Mio. € und zum Ende der Periode auf 236 Mio. €.

<sup>4</sup> Vorjahreswert angepasst

---

## 43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Unbebaute Grundstücke	0	1	-100
Bebaute Grundstücke und Gebäude	59	85	-31
<b>Gesamt</b>	<b>59</b>	<b>86</b>	<b>-31</b>

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 15 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

	Investment Properties	
	2010	2009
	Mio. €	Mio. €
<b>Buchwert 1.1.</b>	<b>86</b>	<b>65</b>
Zugänge	0	15
Abgänge	25	1
Umbuchungen	0	10
Abschreibungen	2	2
Wertminderungen	0	2
Wertaufholungen	0	1
<b>Buchwert 31.12.</b>	<b>59</b>	<b>86</b>

Die Zugänge des Vorjahres betreffen die Umgliederung zweier ursprünglich zur Veräußerung gehaltener Objekte sowie den Rückerwerb eines bereits veräußerten Objektes.

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 164 Mio. € (Vorjahr: 201 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 115 Mio. € und zum Ende der Periode auf 105 Mio. €.

Der Fair Value der in den Investment Properties enthaltenen Immobilien beträgt 62 Mio. € (Vorjahr: 86 Mio. €).

---

#### 44 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	38	17	> 100
Latente Steuern	46	192	-76
<b>Gesamt</b>	<b>84</b>	<b>209</b>	<b>-60</b>

Von den Ansprüchen auf tatsächliche Ertragsteuern sind 29 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) langfristige.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstituten und Kunden abzüglich Risikovorsorge	9	88	-90
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0
Finanzanlagen	106	9	> 100
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	2	4	-50
Sonstige Aktiva	31	1	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	10	5	100
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	99	-100
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	28	307	-91
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	26	200	-87
Rückstellungen	6	11	-45
Nachrangkapital	0	5	-100
Sonstige Passiva	1	73	-99
Verlustvorträge	34	100	-66
<b>Zwischensumme</b>	<b>253</b>	<b>902</b>	<b>-72</b>
Saldierung mit passiven latenten Steuern	-207	-710	71
<b>Gesamt</b>	<b>46</b>	<b>192</b>	<b>-76</b>

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

---

## 45 Sonstige Aktiva

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	2.842	2.903	-2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	46	60	-23
Rechnungsabgrenzung	16	18	-11
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	0	0	0
Übrige	22	59	-63
<b>Gesamt</b>	<b>2.926</b>	<b>3.040</b>	<b>-4</b>

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

## 46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte	12	13	-8
Abgangsgruppen	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	<b>-8</b>

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte soll im Jahr 2011 erfolgen.

Unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten bestand kein Abwertungsbedarf.

Im Jahr 2010 wurden drei fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude als zur Veräußerung gehalten klassifiziert und im Verlauf des Jahres verkauft. Darüber hinaus wurden 2010 keine weiteren Immobilien als veräußerbar klassifiziert.

Die finanziellen Vermögenswerte betreffen vier Beteiligungen, von denen eine bereits 2009 als zur Veräußerung verfügbar ausgewiesen wurde; die Verhandlungen dauern aufgrund

nicht vorhersehbarer Umstände noch an. Die Vermögenswerte sind den Segmenten „Private Kunden“ und „Sonstiges“ zugeordnet.

Eine weitere Beteiligung, die zum 31. Dezember 2009 zum Verkauf bestimmt war, wurde im Verlauf des Jahres 2010 veräußert und war bis zu ihrer Veräußerung dem Segment „Private Kunden“ zugeordnet.

#### 47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
<b>Termin- und Sichteinlagen</b>	<b>29.705</b>	<b>37.786</b>	<b>-21</b>
täglich fällig	929	1.303	-29
bis drei Monate	27.284	24.573	11
über drei Monate bis ein Jahr	1.472	11.887	-88
über ein Jahr bis fünf Jahre	20	23	-13
über fünf Jahre	0	0	0
<b>Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe</b>	<b>881</b>	<b>914</b>	<b>-4</b>
bis drei Monate	128	57	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	47	325	-86
über ein Jahr bis fünf Jahre	387	416	-7
über fünf Jahre	319	116	> 100
<b>Begebene Schuldscheindarlehen</b>	<b>989</b>	<b>1.111</b>	<b>-11</b>
bis drei Monate	138	70	97
über drei Monate bis ein Jahr	89	135	-34
über ein Jahr bis fünf Jahre	587	529	11
über fünf Jahre	175	377	-54
<b>Andere Verbindlichkeiten</b>	<b>1.052</b>	<b>1.346</b>	<b>-22</b>
täglich fällig	89	359	-75
bis drei Monate	30	62	-52
über drei Monate bis ein Jahr	106	34	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	414	483	-14
über fünf Jahre	413	408	1
<b>Gesamt</b>	<b>32.627</b>	<b>41.157</b>	<b>-21</b>

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 31.739 Mio. € (Vorjahr: 37.750 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in

Höhe von 888 Mio. € (Vorjahr: 3.407 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Darüber hinaus sind 69 Mio. € (Vorjahr: 110 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

#### 48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung	1.1.2009
	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €
<b>Termin- und Sichteinlagen</b>	<b>19.067</b>	<b>17.378</b>	<b>10</b>	<b>12.061</b>
täglich fällig	12.945	11.891	9	7.800
bis drei Monate	5.674	4.256	33	3.723
über drei Monate bis ein Jahr	438	1.220	-64	531
über ein Jahr bis fünf Jahre	10	11	-9	7
über fünf Jahre	0	0	0	0
<b>Spareinlagen</b>	<b>6.059</b>	<b>6.164</b>	<b>-2</b>	<b>7.510</b>
bis drei Monate	4.614	5.276	-13	7.454
über drei Monate bis ein Jahr	1.414	847	67	5
über ein Jahr bis fünf Jahre	27	37	-27	47
über fünf Jahre	4	4	0	4
<b>Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe</b>	<b>5.644</b>	<b>5.481</b>	<b>3</b>	<b>5.766</b>
bis drei Monate	164	150	9	653
über drei Monate bis ein Jahr	163	407	-60	283
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.168	1.250	-7	1.422
über fünf Jahre	4.149	3.674	13	3.408
<b>Begebene Schuldscheindarlehen</b>	<b>4.225</b>	<b>4.730</b>	<b>-11</b>	<b>5.374</b>
bis drei Monate	164	260	-37	185
über drei Monate bis ein Jahr	331	406	-18	571
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.273	1.686	35	1.640
über fünf Jahre	1.457	2.378	-39	2.978
<b>Andere Verbindlichkeiten</b>	<b>1.481</b>	<b>1.689</b>	<b>-12</b>	<b>2.040</b>
täglich fällig	657	749	-12	1.335
bis drei Monate	239	302	-21	60
über drei Monate bis ein Jahr	10	10	0	25
über ein Jahr bis fünf Jahre	74	107	-31	120
über fünf Jahre	501	521	-4	500
<b>Gesamt</b>	<b>36.476</b>	<b>35.442</b>	<b>3</b>	<b>32.751</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 34.909 Mio. € (Vorjahr: 33.096 Mio. €<sup>5</sup>) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von

<sup>5</sup> Vorjahreswert geändert

---

1.567 Mio. € (Vorjahr: 2.346 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Insgesamt sind darin 226 Mio. € (Vorjahr: 256 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

#### Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, betragen 275 Mio. € (Vorjahr: 288 Mio. €<sup>6</sup>).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmerdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 45 Mio. € (Vorjahr: 45 Mio. €).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 589 Mio. € (Vorjahr: 600 Mio. €<sup>7</sup>).

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	60	59	2
über ein Jahr bis fünf Jahre	251	246	2
über fünf Jahre	741	806	-8
<b>Gesamt</b>	<b>1.052</b>	<b>1.111</b>	<b>-5</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

---

<sup>6</sup> Vorjahreswert angepasst

<sup>7</sup> Vorjahreswert angepasst

---

---

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009<sup>1)</sup></b>	Veränderung
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>	in %
bis ein Jahr	47	48	-2
über ein Jahr bis fünf Jahre	177	181	-2
über fünf Jahre	239	282	-15
<b>Gesamt</b>	<b>463</b>	<b>511</b>	<b>-9</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009<sup>1)</sup></b>	Veränderung
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>	in %
bis ein Jahr	13	11	18
über ein Jahr bis fünf Jahre	74	65	14
über fünf Jahre	502	524	-4
<b>Gesamt</b>	<b>589</b>	<b>600</b>	<b>-2</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

Die bedingten Mietzahlungen des Geschäftsjahres betragen wie im Vorjahr 0 Mio. €.

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 30 Mio. € (Vorjahr: 34 Mio. €) gegenüber.

---

## 49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Begebene Schuldverschreibungen	24.159	28.480	-15
Hypothekendarlehen	8.349	7.893	6
Öffentliche Pfandbriefe	7.929	11.534	-31
Sonstige Schuldverschreibungen	7.881	9.053	-13
Sonstige verbrieft verbundene Verbindlichkeiten	536	177	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>24.695</b>	<b>28.657</b>	<b>-14</b>

In den sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) enthalten.

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis drei Monate	3.278	1.879	74
über drei Monate bis ein Jahr	2.868	6.229	-54
über ein Jahr bis fünf Jahre	14.482	13.734	5
über fünf Jahre	4.067	6.815	-40
<b>Gesamt</b>	<b>24.695</b>	<b>28.657</b>	<b>-14</b>

---

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2010 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

	Gattung	Währung	Nominal Mio. WE 2010	2009
<b>Emissionen</b>	Anleihen	EUR	206	1.440
	Hypothekendarlehen	EUR	1.862	1.560
	Anleihen	USD	1.783	1.188
	Anleihen	JPY	101.876	0
	Anleihen	CHF	479	229
<b>Rückzahlungen</b>	Anleihen	EUR	2.813	2.025
	Hypothekendarlehen	EUR	5.349	3.950
	Anleihen	USD	2.032	599
	Anleihen	JPY	101.876	0
	Anleihen	FRF	0	3.250
	Anleihen	CHF	709	0
<b>Rückkäufe</b>	Anleihen	EUR	0	319

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 336 Mio. € (Vorjahr: 401 Mio. €).

Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

## 50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.372	1.169	17
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	628	455	38
<b>Gesamt</b>	<b>2.000</b>	<b>1.624</b>	<b>23</b>

Von den negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsbeziehungen sind 1.890 Mio. € langfristig.

## 51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Handelspassiva	10.717	11.793	-9
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	16.733	16.310	3
<b>Gesamt</b>	<b>27.450</b>	<b>28.103</b>	<b>-2</b>

### Handelspassiva (HfT)

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	201	289	-30
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	7.662	8.356	-8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	2.854	3.148	-9
<b>Gesamt</b>	<b>10.717</b>	<b>11.793</b>	<b>-9</b>

### Gliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	176	258	4	0	21	31	0	0	201	289
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	245	531	666	1.022	3.117	3.706	3.634	3.097	7.662	8.356
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	98	104	55	277	1.403	1.339	1.298	1.428	2.854	3.148
<b>Gesamt</b>	<b>519</b>	<b>893</b>	<b>725</b>	<b>1.299</b>	<b>4.541</b>	<b>5.076</b>	<b>4.932</b>	<b>4.525</b>	<b>10.717</b>	<b>11.793</b>

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO):

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	623	633	-2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	848	1.015	-16
Verbriefte Verbindlichkeiten	15.116	14.531	4
Nachrangkapital / Hybridkapital	146	131	11
<b>Gesamt</b>	<b>16.733</b>	<b>16.310</b>	<b>3</b>

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	66	50	29	169	346	314	182	100	623	633
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31	29	28	136	284	232	505	618	848	1.015
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.723	1.086	1.248	712	9.851	9.739	1.294	2.994	15.116	14.531
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	0	0	31	26	115	105	146	131
<b>Gesamt</b>	<b>2.820</b>	<b>1.165</b>	<b>1.305</b>	<b>1.017</b>	<b>10.512</b>	<b>10.311</b>	<b>2.096</b>	<b>3.817</b>	<b>16.733</b>	<b>16.310</b>

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2010 auf 11 Mio. € (Vorjahr: 80 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen 47 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €<sup>8</sup>).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf 262 Mio. € (Vorjahr: -161 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von -127 Mio. € (Vorjahr: -578 Mio. €), der sich aufgrund der für Zero-

<sup>8</sup> Vorjahreswert angepasst

bonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

## 52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Rückstellungen für Pensionen	900	901	0
Sonstige Rückstellungen	263	285	-8
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen <sup>1)</sup>	16	16	0
Restrukturierungsrückstellungen	44	48	-8
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	13	18	-28
Übrige Rückstellungen <sup>1)</sup>	190	203	-6
<b>Gesamt</b>	<b>1.163</b>	<b>1.186</b>	<b>-2</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst (Rundung)

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen beziehen sich auf die im EU-Beihilfeverfahren genehmigten Restrukturierungsbeihilfen. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft beziehen sich überwiegend auf Avale. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personalmaßnahmen (74 Mio. €), Prozesskosten (18 Mio. €), Gewährleistungsverpflichtungen und Ausgleichsforderungen (12 Mio. €), andere Steuern (6 Mio. €) sowie für Übrige (80 Mio. €) enthalten. Die Rückstellungen für Personalmaßnahmen beinhalten Aufwendungen für variable Vergütungsbestandteile, Altersteilzeit sowie für Vorruhestandsregelungen. Die Position Übrige umfasst im Wesentlichen Rückbaukosten für zentrale und dezentrale Standorte.

Sämtliche Rückstellungen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr.

### 52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

---

## Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin AG erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

## Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

## Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

## Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2010 31 Mio. € (Vorjahr: -33 Mio. €).

## Versorgungsverpflichtungen

### a) Defined Contribution Plan (Beitragsorientierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und

---

---

Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 551 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 550 T€).

#### b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin AG bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),

Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),

Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),

Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),

Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),

Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),

Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp),

Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp),

Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine / Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalles in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt, Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufen-

---

den Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls errechnet.

#### Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen / freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2010 erhielten noch 808 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2010 rund 16,0 Mio. € (Vorjahr: rund 18,2 Mio. €).

#### Versicherungsmathematische Annahmen

##### Ökonomische Annahmen:

	31.12.2010	31.12.2009
Rechnungszins	5,40 %	5,50 %
Gehaltstrend	0,50 - 3,50 %	3,00 - 3,50 %
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 - 2,20 %	1,00 - 3,00 %
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 - 3,00 %	2,00 - 3,00 %
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	3,10 %	3,40 %
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	5,00 %	5,00 %
Bis Alter 40	3,00 %	3,00 %
Bis Alter 50	1,00 %	1,00 %
Ab Alter 50	0,00 %	0,00 %

##### Demographische Annahmen:

Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG

Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

##### Zusammensetzung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	23	24
abzüglich Fair Value-Planvermögenswerte	-16	-18
	<b>7</b>	<b>6</b>
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	893	895
<b>Gesamt</b>	<b>900</b>	<b>901</b>

## Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2010	2009
<b>Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.</b>	<b>901</b>	<b>838</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	17	17
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	-
Zinsaufwand	50	49
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-36	-36
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-31	33
<b>Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.</b>	<b>900</b>	<b>901</b>

## Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2010	2009
<b>Pensionsverpflichtungen zum 1.1.</b>	<b>919</b>	<b>858</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	17	17
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	-
Zinsaufwand	50	49
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-39	-40
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-31	33
<b>Pensionsverpflichtungen zum 31.12.</b>	<b>916</b>	<b>919</b>

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 900 Mio. € verändern sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern im Vergleich zum Vorjahr um -1 Mio. €

## Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2010	2009
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	81,8	72,7
Nicht festverzinslich	5,9	4,8
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	8,5	17,6
Ausland	2,8	3,5
Bankguthaben	1,0	1,4
<b>Gesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

#### Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (16 Mio. €) und drei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2010	2009
<b>Fair Value des Planvermögens zum 1.1.</b>	<b>18</b>	<b>20</b>
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	0	0
Rentenzahlungen	-3	-3
<b>Fair Value des Planvermögens zum 31.12.</b>	<b>16</b>	<b>18</b>

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 510 T€ (Vorjahr: 867 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) enthalten, jedoch wie im Vorjahr keine nicht festverzinslichen Wertpapiere.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	2010	2009
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste		
Geschäftsjahr	31	-33
Kumuliert Vorjahre	24	57
<b>Gesamt</b>	<b>55</b>	<b>24</b>

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2010	2009
Laufender Dienstzeitaufwand	17	17
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-	-
Zinsaufwand	50	49
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
<b>Gesamt</b>	<b>66</b>	<b>65</b>

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen drei Jahre:

in Mio. €	2010	2009	2008	2007
Pensionsverpflichtung (DBO)	916	919	858	865
Planvermögen	16	18	20	23
Überschuss des Plans	900	901	838	842
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	31	-33	29	101
in %				
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:				
DBO	7,2	5,4	2,0	12,5 <sup>1)</sup>
Planvermögen	-0,5	0,3	-2,0	-5,0

<sup>1)</sup> betrifft nahezu ausschließlich die Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2011	2010
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	-39	-37

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2010 ein Rechnungszins von 2,2 % (Vorjahr: 3,5 %) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

## 52.2 Sonstige Rückstellungen

	2010	2009
	Mio. €	Mio. €
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>285</b>	<b>309</b>
Zuführungen	70	77
Inanspruchnahmen	66	89
Auflösungen	29	21
Umbuchungen	-1	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	1
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Aufzinsungseffekte	4	8
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>263</b>	<b>285</b>

### Davon: Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen

	2010	2009 <sup>1)</sup>
	Mio. €	Mio. €
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>16</b>	<b>15</b>
Inanspruchnahmen	1	1
Auflösungen	0	0
Aufzinsungseffekte	1	2
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>16</b>	<b>16</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst (Rundung)

### Davon: Restrukturierungsrückstellungen

	2010	2009
	Mio. €	Mio. €
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>48</b>	<b>46</b>
Zuführungen	7	5
Inanspruchnahme	6	6
Auflösungen	1	0
Umbuchungen	-5	0
Aufzinsungseffekte	1	3
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>44</b>	<b>48</b>

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

	2010	2009
	Mio. €	Mio. €
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>18</b>	<b>24</b>
Zuführungen	1	4
Inanspruchnahme	0	0
Auflösungen	6	10
Umbuchungen	0	0
Aufzinsungseffekte	0	0
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>13</b>	<b>18</b>

Davon: Übrige Rückstellungen

	2010	2009 <sup>1)</sup>
	Mio. €	Mio. €
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>203</b>	<b>224</b>
Zuführungen	62	68
Inanspruchnahme	59	82
Auflösungen	22	11
Umbuchungen	4	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	1
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Aufzinsungseffekte	2	3
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>190</b>	<b>203</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst (Rundung)

### 53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	20	27	-26
Latente Steuern	14	12	17
<b>Gesamt</b>	<b>34</b>	<b>39</b>	<b>-13</b>

Von den Verpflichtungen für tatsächliche Steuern sind 8 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €) langfristig.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	0	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	1	248	-100
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	178	180	-1
Finanzanlagen	10	88	-89
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	0	0	0
Sonstige Aktiva	1	1	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	0	191	-100
Verbriefte Verbindlichkeiten	1	0	x
Rückstellungen	4	12	-67
Sonstige Passiva	26	2	> 100
<b>Zwischensumme</b>	<b>221</b>	<b>722</b>	<b>-69</b>
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	-207	-710	71
<b>Gesamt</b>	<b>14</b>	<b>12</b>	<b>17</b>

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

#### 54 Sonstige Passiva

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.669	1.885	-11
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65	65	0
Rechnungsabgrenzungsposten	22	33	-33
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	2	1	100
Übrige	111	114	-3
<b>Gesamt</b>	<b>1.869</b>	<b>2.098</b>	<b>-11</b>

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

## 55 Nachrangkapital

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.548	1.844	-16
bis drei Monate	24	12	100
über drei Monate bis ein Jahr	4	383	-99
über ein Jahr bis fünf Jahre	500	478	5
über fünf Jahre	1.020	971	5
Genussrechtskapital	0	0	0
bis drei Monate	0	0	0
über drei Monate bis ein Jahr	0	0	0
Stille Einlagen	700	700	0
über fünf Jahre	700	700	0
<b>Gesamt</b>	<b>2.248</b>	<b>2.544</b>	<b>-12</b>

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt. Für die stille Einlage ist im Zinsaufwand die der S-Erwerbsgesellschaft zustehende gewinnabhängige Verzinsung in Höhe von 51 Mio. € (7,22 %) ausgewiesen.

## 56 Eigenkapital

	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>	Veränderung	1.1.2009
	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €
Gezeichnetes Kapital	1.200	1.200	0	1.200
Kapitalrücklagen	930	930	0	929
Gewinnrücklagen	-546	-507	-8	-446
Andere Gewinnrücklagen	-601	-531	-13	-505
Rücklagen für Pensionen aus Bewertung nach IFRS	55	24	> 100	59
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	1	0	-9
Neubewertungsrücklagen	-230	-257	11	-813
Neubewertungsrücklage (AfS)	-87	-128	32	-694
Neubewertungsrücklage (CFH)	-143	-129	-11	-119
Anteile im Fremdbesitz	12	99	-88	60
<b>Gesamt</b>	<b>1.367</b>	<b>1.466</b>	<b>-7</b>	<b>921</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

---

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

### 57 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 sowie im Zwischenabschluss zum 30. Juni 2010 wurden Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen.

Die folgenden Sachverhalte führten zur Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010:

Bei nicht konsolidierten Fondsanteilen der Kategorie AfS wurde mit Blick auf die in den Fonds enthaltenen Vermögenswerte eine Adjustierung der Impairmentermittlung vorgenommen. In diesem Zusammenhang erfolgten Anpassungen von Wertaufholungen und Wertminderungen sowohl in der Neubewertungsrücklage als auch im Ergebnis aus Finanzanlagen. Die Korrektur der Gewinn- und Verlustrechnung vor Steuern erfolgte für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 6 Mio. € und für die entsprechenden Vorjahreswerte 2009 (10 Mio. €).

Auf Basis einer detaillierteren Datenlage wurde die Abbildung für ein bankgenutztes Finance Lease Objekt angepasst. Es ergaben sich Anpassungen von -12 Mio. € für die Geschäftsjahre bis zum 31. Dezember 2008 und von 0,3 Mio. € saldierter Ergebniswirkung für das Geschäftsjahr 2009.

Die vorgenannten Sachverhalte wirkten sich auf die Vergleichszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2009 wie folgt aus:

<b>Gewinn- und Verlustrechnung 2009</b> in Mio. €	Veröffentlichter Konzernab- schluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
Zinsüberschuss <sup>1)</sup>	866	3	869
Zinsaufwendungen <sup>1)</sup>	3.819	-3	3.816
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge <sup>1)</sup>	681	3	684
Ergebnis aus Finanzanlagen <sup>2)</sup>	-97	-10	-107
Verwaltungsaufwendungen <sup>1)</sup>	965	3	968
<b>Ergebnis vor Steuern <sup>2)</sup></b>	<b>344</b>	<b>-10</b>	<b>334</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	79	-	79
<b>Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern</b>	<b>265</b>	<b>-10</b>	<b>255</b>
Abgeführte Gewinne	273	-	273
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>-8</b>	<b>-10</b>	<b>-18</b>
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	11	-	11
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunterneh- mens <sup>2)</sup>	-19	-10	-29

<sup>1)</sup> Sachverhalt Finance Lease

<sup>2)</sup> Sachverhalt Fondsanteile AfS

Der Gewinn je Aktie des Vorjahres bleibt unverändert bei -0,02 €.

Die Vergleichszahlen für das erfolgsneutrale Ergebnis der Periode ändern sich wie folgt:

<b>Gesamtergebnis der Periode 2009</b> in Mio. €	Veröffentlichter Konzernab- schluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten <sup>2)</sup>	616	+10	626
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung <sup>2)</sup>	19	+10	29
<b>Erfolgsneutrales Ergebnis <sup>2)</sup></b>	<b>523</b>	<b>+10</b>	<b>533</b>
<b>Gesamtergebnis der Periode</b>	<b>515</b>	<b>-</b>	<b>515</b>

<sup>2)</sup> Sachverhalt Fondsanteile AfS

Im Zusammenhang mit der vorgenannten Anpassung haben wir die betreffenden Bilanzpositionen der Vergleichszahlen 2009 wie folgt korrigiert:

<b>Bilanz zum 31.12.2009</b> in Mio. €	Veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
Sachanlagen <sup>1)</sup>	569	-46	523
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden <sup>1)</sup>	35.476	-34	35.442
Gewinnrücklagen <sup>1) 2)</sup>	-485	-22	-507
Neubewertungsrücklagen <sup>2)</sup>	-267	+10	-257

<sup>1)</sup> Sachverhalt Finance Lease

<sup>2)</sup> Sachverhalt Fondsanteile AfS

Ferner wurden Anpassungen in den Angaben zu den auf eine Veränderung des eigenen Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende kumulative Änderung der zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Verpflichtungen aufgrund einer nunmehr detaillierteren Datengrundlage vorgenommen.

## 58 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	57	92	-38
<b>Summe Treuhandkredite</b>	<b>57</b>	<b>92</b>	<b>-38</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7	9	-22
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50	83	-40
<b>Summe Treuhandkredite</b>	<b>57</b>	<b>92</b>	<b>-38</b>

## 59 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

### Quantifizierbar

	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>	Veränderung
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>	in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	843	964	-13
Kreditbürgschaften	485	551	-12
Akkreditive	16	3	> 100
Sonstige Bürgschaften	342	410	-17
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	4.561	4.707	-3
<b>Gesamt</b>	<b>5.404</b>	<b>5.671</b>	<b>-5</b>

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2010 in Höhe von 675 Mio. € (Vorjahr: 655 Mio. €).

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist außerdem beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgt ebenfalls aufgrund der Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank

---

AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 189 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 217 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahre 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 72 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der Finanzinformatik GmbH und der Siemens IT Solutions and Services Management GmbH (SIS) hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

#### Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zum 31. Dezember 2010 zu 99,66 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

---

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin,

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Wertes unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

## **60 Risikomanagement**

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

## **61 Angaben zu Finanzinstrumenten**

### **61.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten**

Im vierten Quartal 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) sowie als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögens-

werte (HfT) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Jahr 2010 wurden wie auch im Vorjahr keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Die Buchwerte zum Umkategorisierungstag sowie die Zeit- und Buchwerte zum Ende der nachfolgenden Geschäftsjahre stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	B. von Held-for-Trading nach Finanzanlagen LaR
<b>Buchwert am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)</b>	37.822	504
<b>31.12.2009</b>		
<b>Buchwert</b>	27.013	449
<b>Zeitwert</b>	26.936	451
<b>31.12.2010</b>		
<b>Buchwert</b>	19.458	401
<b>Zeitwert</b>	19.137	387

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung um 18.878 Mio. € und die Bestände zu B sich um 119 Mio. € aufgrund von Fälligkeiten reduziert haben. Gegenläufig wirkte hierbei der Effekt aus der Buchwertfortschreibung.

Zum Umkategorisierungstag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden für die umkategorisierten Finanzinstrumente folgende Effekte erfasst:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung im Eigenkapital		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Zinsamortisierungen	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2010	12	16	133
31.12.2009	3	38	207
31.12.2008	-7	16	58

Die Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS wurden durch die Fortschreibung des Buchwerts im Zinsüberschuss kompensiert und hatten daher keine wesentliche Ergebniswirkung.

---

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären folgende Effekte im Berichtsjahr erfasst worden:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung im Eigenkapital		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Bewertungsgewinn im Handelsergebnis	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2010	-10	13	-139
31.12.2009	6	33	378
31.12.2008	3	16	-124

## 61.2 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen. Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der Fair Value anhand von internen Bewertungsmodellen mit aktuellen Marktparametern ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu ermitteln. Hierbei wird – insbesondere beim Fehlen quotierter aktueller Kurse – auf modifizierte Quotierungen, also Anpassung letztmaliger Quotes auf die aktuelle Entwicklung unter Verwendung am Markt beobachtbarer oder abgeleiteter Inputfaktoren sowie eigener Einschätzungen, zurückgegriffen.

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zum Fair Value beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		stille Reserven	
	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>	31.12.2010	31.12.2009 <sup>1)</sup>	31.12.2010	31.12.2009
<b>Aktiva</b>						
<b>LaR</b>	<b>86.973</b>	<b>101.647</b>	<b>85.842</b>	<b>100.442</b>	<b>1.131</b>	<b>1.205</b>
Forderungen an Kreditinstitute	16.529	22.149	16.490	22.084	39	65
Forderungen an Kunden	46.589	48.049	44.942	46.561	1.647	1.488
Finanzanlagen	23.855	31.449	24.410	31.797	-555	-348
<b>AfS</b>	<b>19.447</b>	<b>16.264</b>	<b>19.447</b>	<b>16.264</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Forderungen an Kreditinstitute	0	116	0	116	0	0
Forderungen an Kunden	508	949	508	949	0	0
Finanzanlagen	18.939	15.199	18.939	15.199	0	0
<b>HtM</b>	<b>1.729</b>	<b>1.730</b>	<b>1.664</b>	<b>1.661</b>	<b>65</b>	<b>69</b>
Finanzanlagen	1.729	1.730	1.664	1.661	65	69
<b>Gesamt</b>	<b>108.149</b>	<b>119.641</b>	<b>106.953</b>	<b>118.367</b>	<b>1.196</b>	<b>1.274</b>
<b>Passiva</b>						
<b>OL</b>						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.704	41.237	32.627	41.157	-77	-80
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden <sup>2)</sup>	36.146	34.897	36.476	35.442	330	545
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden <sup>3)</sup>	37.022	35.878	36.476	35.442	-546	-436
Verbriefte Verbindlichkeiten	24.889	28.889	24.695	28.657	-194	-232
Nachrangkapital inkl. stille Einlagen	2.090	2.356	2.248	2.544	158	188
<b>Gesamt<sup>2)</sup></b>	<b>95.829</b>	<b>107.379</b>	<b>96.046</b>	<b>107.800</b>	<b>217</b>	<b>421</b>
<b>Gesamt<sup>3)</sup></b>	<b>96.705</b>	<b>108.360</b>	<b>96.046</b>	<b>107.800</b>	<b>-659</b>	<b>-560</b>

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) unter Berücksichtigung steuerrelevanter Ablaufkategorien für ablaufvariable Finanzinstrumente

3) ohne Berücksichtigung steuerrelevanter Ablaufkategorien für ablaufvariable Finanzinstrumente

Sofern für bestimmte Eigenkapitalinstrumente (verbundene Unternehmen und Beteiligungen) in den Finanzanlagen Fair Values nicht verlässlich ermittelt werden können, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt.

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT und FVO) sowie für Derivate in Sicherungsbeziehungen entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Values ungleich null. Die entsprechenden

---

Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

### 61.3 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten beziehungsweise bei Illiquidität an.

Unter Beachtung der Bewertungshierarchie wird zunächst auf Börsenkurse beziehungsweise andere Marktpreise zurückgegriffen. Sofern derartige Wertansätze nicht verfügbar sind, erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle. Diese berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen.

Zum 31. Dezember 2010 standen für einen Großteil der Bestände an Schuldverschreibungen Markt- beziehungsweise Transaktionspreise zur Verfügung. Bei einem geringen Teil der Finanzinstrumente konnte jedoch zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73).

In diesem Fall erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Die für die Bewertung verwendeten Credit Spreads, werden regelmäßig auf Marktgerechtigkeit überprüft und angepasst.

### Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands, Handelsbuch- und Anlagebuchderivate (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden - entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-

---

Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle (insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodelle), in die finanzinstrumentspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden in der Regel anhand von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bewertet. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden anhand von marktüblichen, anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt.

#### Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere, Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie ausgewählte Schuldscheindarlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird grundsätzlich auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt.

Ist bei nicht zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren die Fair Value-Ermittlung nicht auf Grundlage von Börsenkursen oder Marktpreisen möglich, erfolgt die Bewertung auf Basis marktüblicher Bewertungsmodelle.

Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei Letzterem handelt es sich um nicht-börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

#### Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldverschreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden beziehungsweise wurden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mit Hilfe marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der

---

internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus konzeptionellen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und mithin der Fair Value ergibt sich durch Summation der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

#### Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

#### Verbindlichkeiten, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten und Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbrieftete Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

#### Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inklusive Akkreditive) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Values ungleich null identifiziert.

---

## 61.4 Angaben zur Fair Value-Bewertungshierarchie

Die Einteilung der zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente in die Fair Value-Bewertungshierarchien wird folgendermaßen vorgenommen:

### Level 1

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten ist der aktuelle, an einem aktiven Markt ermittelte Marktpreis der beste Indikator. Als Maßstab für die Bewertung des Fair Values gelten die regelmäßig und rechtzeitig von einer Börse, einem Händler, einem Broker, einer Industriegruppe oder einer Preisagentur zur Verfügung gestellten Preise, vorausgesetzt der Preis spiegelt aktuelle und reguläre Markttransaktionen wider. Somit werden dieser Kategorie börsengehandelte Aktien, Fonds, Schuldverschreibungen und Derivate zugeordnet.

### Level 2

Die Zuordnung von Finanzinstrumenten zur Kategorie Level 2 erfolgt, sofern für ein Finanzinstrument kein belastbarer Marktpreis verfügbar ist. In diesem Fall ist die Bewertung des Fair Value anhand anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden durchzuführen. Bei diesen Bewertungsmodellen basieren die entsprechenden Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten. Diese Kategorie enthält grundsätzlich die nicht an einer Börse gehandelten Derivate, Schuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen.

### Level 3

Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen in ihren Bewertungsmethoden Inputparameter auf, welche nicht direkt am Markt beobachtbar sind und ein signifikanter Einfluss auf den Fair Value des Finanzinstruments besteht. In diesem Fall werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes realistische und auf Marktgegebenheiten basierenden Annahmen zugrunde gelegt. Darunter fallen wertberichtigte Schuldverschreibungen, Nachrangverbindlichkeiten sowie Asset-Backed-Securities.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente auf die Hierarchielevel stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2010				31.12.2009			
	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3
Handelsaktiva (HfT), Derivate	10.499	190	10.309	0	11.380	67	11.313	0
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	1.153	539	457	157	1.415	496	794	125
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	5.506	3.080	2.280	146	4.682	2.133	2.332	217
Forderungen an Kreditinstitute (AfS)	0	0	0	0	116	0	116	0
Forderungen an Kunden (AfS)	508	0	508	0	949	0	949	0
Finanzanlagen (AfS)	18.841	10.722	8.092	27	15.098	11.206	3.850	42
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.182	0	1.182	0	983	0	983	0
<b>Gesamt Aktiva</b>	<b>37.689</b>	<b>14.531</b>	<b>22.828</b>	<b>330</b>	<b>34.623</b>	<b>13.902</b>	<b>20.337</b>	<b>384</b>
Handelsspassiva (HfT), Derivate	10.516	185	10.331	0	11.504	100	11.404	0
Handelsspassiva (HfT), sonstige	201	191	10	0	289	289	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	16.734	4.686	11.902	146	16.310	6.911	9.268	131
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.000	0	2.000	0	1.624	44	1.580	0
<b>Gesamt Passiva</b>	<b>29.451</b>	<b>5.062</b>	<b>24.243</b>	<b>146</b>	<b>29.727</b>	<b>7.344</b>	<b>22.252</b>	<b>131</b>

Aufgrund von zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten wurden im Geschäftsjahr 2010 Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 57 Mio. € auf der Aktivseite, beziehungsweise 142 Mio. € auf der Passivseite von Level 2 nach Level 1 transferiert. Mit abnehmender Restlaufzeit von Finanzinstrumenten sinkt die Verfügbarkeit von Preisen an einem aktiven Markt. Daher wurden 4.171 Mio. € auf der Aktivseite und 2.337 Mio. € auf der Passivseite von Level 1 nach Level 2 umgegliedert.

Nachstehend findet sich eine Überleitung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente im Hierarchielevel 3, welche sämtliche Bestandsveränderungen, Transfers aus Level 3 sowie Bewertungsänderungen für das Geschäftsjahr 2010 zeigt:

in Mio. €	1.1.2010	FV-Änderungen des Bestands		Bestandsveränderungen			Abgänge nach Level 1+2	31.12.2010
		erfolgs-wirksam	erfolgs-neutral	Käufe	Verkäufe	Fälligkeiten		
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	125	22	0	121	109	2	0	157
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	217	26	0	32	52	57	20	146
Finanzanlagen (AfS)	42	-1	5	1	20	0	0	27
<b>Gesamt Aktiva</b>	<b>384</b>	<b>47</b>	<b>5</b>	<b>154</b>	<b>181</b>	<b>59</b>	<b>20</b>	<b>330</b>
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	131	15	0	0	0	0	0	146
<b>Gesamt Passiva</b>	<b>131</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>146</b>

Die Summe der erfolgswirksam erfassten Fair Value-Änderungen ist im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzanlagen enthalten. Auf die Bestände am Bilanzstichtag bezogen betrug die Summe dieser Änderungen 29 Mio. €.

Auch für die im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 aus Level 3 transferierten Finanzinstrumente waren die zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten ausschlaggebend. Zugänge aus den Hierarchieleveln 1 und 2 lagen nicht vor.

Für die in Level 3 bilanzierten Finanzinstrumente, sind die Credit Spreads die einzigen nicht am Markt beobachtbaren Inputparameter. Für die Auswirkung einer Änderung dieses Parameters wurden marktübliche Bandbreiten unterstellt. Die Auswirkungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

in Mio. €	Änderung Fair Value-Ansatz bei unterer marktüblicher Grenze	Änderung Fair Value-Ansatz bei oberer marktüblicher Grenze
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	0	0
Finanzanlagen (AfS)	-5	5
<b>Gesamt Aktiva</b>	<b>-5</b>	<b>5</b>
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	-5	6
<b>Gesamt Passiva</b>	<b>-5</b>	<b>6</b>

Bei einem Ansatz am äußeren Ende dieser Bandbreiten hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um 11 Mio. € erhöht beziehungsweise um 10 Mio. € verringert.

---

## 62 Sicherheiten

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

Buchwert	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	843	1.236	-32
Forderungen an Kunden	5.685	5.729	-1
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	2.766	1.817	52
Finanzanlagen	24.662	30.896	-20
Sonstige Aktiva	2.843	2.905	-2
<b>Gesamt</b>	<b>36.799</b>	<b>42.583</b>	<b>-14</b>

Die Sicherheiten für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte wurden im Rahmen der standardisierten Rahmenverträge, die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, gestellt. Die Sicherheiten für die Offenmarktgeschäfte wurden nach den Bedingungen der Bundesbank und die sonstigen Sicherheiten gemäß den Eurex Repo Bedingungen gestellt.

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2010 Sicherheiten mit einem Zeitwert von 12.591 Mio. € (Vorjahr: 14.602 Mio. €) aus Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäften erhalten. Diese Geschäfte wurden gemäß den standardisierten Rahmenverträgen für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte beziehungsweise den Eurex Repo Bedingungen ausgeführt. Sofern der Konzern bei Beendigung des jeweiligen Geschäfts gleichwertige Wertpapiere, die er als Sicherheit erhalten hat, zurückgibt, hat er als Sicherungsnehmer das Recht, die erhaltenen Sicherheiten zu veräußern oder weiter zu verpfänden. Zum 31. Dezember 2010 waren von diesen Sicherheiten 6.802 Mio. € (Vorjahr: 5.117 Mio. €) veräußert oder verpfändet.

---

## 63 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) - Mehrheitsaktionärin der Holding sowie Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und – als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft – Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG),
- Muttergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG,
- Schwestergesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST),
- Tochterunternehmen der Landesbank Berlin AG und Unternehmen, auf welche die Landesbank Berlin AG maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der Landesbank Berlin AG, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, weiterhin Vorstand und Aufsichtsrat des beherrschenden Mutterunternehmens.

### Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheits-eigner der Landesbank Berlin Holding AG

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine **stille Einlage** der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust beziehungsweise Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrages zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Für die stille Einlage wurde im Geschäftsjahr 2010 eine Vergütung in Höhe von 50,5 Mio. € an die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) zwischen der LBB und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die LBB für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt sind. Für die Erstellung des RVG Konzernabschlusses 2009 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 321 T€ in Rechnung gestellt.

Im Dezember 2009 wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Geschäftsbesorgung im Hinblick auf bestimmte Anzeige- und Meldepflichten gemäß AktG, KWG und WpHG zwischen der LBB und der RVG, der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft geschlossen. Die LBB erhält für die verabredeten Leistungen ein angemessenes jährliches Entgelt.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (9 T€) einlageseitig genutzt wird. Meldepflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 66) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Die Anteilbesitzliste beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen zu den nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes in folgendem Umfang:

Mutterunternehmen

<b>Passiva</b>	<b>31.12.2010 Mio. €</b>	<b>31.12.2009 Mio. €</b>	<b>Veränderung in %</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	398	327	22

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2009) keine Wertberichtigungen sowie keine unwiderruflichen Kreditzusagen und Gewährleistungsbürgschaften gegenüber dem Mutterunternehmen.

#### Schwesterunternehmen

<b>Passiva</b>	<b>31.12.2010 Mio. €</b>	<b>31.12.2009 Mio. €</b>	<b>Veränderung in %</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24	21	14
Sonstige Passiva	1	1	0

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2009) keine Wertberichtigungen sowie keine unwiderruflichen Kreditzusagen und Gewährleistungsbürgschaften gegenüber dem Schwesterunternehmen

#### Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

<b>Aktiva</b>	<b>31.12.2010 Mio. €</b>	<b>31.12.2009 Mio. €</b>	<b>Veränderung in %</b>
Forderungen an Kunden	23	29	-21
Sonstige Aktiva	8	12	-33

<b>Passiva</b>	<b>31.12.2010 Mio. €</b>	<b>31.12.2009 Mio. €</b>	<b>Veränderung in %</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	6	-67

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 1,6 Mio. € (31. Dezember 2009: 1,5 Mio. €).

Gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 3,9 Mio. € (31. Dezember 2009: 2,8 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,7 Mio. € (31. Dezember 2009: 0,7 Mio. €).

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

#### Assoziierte Unternehmen

<b>Aktiva</b>	<b>31.12.2010</b> <b>Mio. €</b>	<b>31.12.2009</b> <b>Mio. €</b>	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	121	124	-2
Erfolgswirksam zu Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	66	75	-12
Finanzanlagen	0	66	-100

<b>Passiva</b>	<b>31.12.2010</b> <b>Mio. €</b>	<b>31.12.2009</b> <b>Mio. €</b>	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41	69	-41
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26	39	-33
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	20	15	33
Nachrangkapital	20	20	0

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (31. Dezember 2009: 0,3 Mio. €).

Gegenüber assoziierten Unternehmen bestehen unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 2,4 Mio. € (31. Dezember 2009: 0,0 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,4 Mio. € (31. Dezember 2009: 0,4 Mio. €).

---

## Joint Ventures

<b>Aktiva</b>	<b>31.12.2010 Mio. €</b>	<b>31.12.2009 Mio. €</b>	<b>Veränderung in %</b>
Forderungen an Kunden	3	3	0

<b>Passiva</b>	<b>31.12.2010 Mio. €</b>	<b>31.12.2009 Mio. €</b>	<b>Veränderung in %</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	5	-60

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2009) keine Wertberichtigungen, unwiderruflichen Kreditzusagen oder Gewährleistungsbürgschaften gegenüber Joint Ventures.

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, ausgegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das Zinsergebnis des Konzerns wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend den Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

### Angaben zu den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat

Mit Wirkung zum 1. April 2010 wurde Herr Tessmann in den Vorstand der LBB bestellt und hat die Verantwortung für das strategische Geschäftsfeld Private Kunden von Herrn Dr. Evers übernommen. Zum gleichen Zeitpunkt ist die Ressortzuständigkeit Personal von Herrn Dr. Veit auf Herrn Dr. Evers übergegangen.

Herr Dr. Veit hat seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG wird er auf Bitte des Vorstands auch nach seinem Ausscheiden aus der Bank beibehalten.

---

Herr Dr. Evers, Vorstandsvorsitzender der Holding und der LBB, hat mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zusätzlich das bisher von Herrn Dr. Veit verantwortete Ressort Finanzen übernommen.

Für die Nachfolge des bisher von Herrn Dr. Veit verantworteten Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung hat der Aufsichtsrat Herrn Bettink, bis zum Ablauf des 31. Dezember 2010 Vorstandsvorsitzender der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB bestellt.

Herr Müller, Vorstandsmitglied der LBB, wurde vom Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der Holding bestellt. Herr Müller ist in der LBB unter anderem für das Ressort Risiko und Controlling verantwortlich.

Herr Kulartz, Vorstandsmitglied der LBB, hat mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zusätzlich die bisher von Herrn Dr. Veit verantworteten Ressorts Organisation und Informationstechnologie übernommen.

Entsprechend den aktien- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009, verstärkt auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet worden und hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage erhalten. Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 wurde im Anschluss an die Festsetzung im Jahr 2010 zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahres im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilraten.

Nach den neuen Anforderungen der InstitutsVergV wird die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010, noch einmal weitreichender als bisher auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Nunmehr werden 60 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten, 40 % entfallen auf das Basisjahr. Für den zurückbehaltenen Teil der variablen Vergütung beschließt der Aufsichtsrat in den drei darauf folgenden Geschäftsjahren jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses über die Freigabe des entsprechenden Teilbetrags. Die Freigabe kann

---

erteilt werden, wenn die Entwicklung des Konzerns und der individuelle Erfolgsbeitrag des Vorstandsmitglieds sich als nachhaltig erwiesen haben. Die Nachhaltigkeit wird anhand des bereits beim bisherigen Verfahren dargestellten Vorgehens geprüft. Nachhaltigkeit vorausgesetzt, kann die Höhe der einzelnen Teilbeträge pro Jahr maximal 20 % der im Basisjahr insgesamt festgesetzten variablen Vergütung betragen.

Von den im Basisjahr und in den drei darauf folgenden Jahren durch den Aufsichtsrat freigegebenen Teilbeträgen der variablen Vergütung wird sodann jeweils die Hälfte sofort ausbezahlt. Die andere Hälfte des freigegebenen Teilbetrags wird einer zweiten, im Lagebericht, Abschnitt Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat, dargestellten Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen, unterliegt einer Auszahlungssperrfrist von weiteren drei Jahren und kommt erst danach – vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrages – zur Auszahlung.

Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 wurde an die Mitglieder des Vorstands eine variable Vergütung von insgesamt 1.610 T€ (Vorjahr: 0 T€) festgesetzt. Hiervon entfielen 270 T€ auf den im Jahr 2009 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Herrn Vetter, die im Geschäftsjahr 2010 gezahlt wurden. Den zum 31. Dezember 2009 amtierenden Mitgliedern des Vorstands wurden 60 % der variablen Vergütung (804 T€) nach Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 ausbezahlt. Die verbleibenden 40 % (536 T€) werden für einen Zeitraum von drei Jahren zurückbehalten. Für das Geschäftsjahr 2008 wurden keine variablen erfolgsabhängigen Vergütungen gezahlt.

Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 sowie die zur Auszahlung kommenden Beträge des Rückbehaltes des Geschäftsjahres 2009 können zum Zeitpunkt der Aufstellung der relevanten Jahresabschlüsse noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden im Halbjahresfinanzbericht 2011 dargestellt.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats der LBB hat sich im Geschäftsjahr 2010 dahingehend verändert, dass Herr Jürgen Hilse mit Ablauf der Hauptversammlung der LBB am 14. Juni 2010 ausgeschieden ist. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat Herrn Helmut Schleweis als neues Mitglied gewählt. Eine Übersicht über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats befindet sich im Anhang.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009
	T€	T€
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB <sup>1)</sup>	5.326	4.475
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding <sup>2)</sup>	2.081	1.685
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding <sup>3)</sup>	620	634
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB <sup>3)</sup>	262	262
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt <sup>4)</sup>	6.619	6.442
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	-310	2.262
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	-506	1.146
	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	84.036	94.206
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	11.094	11.404
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	5.698	6.204

1) bestehend aus den Herren Dr. Evers, Demolière, Kulartz, Müller, Tessmann (ab 1. April 2010), Dr. Veit und Herrn Vetter (bis einschließlich 10. Juni 2009).

2) bestehend aus den Herren Dr. Evers (ab 1. Juli 2009 als Mitglied und Vorsitzender), Dr. Veit und Herrn Vetter (bis einschließlich 10. Juni 2009)

3) ohne Umsatzsteuer, Konzernabgaben

4) In 2010 erfolgsabhängige (variable) Vergütung an Herrn Vetter in Höhe von 270 T€ enthalten. In 2009 Nachzahlungen für Vorjahre an andere Personen in Höhe von 22 T€ enthalten.

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit sonstiger langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Tessmann bis zu sechs Monaten, Herrn Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Evers, Herrn Kulartz und Herrn Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses. Nach Ablauf dieser Zeit haben die genannten Vorstandsmitglieder einen

---

Anspruch auf Ruhegehalt wegen Berufsunfähigkeit. Scheiden Herr Müller oder Herr Tessmann in Folge Invalidität aus ihrem Dienstverhältnis aus, erhält jeder ab dem darauf folgenden Monat eine Invalidenrente, deren Höhe sich nach den Bestimmungen für das Ruhegehalt bemisst, wobei Zeiten der Invalidität nicht als geleistete Dienstjahre gelten.

Im Falle der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB) haben die Mitglieder des Vorstands einen Anspruch auf die Zahlung von Ruhegehalt.

Herr Dr. Veit hat entsprechend des mit ihm geschlossenen Dienstvertrages von dem Recht Gebrauch gemacht, nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand zu treten. Dieses Recht haben auch die amtierenden Vorstände Herr Kulartz und Herr Tessmann. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Dr. Evers und Herrn Demolière oder durch die LBB gekündigt werden. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
an Mitglieder des Vorstands der LBB	297	296
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	15	11
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	85	111
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	93	98

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen.

---

Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstands veröffentlicht die LBBH auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15a WpHG.

## Darstellung zu § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 5 HGB

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2010** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands	Jahresvergütungen		Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 <sup>1)</sup>		
	T€	T€	T€	T€
Dr. Johannes Evers	850	216	45	1.111
davon nicht ruhegehaltstfähig	330			
Serge Demolière	1.014	108	57	1.179
davon nicht ruhegehaltstfähig	489			
Hans Jürgen Kulartz	651	126	45	822
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Martin K. Müller	675	126	34	835
davon nicht ruhegehaltstfähig	290			
Patrick Tessmann <sup>3)</sup>	375	0	34	409
davon nicht ruhegehaltstfähig	188			
Dr. Thomas Veit	709	228	33	970
davon nicht ruhegehaltstfähig	300			
<b>Vergütung 2010 Gesamt</b>	<b>4.274</b>	<b>804</b>	<b>248</b>	<b>5.326</b>

1) Im März 2010 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die zu 60 % ausgezahlt und in die Vergütung 2010 einbezogen wurden. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

2) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 141 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettoeinkommensteuer (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Der im Vorjahr noch einbezogene Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung wurde nicht mehr einbezogen.

3) Herr Tessmann wurde mit Wirkung zum 1. April 2010 in den Vorstand der LBB bestellt.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2009** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands	Jahresvergütungen		Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 <sup>1)</sup>		
	T€	T€	T€	T€
Hans-Jörg Vetter <sup>3)</sup>	483	0	13	496
davon nicht ruhegehaltstfähig	231			
Dr. Johannes Evers <sup>4)</sup>	746	0	46	792
davon nicht ruhegehaltstfähig	288			
Serge Demolière	1.008	0	34	1.042
davon nicht ruhegehaltstfähig	489			
Hans Jürgen Kulartz	646	0	44	690
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Martin K. Müller	675	0	38	713
davon nicht ruhegehaltstfähig	290			
Dr. Thomas Veit	709	0	33	742
davon nicht ruhegehaltstfähig	300			
<b>Vergütung 2009 Gesamt</b>	<b>4.267</b>	<b>0</b>	<b>208</b>	<b>4.475</b>

1) Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

2) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettoeinkommensteuer (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

3) Herr Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

4) Herr Dr. Evers ist ab dem 1. Juli 2009 Mitglied und Vorsitzender des Vorstands der Holding und Vorsitzender des Vorstands der LBB.

---

Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bb HGB:

	In 2010 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag	Barwert Pensions- verpflichtungen (DBO)
	T€	T€
Herr Dr. Evers	-54	2.368
Herr Demolière	-14	1.852
Herr Kulartz	-26	2.262
Herr Müller	89	1.135
Herr Tessmann	147	147
Herr Dr. Veit	-452	3.330
<b>Gesamt Organ LBB</b>	<b>-310</b>	<b>11.094</b>

Die anderen Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 8 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB für die Tätigkeit in Aufsichtsräten im Konzern der LBB:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Jahresvergütung Konzern LBB	
	1.1. - 31.12.2010	1.1. - 31.12.2009
	T€	T€
Heinrich Haasis	36,0	36,0
Bärbel Wulff	28,8	28,8
Heiko Barten <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Gregor Böhmer <sup>2)</sup>	-	7,3
Christina Förster <sup>2)</sup>	-	4,6
Gerhard Grandke <sup>1)</sup>	16,5	9,3
Artur Grzesiek	18,5	18,5
Sascha Händler <sup>2)</sup>	-	4,6
Sabine Hentschel-Vélez Garcón <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Gerald Herrmann <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Jürgen Hilse <sup>3)</sup>	4,7	10,5
Claus Friedrich Holtmann	16,5	16,5
Michael Jänichen	22,5	22,5
Daniel Kasteel <sup>2)</sup>	-	4,6
Thomas Mang	16,5	16,5
Astrid Maurer <sup>2)</sup>	-	4,6
Peter Mohr <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Wolfgang Pansegrau <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Andreas Rohde <sup>2)</sup>	-	4,6
Helmut Schleweis <sup>4)</sup>	5,7	-
Peter Schneider	10,5	10,5
Dr. Harald Vogelsang	16,5	16,5
Frank Wolf	16,5	16,5
<b>Summe</b>	<b>261,7</b>	<b>261,9</b>
zuzüglich USt	41,8	41,8
<b>Gesamtaufwand</b>	<b>303,5</b>	<b>303,7</b>

1) Mitglied seit 8. Juni 2009

2) Mitglied bis 8. Juni 2009

3) Mitglied bis 14. Juni 2010

4) Mitglied seit 14. Juni 2010

---

## 64 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2010	2009
Vollzeit	4.963	4.999
Teilzeit	1.411	1.370
Auszubildende	237	280
<b>Gesamt</b>	<b>6.611</b>	<b>6.649</b>

## 65 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2010

Der Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin Hyp vom 9. Dezember 2010 zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LBB gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (§ 327a Abs. 1 Satz 1 AktG) wurde am 25. Januar 2011 in das Handelsregister eingetragen. Somit verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Für die WestLB AG, Düsseldorf, ist ein europarechtliches Beihilfeverfahren anhängig. Zum Ausgleich der erhaltenen Beihilfe hat die Bundesrepublik Deutschland der Europäischen Kommission neben weiteren Alternativen ein Konzept zur Aufteilung und geordneten Abwicklung der WestLB vorgeschlagen. Als Teil dieses Konzepts sollen bestimmte Geschäftsaktivitäten der WestLB, die für Sparkassen von Relevanz sind, in eine neu zu errichtende Verbundbank überführt werden, die anschließend über einen längeren Zeitraum hin in Teilen weiterveräußert, auf andere Einheiten überführt oder abgewickelt werden soll. Die deutschen Sparkassen und Landesbanken haben sich bereit erklärt, im Rahmen des Gesamtkonzepts einen Beitrag zur Errichtung der Verbundbank zu leisten und neben den Sparkassenverbänden in Nordrhein-Westfalen Eigentümer der Verbundbank zu werden. Die genaue Ausgestaltung der Eigentümerstruktur der Verbundbank steht noch nicht fest. Es besteht die Möglichkeit, dass sich Sparkassen und Landesbanken über ihre Sicherungseinrichtungen an der Verbundbank beteiligen oder dieser Garantien aussprechen. Die LBB wäre an derartigen Maßnahmen als Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beteiligt.

## 66 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimmrechte im Konzern in %	Eigen- kapital (1) in T€	Ergebnis (1) in T€	vom 31.12.2010 abwei- chender Jahresab- schluss
<b>Konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)</b>							
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin, (2)		100,0	0,0	100,0	5.528	2.830	
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesell- schaft, Berlin, (2), (5)	(P)	99,7	0,0	99,7	830.903	0	
Crown Court I LLC, Wilmington/Delaware		100,0	0,0	100,0	-30.211	-10.702	
Crown Court Property London Ltd., London, (5), (16)		100,0	100,0	100,0	16.000	595	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin, (2)		100,0	0,0	100,0	9.436	0	
GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin		100,0	100,0	100,0	-925	-997	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin		76,7	67,4	76,7	-24.512	-1.314	31.12.2009
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin, (5)		99,9	0,0	99,9	-8.688	327	
Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, (5)	(P)	100,0	0,0	100,0	168.984	23.813	
LBB Finance (Ireland) plc, Dublin		100,0	0,0	100,0	1.351	10	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin, (2), (5)		100,0	0,0	100,0	5.880	0	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin, (2), (5)		100,0	0,0	100,0	1.460	0	
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg, (5)		100,0	0,0	100,0	3.200	0	
netbank Aktiengesellschaft, Hamburg, (5)		75,0	0,0	75,0	21.110	-2.674	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landes- bank Berlin, Berlin, (2), (5)		100,0	0,0	100,0	1.036	0	
<b>SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds - konsolidiert - (IAS 27 i. V. m. SIC 12)</b>							
RR II R-11004, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11014, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11017, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11056, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11057, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11063, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11064, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11066, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11072, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11075, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11077, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11080, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11082, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11085, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11087, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11133, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11140, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11144, City of Wilmington/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			



## SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds - konsolidiert - (IAS 27 i. V. m. SIC 12)

AGI PIMCO Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main, (11a)	100,0	45,0	0,0	89.389	-169	31.12.2009
LBB-TBG-Fonds, Berlin, (11a)	100,0	87,3	0,0	99.060	3.435	30.11.2009
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main, (11a)	100,0	0,0	0,0	94.639	4.290	31.12.2009
DEKA - ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main, (11a)	100,0	0,0	0,0	54.121	1.570	31.12.2009
GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf, (11a)	100,0	45,0	0,0	95.136	1.647	31.12.2009
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf, (11a)	100,0	30,0	0,0	70.564	1.896	31.12.2009
LBB-nb 08-Fonds, Berlin, (11a)	100,0	100,0	0,0	386.441	8.417	31.12.2009
LBB Prisma Unit Trust, Georgetown/Kaiman-Inseln, (11c), (17)	100,0	0,0	0,0	149.322	13.336	30.06.2010
UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria, (11a)	100,0	0,0	0,0	15.326	818	31.12.2009
WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf, (11a)	100,0	0,0	0,0	82.909	2.746	31.12.2009

## Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)

Bankenservice AO i. L., Moskau	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, (2), (5)	94,9	0,0	94,9	51	0	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin, (2)	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2009
Beteiligungsgesellschaft B & E-Maßnahmen mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	22	-3	31.12.2009
B&E-Maßnahme Naumburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2009
B&E-Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	-617	-642	31.12.2009
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	-1.642	-24	31.12.2009
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	760	338	31.12.2009
FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	-27	359	31.12.2009
FURIS Verwaltung GmbH, Pullach	100,0	100,0	100,0	13	1	31.12.2009
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach	100,0	100,0	100,0	23	3	31.12.2009
GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	100	0	
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin	60,2	0,0	60,2	3.834	1	31.12.2009
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	45	-6	31.12.2009
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin, (2)	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2009
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking	92,5	0,0	92,5	87	-48	31.12.2009
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	19	0	31.12.2009
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	0,0	100,0	117	2	31.12.2009
Linden Grundstücks GmbH, Berlin (ehemals DirektBank-Service GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin)	100,0	0,0	100,0	314	-37	
SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	99	16	31.12.2009
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	545	15	31.12.2009

### SIC-12-Gesellschaften, Spezial- und Publikumsfonds - nicht konsolidiert - (IAS 27 i. V. m. SIC 12)

Chess II Ltd. Series 37, Saint Helier/Jersey (Channel Islands), (13)	0,0	0,0	0,0	0	0	
PPC Holdings Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands)	0,0	0,0	0,0	13	-9	31.12.2009
Saphir Managed Futures Fund, Frankfurt am Main, (14)	57,8	0,0	0,0	k. A.	k. A.	
Smaragd Managed Futures Fund, Frankfurt am Main, (14)	100,0	0,0	0,0	k. A.	k. A.	

### Joint Ventures (IAS 31) - nicht bewertet -

BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin, (3)	45,0	0,0	45,0	31	1	31.12.2009
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin, (3)	45,0	0,0	45,0	2.902	-1.225	31.12.2009
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover	50,0	0,0	50,0	1.144	13	31.12.2009
CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	0,0	50,0	145	11	31.12.2009
GbR TOCOTAX	0,0	0,0	33,3	0	-171	31.12.2009
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin	50,0	50,0	50,0	-1.149	43	31.12.2009
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover	0,0	0,0	50,0	328	49	31.12.2009

### Assoziierte Unternehmen (IAS 28) - bewertet -

LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover, (5), (7)	12,0	0,0	12,0	311.058	13.600	
PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum, (5)	42,4	0,0	42,4	99	-11	

### SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds - assoziiert (IAS 28) - bewertet -

Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin, (11a)	25,5	0,0	0,0	81.081	2.148	31.03.2010
LBB Interest Rate Opportunity Fund, Berlin, (11b)	100,0	0,0	0,0	24.868	-122	30.09.2010
LBB Special Situations Fund, Hamburg, (11b)	100,0	0,0	0,0	10.958	-62	31.07.2010
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin, (11a)	12,2	0,0	0,0	54.354	1.088	31.03.2010

### Assoziierte Unternehmen (IAS 28) - nicht bewertet -

Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin	47,5	47,5	47,5	32.305	2.263	31.12.2009
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	77	5	31.12.2009
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	0,0	25,1	13.338	4.413	30.09.2010
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	0,0	21,8	8.488	112	31.12.2009

Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin	49,0	49,0	49,0	-211	-28	31.12.2009
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	0,0	20,0	25	0	31.12.2009
Modernisierungsgesellschaft "Wohnen in Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 67" GbR, Berlin	30,9	0,	30,9	k. A.	k. A.	
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	0	0	31.12.2008
SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen, (15)	30,0	30,0	30,0			
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin, (3)	26,8	26,8	26,8	30.280	3.604	31.12.2009
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	0,0	36,3	-2.780	214	

### Beteiligungen von mindestens 20 v. H.

Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin, (8), (9)	100,0	100,0	100,0	-1.841	35	31.12.2009
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin, (10)	49,0	49,0	49,0	3	-1	31.12.2008
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin, (10)	48,5	48,5	48,5	-2.987	-2.987	31.12.2009
Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz, (10)	70,0	70,0	70,0	-84.277	44	31.12.2009
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin, (8), (9)	100,0	100,0	100,0	2	-3	31.12.2009
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, München, (8), (9)	75,0	75,0	75,0	46	1	31.09.2009
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, München, (8), (9)	75,0	75,0	75,0	499	-262	31.09.2009

### SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H.

ACATIS Modul Colleg.Fds-Nr. 1, Luxembourg, (11a), (12)	27,6	0,0	0,0	4.139	-20	31.12.2009
Jade Managed Futures Fund, Frankfurt am Main, (12), (14)	37,2	0,0	0,0	k. A.	k. A.	
Opal Managed Futures Fund, Frankfurt am Main, (12), (14)	40,7	0,0	0,0	k. A.	k. A.	
Rubin Managed Futures Fund, Frankfurt am Main, (12), (14)	38,3	0,0	0,0	k. A.	k. A.	
Magna Africa Fund, London, (11a), (12)	39,3	0,0	0,0	36.189	14.194	31.12.2009
OP Extra Bond Euro - hedged, Köln, (11a), (12)	24,9	0,0	0,0	253.335	11.026	31.12.2009

(P) Für diese Gsellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gem. Note 59 des Anhangs.

(1) Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet.

(2) Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

(3) Zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5).

(4) Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum "Tender Option Program" der Crown Court I LLC; TOB gesamt: Eigenkapital -26.585 T€; Jahresüberschuss/ -fehlbetrag 21.012 T€.

(5) Zahlen aus aufgestelltem Jahresabschluss per 31.12.2010.

(6) Zahlen aus JA/Anteilsbesitz der Muttergesellschaft (Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH).

(7) Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7).

(8) Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung).

(9) Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme - Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU.

(10) Kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt.

- (11) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.
- (11a) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem ordentlichen Nettoertrag.
- (11b) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen.
- (11c) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, die Umrechnung erfolgt zum Kurs per 30.06.2010.
- (12) Es handelt sich um Publikumsfonds, die auflegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.
- (13) Es handelt sich um eine synthetische CDS Struktur, ein Jahresabschluss existiert nicht.
- (14) Der Fonds wurde erst 2010 aufgelegt, ein JA liegt noch nicht vor.
- (15) Die Gesellschaft wurde in 2010 gegründet, ein JA liegt noch nicht vor.

Kurse

(16) 1 EUR = 0,8607 GBP (zum 31.12.2010)

(17) 1 EUR = 1,2280 USD (zum 30.06.2010)

**Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs-und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG**

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in TEUR	vom 31.12.2010 abweichender Jahresabschluss
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin, (2)	Landesbank Berlin AG		
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	631.969	
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	86.399.041	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin	Landesbank Berlin AG	768.314	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	1.684.153	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin, (1), (3)	Landesbank Berlin AG	0	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	157.976	

**Weitere Gesellschaften mit Beherrschungs-und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit Konzerngesellschaften der Landesbank Berlin AG**

Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin, (1)	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin	142	31.12.2009
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin, (1)	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	8	31.12.2009

- (1) HGB-Zahlen/aufgestellter Jahresabschluss
- (2) Es besteht ein Beherrschungsvertrag.
- (3) Es besteht ein Verlustvortrag.

---

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den von der Landesbank Berlin AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend

---

---

nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 2. März 2011

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Mark Maternus      ppa. Mario Bauschke  
Wirtschaftsprüfer      Wirtschaftsprüfer

**2.**

**Jahresabschluss 2010 der Landesbank Berlin AG und  
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

## Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31. Dezember 2010

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Barreserve</b>						
a) Kassenbestand				366.993		426.455
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				440.489		778.304
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		430.338				(754.547)
					<b>807.482</b>	<b>1.204.759</b>
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	1, 4, 5, 6, 14					
a) Hypothekendarlehen				275		285
b) Kommunalkredite				1.482.178		1.780.246
c) andere Forderungen				22.754.734		28.992.724
darunter:						
täglich fällig		2.729.824				(2.451.094)
gegen Beleihung von Wertpapieren		0				(0)
					<b>24.237.187</b>	<b>30.773.255</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>	1, 4, 5, 6, 14					
a) Hypothekendarlehen				1.787.740		1.611.634
b) Kommunalkredite				5.978.414		8.282.595
c) andere Forderungen				14.291.006		15.333.033
darunter:						
gegen Beleihung von Wertpapieren		4.828				(5.793)
					<b>22.057.160</b>	<b>25.227.262</b>
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	2, 4, 6, 8, 12, 14					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			0			612.800
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(612.800)
				0		612.800
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			5.075.238			3.238.645
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		5.073.815				(3.237.092)
bb) von anderen Emittenten			26.349.764			33.802.992
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		21.933.224				(29.246.146)
				31.425.002		37.041.637
c) eigene Schuldverschreibungen				4.498.454		3.145.490
Nennbetrag		4.500.000				(3.292.802)
					<b>35.923.456</b>	<b>40.799.927</b>
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	6, 7, 8, 12				<b>892.425</b>	<b>1.342.652</b>
<b>Handelsbestand</b>	6, 9				<b>11.286.990</b>	<b>-</b>
<b>Beteiligungen</b>	8, 12				<b>131.863</b>	<b>137.020</b>
darunter:						
an Kreditinstituten		68.124				(68.124)
an Finanzdienstleistungsinstituten		7.122				(0)
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	8, 12				<b>1.253.518</b>	<b>1.058.793</b>
darunter:						
an Kreditinstituten		1.226.614				(1.029.398)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
<b>Treuhandvermögen</b>	11				<b>49.696</b>	<b>82.813</b>
darunter: Treuhandkredite		49.696				(82.813)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	10					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				133		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				67.004		-
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0		-
d) geleistete Anzahlungen				0		-
					<b>67.137</b>	<b>45.790</b>
<b>Sachanlagen</b>	10				<b>129.036</b>	<b>136.594</b>
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	15				<b>2.253.646</b>	<b>4.030.633</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				54.775		97.728
b) andere				41.306		44.012
					<b>96.081</b>	<b>141.740</b>
					<b>99.185.677</b>	<b>104.981.238</b>
				<b>Summe der Aktiva:</b>		

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				225.591		210.463
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				293.695		568.313
c) andere Verbindlichkeiten				28.021.874		38.589.970
darunter:						
täglich fällig		1.243.154				(2.654.291)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>28.541.160</b>	<b>39.368.746</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				393.553		362.715
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				405.415		569.323
c) Spareinlagen						
mit vereinbarter Kündigungsfrist						
ca) von drei Monaten			4.563.421			5.244.233
cb) von mehr als drei Monaten			1.486.626			909.954
d) andere Verbindlichkeiten				6.050.047		6.154.187
darunter:				20.002.387		19.529.761
täglich fällig		12.630.806				(11.744.165)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>26.851.402</b>	<b>26.615.986</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	1, 2, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekendarlehen			1.948.022			1.792.029
ab) öffentliche Pfandbriefe			1.984.695			2.296.065
ac) sonstige Schuldverschreibungen			18.988.383			26.336.990
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				22.921.100		30.425.084
darunter:				536.140		0
Geldmarktpapiere		536.140				(0)
					<b>23.457.240</b>	<b>30.425.084</b>
<b>Handelsbestand</b>	17				<b>13.459.144</b>	-
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	11				<b>49.696</b>	<b>82.813</b>
darunter: Treuhandkredite		49.696				(82.813)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	18				<b>1.650.596</b>	<b>2.905.029</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	19					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				56.411		56.138
b) andere				48.088		53.781
					<b>104.499</b>	<b>109.919</b>
<b>Rückstellungen</b>	20					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				546.948		538.139
b) Steuerrückstellungen				4.560		4.258
c) andere Rückstellungen				390.161		558.890
					<b>941.669</b>	<b>1.101.287</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	4, 5, 21				<b>1.263.161</b>	<b>1.515.047</b>
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	22				<b>5.867</b>	-
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		5.867				(-)
<b>Eigenkapital</b>	23					
a) gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			700.000			700.000
b) Kapitalrücklage				1.900.000		1.900.000
c) Gewinnrücklage				920.038		920.038
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0			-
cd) Gewinnrücklagen der Bank			41.205			37.289
ce) andere Gewinnrücklagen			0			0
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				41.205		37.289
				0		0
					<b>2.861.243</b>	<b>2.857.327</b>
					<b>Summe der Passiva:</b>	<b>99.185.677</b>
						<b>104.981.238</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	34					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen					2.115.941	2.250.015
					<b>2.115.941</b>	<b>2.250.015</b>
<b>Andere Verpflichtungen</b>	34					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					3.696.073	4.154.440
					<b>3.696.073</b>	<b>4.154.440</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010**

Aufwendungen	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2010 TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Zinsaufwendungen</b>	24, 32				<b>1.190.118</b>	<b>1.890.619</b>
davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				262		-
<b>Provisionsaufwendungen</b>	25, 32				<b>109.268</b>	<b>109.252</b>
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	27					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			322.939			302.198
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			48.160			94.038
darunter: für Altersversorgung		1.218				(48.677)
				371.099		396.236
b) andere Verwaltungsaufwendungen				439.743		428.345
					<b>810.842</b>	<b>824.581</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	10				<b>32.558</b>	<b>37.585</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>					<b>118.710</b>	<b>78.088</b>
davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				49.567		-
davon: Aufwendungen aus der Währungsumrechnung				0		-
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	28				<b>27.320</b>	<b>124.005</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	8				<b>25.603</b>	<b>85.226</b>
<b>Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>					<b>90</b>	<b>851</b>
<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	30				<b>20.907</b>	<b>7.046</b>
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	31				<b>808</b>	<b>1.199</b>
davon: Erträge aus latenten Steuern				0		-
<b>Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen</b>					<b>-1.304</b>	<b>-3.095</b>
<b>Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	22				<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn- abführungsvertrages abgeführte Gewinne</b>					<b>285.692</b>	<b>335.600</b>
<b>Jahresüberschuss</b>					<b>0</b>	<b>0</b>
				<b>Summe der Aufwendungen:</b>	<b>2.620.612</b>	<b>3.490.957</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010**

Erträge	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2010 TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Zinserträge aus</b>	24, 29, 32					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				1.324.381		1.725.582
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				485.822		922.305
					<b>1.810.203</b>	<b>2.647.887</b>
<b>Laufende Erträge aus</b>	24, 29, 32					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				15.539		54.391
b) Beteiligungen				7.463		7.449
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				2.859		56.378
					<b>25.861</b>	<b>118.218</b>
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	24				<b>89.641</b>	<b>1.502</b>
<b>Provisionserträge</b>	25, 29, 32				<b>340.008</b>	<b>338.870</b>
<b>Nettoertrag des Handelsbestands</b>	26, 29, 32				<b>52.808</b>	<b>43.372</b>
davon: Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken (§ 340g HGB)				5.868		-
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	8				<b>113.904</b>	<b>232.588</b>
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>					<b>125.085</b>	<b>106.780</b>
davon: Erträge aus der Währungsumrechnung				0		-
<b>Außerordentliche Erträge</b>	30				<b>63.102</b>	<b>1.740</b>
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>					<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag</b>					<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Summe der Erträge:</b>					<b>2.620.612</b>	<b>3.490.957</b>

# Anhang der Landesbank Berlin AG 2010

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, die alleinige Aktionärin der Landesbank Berlin AG ist.

Die Landesbank Berlin AG ist Muttergesellschaft für den Teilkonzern Landesbank Berlin AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB). Sie ist in den Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG einbezogen. Gem. § 291 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB stellt die Landesbank Berlin AG einen Teilkonzernabschluss nach IFRS (gemäß § 315a Abs. 1 HGB) auf.

Die Landesbank Berlin AG (LBB) wird in den Konzernabschluss der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, (größter Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB) einbezogen.

Die Konzernabschlüsse der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe, Neuhardenberg, der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) sowie der LBB-Teilkonzernabschluss werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Bilanzierung

Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ergänzend werden die Vorschriften der Satzung beachtet. In den Jahresabschluss ist die teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Sparkasse, handelsrechtlich eine Zweigniederlassung der LBB, einbezogen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden an die umfangreichen Änderungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angepasst. Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund des bestehenden Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 8 EGHGB nicht verändert. Der Änderung des § 246 Abs. 1 S. 2 HGB folgend, werden Wertpapiere im Rahmen der Wertpapierleihe nur bei wirtschaftlichem Eigentum ausgewiesen. Im Übrigen wurden die im Vorjahr angewandten Methoden beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

## Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB i.V.m. § 340e Abs.1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden Investmentfondsanteile im Anlagevermögen mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gem. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB angesetzt. Diese Bewertung der Finanzanlagen steht damit weitgehend im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Die Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Sofern Bewertungseinheiten der Liquiditätsreserve zugeordnet sind werden negative Salden aus dem nicht abgesicherten Risiko erfolgswirksam berücksichtigt. Für Bewertungseinheiten im Anlagevermögen werden negative Bewertungseffekte des nicht abgesicherten Risikos im Grundgeschäft nur erfolgswirksam berücksichtigt, sofern diese als dauerhaft einzustufen sind. Positive Bewertungsüberhänge werden nicht vereinnahmt.

Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Die Bank macht von der Bildung von Bewertungseinheiten gem. § 254 HGB Gebrauch. In diesem Zusammenhang werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs-, Währungs- und/oder Bonitätsrisiken abgesichert. Dabei werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet, d.h. das aus einem einzelnen Grundgeschäft resultierende Risiko wird durch ein einzelnes Sicherungsinstrument abgesichert. Ziel ist es, die aus dem jeweils abgesicherten Risiko resultierenden Wertveränderungen abzusichern. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die Bank für alle Bewertungseinheiten die Critical Term Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft von Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte bezogen auf das abgesicherte Risiko vollständig ausgleichen. Darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten bezogen auf das nicht abgesicherte Risiko werden nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften behandelt. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC). Sie werden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 5,16% zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 0,5-3% angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet. Der Aufwand aus dem bei erstmaliger Anwendung des BilMoG entstandenen Erhöhungsbetrag wird in Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB auf voraussichtlich 15 Jahre verteilt.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

### **Bewertung des Handelsbestandes**

Alle Handelsgeschäfte werden einem Mark-to-Market Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value at Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird dazu der Value at Risk mit den Parametern von 10 Tagen Haltedauer, einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99% berechnet. Der Risikoabschlag in Höhe von 29 Mio. EUR wird im Handelsbestand ausgewiesen.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

### **Währungsumrechnung**

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

# Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## Bilanz

### (1) Fristengliederung (Restlaufzeiten)

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>		
- bis drei Monate	16.254	18.110
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.502	11.018
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.105	1.320
- mehr als fünf Jahre	376	325
<b>Insgesamt</b>	<b>24.237</b>	<b>30.773</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>		
- bis drei Monate	3.728	5.615
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.620	2.977
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.223	6.557
- mehr als fünf Jahre	9.486	10.078
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.455)	(1.649)
<b>Insgesamt</b>	<b>22.057</b>	<b>25.227</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
- bis drei Monate	23.729	24.771
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.737	12.445
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.439	1.356
- mehr als fünf Jahre	636	797
<b>Insgesamt</b>	<b>28.541</b>	<b>39.369</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
<b>Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten</b>		
- bis drei Monate (Restlaufzeit)	42	22
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.414	847
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	27	37
- mehr als fünf Jahre	4	4
<b>Insgesamt</b>	<b>1.487</b>	<b>910</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen</b>		
- bis drei Monate	18.006	16.166
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	669	1.602
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.646	1.357
- mehr als fünf Jahre	480	1.337
<b>Insgesamt</b>	<b>20.801</b>	<b>20.462</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
<b>Andere verbrieftete Verbindlichkeiten</b>		
- bis drei Monate	536	0
<b>Insgesamt</b>	<b>536</b>	<b>0</b>

## (2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>Enthalten in Position:</b>		
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.655	7.447
- Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	5.678	4.168

## (3) Bewertungseinheiten

Grundgeschäfte wurden mit folgenden Beträgen in die Bewertungseinheiten einbezogen und mit folgenden Risiken abgesichert:

Nominalbetrag in Mio. EUR	Grund- geschäft	Sicherungsgeschäft			
		Zinsände- rungsrisiko	Währungs- risiko	Aktien- risiko	Bonitäts- risiko
Vermögensgegenstände	8.180	x	x		x
Schulden	2.597	x	x	x	x
schwebende Geschäfte	488	x			x

## (4) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	9.491	5.349
Forderungen an Kunden	211	428
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.003	1.135
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.058	1.892
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	465	416
Verbriefte Verbindlichkeiten	393	497
Nachrangige Verbindlichkeiten	643	897

## (5) Beziehungen zu Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	40	0
Forderungen an Kunden	8	75
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35	58
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50	33
Nachrangige Verbindlichkeiten	20	0

## (6) Nachrangige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	80	80
Forderungen an Kunden	0	81
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3	39
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	216	221
Handelsbestand aktiv	40	0

## (7) Investmentvermögen

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischen Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10%.

31.12.2010	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz MW-BW	Ausschüttung	unterlassene Abschreibungen
in Mio. EUR					
Rentenfonds	377	377	0	12	0
Mischfonds	128	129	1	3	0
Hedgefonds	136	148	12	0	0
Insgesamt:	641	654	13	15	0

Aufgrund außergewöhnlicher Umstände erfolgte bei zwei Rentenfonds eine Aussetzung der Rücknahme von Anteilen.

## (8) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen <sup>2)</sup>
<b>Buchwert zum 31.12.2009</b>	<b>25.936</b>	<b>681</b>	<b>137</b>	<b>1.059</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
zum 31.12.2009	25.910	856	154	1.087
Zugänge 2010	1.934	0	1	198
Abgänge 2010	5.352	7	6	3
Umbuchungen 2010	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	98	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
zum 31.12.2010	22.590	849	149	1.282
Kumulierte Abschreibungen				
zum 31.12.2009 <sup>3)</sup>	-26	175	17	28
Zugänge 2010 <sup>4)</sup>	38	3	0	0
Abgänge 2010	11	0	0	0
Zuschreibungen 2010	25	33	0	0
Umbuchungen 2010	15	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen				
zum 31.12.2010	-9	145	17	28
<b>Buchwert zum 31.12.2010</b>	<b>22.599</b>	<b>704</b>	<b>132</b>	<b>1.254</b>

<sup>1)</sup> In Vorjahren wurden Wertpapiere aus der Liquiditätsreserve in das Finanzanlagevermögen umgewidmet. Die Buchwerte bei Umwidmung wurden als Anschaffungskosten behandelt. Sofern sich in der Liquiditätsreserve vorgenommene Abschreibungen nach der Umwidmung als nicht dauerhaft erweisen, erfolgt die Zuschreibung. Der Buchwert solcher Wertpapiere liegt dann über den im Anlagespiegel ausgewiesenen Anschaffungskosten. Die tatsächlichen historischen Anschaffungskosten werden nicht überschritten. In 2010 wurde eine Anpassung der Ausgangszahlen 2009 in Höhe von 5 Mio. vorgenommen (Verschiebung zwischen Anschaffungs- und Herstellungskosten und kumulierten Abschreibungen).

<sup>2)</sup> Die Erhöhung bei den verbundenen Unternehmen betrifft die Anteile an der Berlin Hyp in Höhe von 197,2 Mio. EUR.

<sup>3)</sup> Durch die geänderte Darstellung des Anlagespiegels enthalten die kumulierten Abschreibungen den saldierten Wert aus den kumulierten Zuschreibungen und den kumulierten Abschreibungen des Vorjahres.

<sup>4)</sup> Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, S. 3 in Höhe von 24 Mio. EUR und nach § 253 Abs. 3, S. 4 in Höhe von 17 Mio. EUR vorgenommen.

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB. verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. EUR	Buchwerte	2010 beizulegende Zeitwerte	unterlassene Abschreibungen kumuliert	2009 unterlassene Abschreibungen kumuliert
Schuldverschreibungen	12.048	11.544	504	301

Die Einschätzung, dass die Wertminderungen für Schuldverschreibungen nicht dauerhaft sind, stellt im Wesentlichen auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderungen ab und nicht auf liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen. Dies folgt der Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten.

## (9) Handelsbestand aktiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. Euro	31.12.2010
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.088
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	506
Forderungen	5
derivative Finanzinstrumente	7.688
Insgesamt	11.287

## (10) Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit werden Immobilien mit einem Buchwert von 24 (i.Vj.: 24) Mio. EUR genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 102 (i.Vj.: 110) Mio. EUR enthalten.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert - soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt - um planmäßige überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögensgegenstände / Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	15 / 25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8 - 10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 - 5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- EUR werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- EUR brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die gemäß § 6 Abs. 2 EStG über 5 Jahre oder differenziert je nach Anlageklasse über 3-13 Jahre abgeschrieben werden.

in Mio. EUR	selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	entgeltliche erworbene Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	Immaterielle Anlagewerte gesamt	Sachanlagen
<b>Buchwert zum 31.12.2009</b>	<b>0</b>	<b>28</b>	<b>18</b>	<b>46</b>	<b>137</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2009	0	204	18	222	331
Zugänge 2010	0	7	28	35	11
Abgänge 2010	0	0	0	0	10
Umbuchungen 2010	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2010	0	211	46	257	332
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2009 <sup>3)</sup>	0	176	0	176	194
Zugänge 2010	0	14	0	14	18
Abgänge 2010	0	0	0	0	9
Zuschreibungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen 2010	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2010	0	190	0	190	203
<b>Buchwert zum 31.12.2010</b>	<b>0</b>	<b>21</b>	<b>46</b>	<b>67</b>	<b>129</b>

<sup>3)</sup> Durch die geänderte Darstellung des Anlagespiegels enthalten die kumulierten Abschreibungen den saldierten Wert aus den kumulierten Zuschreibungen und kumulierten Abschreibungen des Vorjahres.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 0,3 Mio. EUR, davon entfallen 0,1 Mio. EUR auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

## (11) Treuhandgeschäfte

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kunden	50	83
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	49	82
Insgesamt	50	83

## (12) Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. EUR	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.425	40.800	29.493	38.803	1.932	1.997
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	458	850	253	565	205	285
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.227	1.029	955	757	272	272

### (13) Bestände in Fremdwährung

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Vermögensgegenstände	8.179	9.053
Verbindlichkeiten	4.631	5.882

### (14) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

Nominalwert in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
verpfändet bei dem ESZB		
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.580	18.430
Wirtschaftskredite	2.022	1.875
bei der Eurex hinterlegt		
Anleihen und Schuldverschreibungen	16.019	7.163
i.R.v. Pensions- und Leihegeschäften		
Anleihen und Schuldverschreibungen	197	274
Deckungsmasse für begebenen Pfandbriefe		
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.235	1.430
Schuldscheindarlehen	290	165
Insgesamt:	22.343	29.337

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme aus im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an Zentralbanken als Sicherheiten verpfändete Vermögensgegenstände 3.147 (i.Vj.: 7.500) Mio. EUR.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 1 (i.Vj.: 1) Mio. EUR zur Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 12.235 (i.V.: 10.550) Mio. EUR.

Als Sicherheiten für emittierte Schuldverschreibungen wurden Refinanzierungsdarlehen in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 290 (i.V.: 165) Mio. EUR an Sparkassen herausgelegt und an einen Sicherheitentreuhänder verpfändet.

### (15) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen aus Collateral	2.132	2.335
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	80	75
Aktivposten aus Portfolien	-	1.474
Übrige	42	147
Insgesamt	2.254	4.031

## (16) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 33,2 (i.Vj.: 62,0) Mio. EUR sowie von Wertpapieren in Höhe von 8,0 (i.Vj.: 9,7) Mio. EUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 21,5 (i.Vj.: 35,7) Mio. EUR.

## (17) Handelsbestand passiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. Euro	31.12.2010
Verbindlichkeiten derivative Finanzinstrumente	5.840 7.590
Zwischensumme	13.430
VaR-Abschlag	29
Insgesamt	13.459

## (18) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Verbindlichkeiten aus Collateral	1.484	1.615
Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	66	85
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	13	16
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	12	20
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	6	13
Passivposten aus Portfolien	-	1.078
Übrige	70	78
Insgesamt	1.651	2.905

## (19) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 14,5 (i.Vj.: 20,9) Mio. EUR ausgewiesen.

## (20) Rückstellungen

### Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

Pensionsrückstellungen	01.01.2010	Verbrauch	Auflösung	Umbu- chung	Zuführung	Auf- zinsung	31.12.2010
in Mio. EUR							
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	551	30	10	-1	0	37	547
Insgesamt	551	30	10	-1	0	37	547

Der zum Geschäftsjahresende in Anwendung der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich auf 179 Mio. EUR.

Im Zuge der Sanierung der Bank und für die damit im Zusammenhang stehende Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. 02. 2004 sowie die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde im Jahresabschluss 2003 durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen. Zum 31. 12. 2010 ergeben sich durch Inanspruchnahmen, Auflösungen, Zuführungen und Aufzinsung folgende Veränderungen.

### Entwicklung der anderen Rückstellungen:

Andere Rückstellungen	01.01.2010	Verbrauch	Auflösung	Umbu- chung	Zuführung	Auf- zinsung	31.12.2010
in Mio. EUR							
Steuerrückstellungen	4	0	0	0	0	0	4
Restrukturierung und EU	166	12	11	-4	6	9	154
Portfolien und Finanzgeschäfte	200	75	97	0	7	0	35
Kreditgeschäft	17	0	5	0	1	0	13
Personalbereich	71	41	6	4	58	2	88
Sonstige	106	45	15	0	53	2	101
Insgesamt	564	173	134	0	125	13	395

## (21) Nachrangige Verbindlichkeiten

Ifd. Nr.	Nominalwerte in Mio.			EUR	Zinssatz	Fälligkeit
		Währung				
(1)	*	USD	250	187	7,12500	2012
(2)	*	GBP	150	174	8,00000	2012
(3)	*	JPY	3.500	32	FRN	2013
(4)	*	JPY	3.000	27	FRN	2018
(5)	*	JPY	1.000	9	FRN	2018
(6)		EUR	1	1	6,70000	2018
(7)		EUR	10	10	6,70000	2018
(8)		EUR	20	20	6,62500	2018
(9)		EUR	5	5	6,61000	2018
(10)		EUR	20	20	6,60000	2018
(11)		EUR	1	1	6,60000	2018
(12)		EUR	1	1	6,60000	2018
(13)		EUR	5	5	6,64000	2018
(14)		EUR	5	5	6,63000	2018
(15)		EUR	5	5	6,65500	2018
(16)		EUR	10	10	6,68000	2018
(17)		EUR	10	10	6,82000	2018
(18)		EUR	10	10	6,82000	2018
(19)	*	EUR	75	75	4,75000	2019
(20)		EUR	500	500	5,87500	2019
(21)		EUR	1	1	5,67000	2019
(22)		EUR	6	6	5,67000	2019
(23)		EUR	1	1	5,60000	2019
(24)		EUR	10	10	5,85000	2020
(25)	*	JPY	15.000	138	5,15000	2027

Die mit (\*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (1), (2), (20) und (25) übersteigen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (19) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31. März 2009, danach 4,75 % + 81% der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2010 beträgt 44,3 (i.Vj.: 39,8) Mio. EUR unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 34,1 (i.Vj.: 33,5) Mio. EUR.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2010 sind 1.043,3 (i.Vj.: 1.326,6) Mio. EUR als haftendes Eigenkapital anrechenbar. Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 568,5 (i.Vj.: 511,4) Mio. EUR in Fremdwährung aufgenommen. 361,4 (i.Vj.: 308,9) Mio. EUR sind vor Ablauf von 2 Jahren fällig.

## (22) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Fonds für allgemeine Bankrisiken ist ausschließlich der Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB enthalten.

## **(23) Eigenkapital**

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31. Dezember 2010 1.200 Mio. EUR und ist in 1.200.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Weiterhin besteht eine typische stille Einlage der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin in Höhe von 700 (i.Vj.: 700) Mio. EUR. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920 (i.Vj.: 920) Mio. EUR. Der Anstieg der Gewinnrücklagen in Höhe von 4 Mio. EUR ist auf die nach BilMoG notwendige Neubewertung der sonstigen langfristigen Rückstellungen zurückzuführen.

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Betrags der aktivierten, selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände von 0,1 Mio. ausschüttungsgesperrt.

## Gewinn- und Verlustrechnung

### (24) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2010	2009
Zinserträge	1.810	2.648
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.324	1.726
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	486	922
Laufende Erträge	26	118
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	16	54
aus Beteiligungen	7	8
aus verbundenen Unternehmen	3	56
Erträge aus Gewinngemeinschaften	90	2
Zinsaufwendungen	1.190	1.891
für Einlagen	635	1.154
für verbrieftete Verbindlichkeiten	524	697
für nachrangige Verbindlichkeiten	31	40
Insgesamt	736	877

Die Gewinnabführung der BerlinHyp wird aufgrund des neu abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages unter Erträgen aus Gewinngemeinschaften ausgewiesen und nicht mehr wie im Vorjahr unter laufenden Erträgen aus verbundenen Unternehmen.

### (25) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2010	2009
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	52	52
Wertpapiere/Vermögensanlagen	52	52
Emissions- u. Konsortialgeschäft	0	0
Zahlungsverkehr/Kontoführung	95	103
Kreditgeschäft	12	15
Kreditgeschäft	7	9
Avalprovisionen	2	3
Auslandsgeschäft	3	3
Kartengeschäft	59	52
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	13	8
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	12	7
Insgesamt	231	230

Durch die gesetzlich vorgeschriebene Umgliederung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand, wurden Aufwendungen in Höhe von 4,1 Mio. EUR für Maklercourtage nicht mehr im Provisionsaufwand sondern im Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

## (26) Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestandes

in Mio. EUR	2010
Nettoerträge aus Finanzgeschäften	59
Zuführung/Auflösung Fonds für allgemeine Bankrisiken	-6
Insgesamt	53

## (27) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. EUR	2010	2009
Gebäude- und Raumkosten	97	97
EDV	138	135
Werbung und Marketing	23	23
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	33	29
Geschäftsbetriebskosten	43	39
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	11	11
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	93	92
Insgesamt	440	428

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

## (28) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2010	2009
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	71	118
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-44	6
Insgesamt	27	124

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt<sup>1)</sup>:

in Mio. EUR	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV- wirksam	
	Direktabschreibungen		Einzelwertberichtigung		Pauschalwertberichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		2010	2009	2010	2009	2010	2009
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009						
<b>Stand 01.01.</b>			764	903	96	126	17	23	11	13	888	1.065		
Zuführungen			134	191			1	5	1	3	136	199	136	199
Inanspruchnahmen			96	266				1			96	267		
Auflösungen			77	57	13	30	5	10	4	5	99	102	99	102
Direktabschreibungen Eingänge	37	26											37	26
auf abgeschriebene Forderungen	3	5											3	5
Umbuchungen <sup>2)</sup>			-19	-5							-19	-5		
Wechselkurs- änderungen			9	-2							9	-2		
<b>Stand 31.12. <sup>1)</sup></b>	<b>34</b>	<b>21</b>	<b>715</b>	<b>764</b>	<b>83</b>	<b>96</b>	<b>13</b>	<b>17</b>	<b>8</b>	<b>11</b>	<b>819</b>	<b>888</b>	<b>71</b>	<b>118</b>

<sup>1)</sup> ohne EVB auf Altkredite in Höhe von 20 (i.V.: 39) Mio. EUR

<sup>2)</sup> Auflösungen zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 3 Mio. EUR.

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	33	36
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	773	835
Rückstellungen	13	17
<b>Insgesamt</b>	<b>819</b>	<b>888</b>

<sup>1)</sup> Angaben ohne Altkredite

## (29) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. EUR	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Zinserträge	1.714	2.448	96	200	1.810	2.648
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	25	118	1	0	26	118
Provisionserträge	330	324	10	15	340	339
Nettoertrag des Handelsbestands <sup>1)</sup>	47	62	6	-19	53	43
Sonstige betriebliche Erträge	125	106	0	1	125	107

<sup>1)</sup> als Vergleichszahl 2009 sind die Werte des Nettoergebnis aus Finanzgeschäften angegeben.

### (30) Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

in Mio. EUR	2010	2009
Außerordentliche Aufwendungen	21	7
Erstanwendungseffekte BilMoG	21	0
Zuführung zu Rückstellungen Restrukturierung und EU-Entscheidung	-	7
Außerordentliche Erträge	63	2
Erstanwendung BilMoG	63	0
Auflösung von Rückstellungen Restrukturierung und EU-Entscheidung	-	2
<b>Insgesamt</b>	<b>42</b>	<b>-5</b>

Die Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen für Restrukturierung und EU-Entscheidung werden ab dem Geschäftsjahr 2010 im Verwaltungsaufwand bzw. im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

### (31) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand in Höhe von 0,8 (i.Vj. -0,2) Mio. EUR entfällt vollständig auf die ausländischen Niederlassungen in London und Luxemburg. Deren steuerliches Ergebnis hat die LBB selbst zu versteuern.

Passive latente Steuern aus dem steuerlich zulässigen höheren Ansatz der Wertberichtigungen in der Niederlassung Luxemburg wurden mit aktiven latenten Steuern auf die handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Wertansätze der Wertpapiere, der sonstigen Rückstellungen und mit den aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge der Niederlassung London verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 S. 2 HGB nicht aktiviert.

Latente Steuern auf temporäre Differenzen, die auf das inländische Stammhaus der LBB entfallen, werden beim Organträger Holding ausgewiesen.

### (32) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. EUR	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Aktivitäten am Kapital- und Geldmarkt	Gesamt
Zinsüberschuss	373	142	112	109	736
davon enthaltene Beteiligungserträge <sup>1)</sup>	5	1	0	1	7
Provisionsüberschuss	195	42	10	-16	231
Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands	-	-	-	53	53

<sup>1)</sup> ohne verbundene Unternehmen und Erträge aus Gewinngemeinschaften

Die Beteiligungserträge sind den Strategischen Geschäftsfeldern entsprechend der Zuordnung der Beteiligungen zugeordnet.

## Sonstige Angaben

### (33) Außerbilanzielles Geschäft / Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen:

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit der Holding mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011, durch die Holding ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der LBB zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB und Holding sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die LBB ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen des Verkäufers aus der von ihm übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag mit Wirkung für die Zukunft. Für deren Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung des Verkäufers als Gewährträger.

Die LBB ist zu 99,7 (i.Vj.: 91,6) % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt, welche der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen ist. Die LBB ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich

Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs.10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken ist die LBB darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Die LBB selbst ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Deren jährliche Beiträge werden nach risikoorientierten Grundätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die LBB eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 72,1 (i.V.: 72,7) Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Die Patronatserklärungen der LBB stellen sich wie folgt dar:

Die LBB trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG vom 9.12.2010 wurde der Beschluss gefasst, die Aktien der Minderheitsaktionäre gemäß §§ 327a ff. AktG gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung in Höhe von 7,15 Euro pro Aktie auf die LBB als Hauptaktionärin der BerlinHyp zu übertragen. Mit der Eintragung dieses Beschlusses in das Handelsregister wird sich daraus bei der LBB eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von rd. 7,2 Mio. EUR ergeben. Der Squeeze Out ist am 25.01.2011 in das Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen worden.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2026 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 1.006,1 (i.Vj.: 1.002,6) Mio. EUR, davon 275,3 (i.Vj.: 231,7) Mio. EUR gegenüber verbundenen Unternehmen sowie 0,2 (i.Vj.: 0,0) Mio. EUR gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 2,3 (i.Vj.: 2,2) Mio. EUR. Nachschusspflichten aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank bestehen in Höhe von 12,6 (i.Vj.: 12,6) Mio. EUR.

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100% des Nominalbetrags (101 Mio. EUR) zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus eventuell ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 12 (i.Vj.: 5) Mio. EUR.

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich aus den Zusatzerträgen der verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere in Höhe von 4.447 Mio. EUR verliehen, die entliehenen Wertpapiere betragen 5.096 Mio. EUR.

### **(34) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen**

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen uns nicht vor.

### **(35) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite**

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2010	2009
Gesamtbezüge des Vorstands	5.326	4.475
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	262	262
Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern	1	1.335
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zum Jahresende zurückgestellt	7.759	7.758
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	6.619	6.442
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	59.673	68.530

<sup>1)</sup> ohne Umsatzsteuer

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands ist eine erfolgsabhängige (variable) Vergütung in Höhe von 804 (i.Vj.: 0) TEUR enthalten. Die Zahlungen für frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene werden um Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 270 (i.Vj.: 22) TEUR erhöht ausgewiesen.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2010 folgende Vergütungen:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 <sup>1)</sup>		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>				
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	850	216	45	1.111
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(330)</i>			
Serge Demolière (LBB)	1.014	108	57	1.179
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	651	126	45	822
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	675	126	34	835
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Patrick Tessmann (LBB) <sup>3)</sup>	375	0	34	409
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(188)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	228	33	970
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
<b>Vergütung 2010 gesamt</b>	<b>4.274</b>	<b>804</b>	<b>248</b>	<b>5.326</b>

<sup>1)</sup> Im März 2010 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die zu 60 % ausgezahlt und in die Vergütung 2010 einbezogen wurden. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

<sup>2)</sup> Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 141 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Der im Vorjahr noch einbezogene Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung wurde nicht mehr mit einbezogen.

<sup>3)</sup> Herr Tessmann wurde mit Wirkung zum 1. April 2010 in den Vorstand der LBB bestellt.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2009 folgende Vergütungen:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 <sup>1)</sup>		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB) <sup>3)</sup>	483	0	13	496
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(231)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB) <sup>4)</sup>	746	0	46	792
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(288)</i>			
Serge Demolière (LBB)	1.008	0	34	1.042
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	646	0	44	690
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	675	0	38	713
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	0	33	742
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
<b>Vergütung 2009 gesamt</b>	<b>4.267</b>	<b>0</b>	<b>208</b>	<b>4.475</b>

<sup>1)</sup> Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

<sup>2)</sup> Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

<sup>3)</sup> Herr Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der LBB Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

<sup>4)</sup> Herr Dr. Evers ist ab dem 1. Juli 2009 Mitglied und Vorsitzender des Vorstands der LBB Holding und Vorsitzender des Vorstands der LBB AG.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9a, Satz 6 bis 8 HGB sind im Lagebericht enthalten.

Folgende Leistungen wurden für aktive Vorstandsmitglieder in der LBB aufgewandt oder zurückgestellt:

TEUR	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2010 <sup>1)</sup>	Bilanzierte Pensionsrückstellung	Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2010
<b>Mitglieder des Vorstands</b>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	9	1.328	2.496
Serge Demolière (LBB)	12	1.392	1.940
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	29	1.375	2.377
Martin K. Müller (LBB)	90	1.159	1.202
Patrick Tessmann (LBB) <sup>2)</sup>	154	154	154
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	-293	2.351	3.522
<b>Insgesamt</b>	<b>1</b>	<b>7.759</b>	<b>11.691</b>

<sup>1)</sup> in 2010 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag (inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG).

<sup>2)</sup> für Herrn Tessmann werden bedingt durch seinen Eintritt zum 1. April 2010 die Pensionsverpflichtungen in vollem Umfang gebildet.

Die für das **Geschäftsjahr 2010** an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2010	2009		2010	2009
<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>			<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>		
Heinrich Haasis	36,0	36,0	Claus Friedrich Holtmann	16,5	16,5
Bärbel Wulff	28,8	28,8	Michael Jänichen	22,5	22,5
Heiko Barten <sup>1)</sup>	10,5	5,9	Daniel Kasteel <sup>2)</sup>	-	4,6
Gregor Böhmer <sup>2)</sup>	-	7,3	Thomas Mang	16,5	16,5
Christina Förster <sup>2)</sup>	-	4,6	Astrid Maurer <sup>2)</sup>	-	4,6
Gerhard Grandke <sup>1)</sup>	16,5	9,3	Peter Mohr <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Artur Grzesiek	18,5	18,5	Wolfgang Pansegrau <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Sascha Händler <sup>2)</sup>	-	4,6	Andreas Rohde <sup>2)</sup>	-	4,6
Sabine Hentschel-Vélez Garzón <sup>1)</sup>	10,5	5,9	Helmut Schleweis <sup>4)</sup>	5,7	-
Gerald Herrmann <sup>1)</sup>	10,5	5,9	Peter Schneider	10,5	10,5
Jürgen Hilse <sup>3)</sup>	4,7	10,5	Dr. Harald Vogelsang	16,5	16,5
			Frank Wolf	16,5	16,5
<b>Summe</b>				<b>261,7</b>	<b>261,9</b>
zuzügl. USt				41,8	41,8
<b>Gesamtaufwand</b>				<b>303,5</b>	<b>303,7</b>

<sup>1)</sup> Mitglied seit 8. Juni 2009

<sup>2)</sup> Mitglied bis 8. Juni 2009

<sup>3)</sup> Mitglied bis 14. Juni 2010

<sup>4)</sup> Mitglied seit 14. Juni 2010

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2010	2009
an Mitglieder des Vorstands	297	296
an Mitglieder des Aufsichtsrats	93	98

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Darlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

### **(36) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt**

	2010	2009
Vollzeitbeschäftigte	3.648	3.680
Teilzeitkräfte	1.036	992
Auszubildende	213	271
Insgesamt	4.897	4.943

### **(37) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien**

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands der LBB in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der LBB in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

## (38) Angaben über derivative Geschäfte

### Anlagebuch

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2010						
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsderivate</b>	<b>10.521</b>	<b>57.931</b>	<b>29.217</b>	<b>97.669</b>	<b>2.995</b>	<b>3.141</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	10.521	57.931	29.217	97.669	2.995	3.141
Zinsswaps	7.521	57.931	29.217	94.669	2.995	3.070
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	3.000	0	0	3.000	0	71
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	0	0	0	0	0	0
<b>Währungsderivate</b>	<b>23</b>	<b>186</b>	<b>249</b>	<b>458</b>	<b>63</b>	<b>8</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	23	186	249	458	63	8
Devisentermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Cross-Currency-Swaps	23	186	249	458	63	8
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	0	9	0	9	1	0
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	0	9	0	9	1	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
<b>Kreditderivate</b>	<b>638</b>	<b>1.869</b>	<b>447</b>	<b>2.954</b>	<b>22</b>	<b>36</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>11.182</b>	<b>59.995</b>	<b>29.913</b>	<b>101.090</b>	<b>3.081</b>	<b>3.185</b>

Das Derivategeschäft der LBB entfällt auf Microeinheiten zur Absicherung von Marktrisiken einzelner bilanzieller Grundgeschäfte und Derivate zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus Positionsüberhängen im Bankbuch.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

## Handelsbuch

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2010						
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsderivate</b>	<b>81.998</b>	<b>121.786</b>	<b>100.381</b>	<b>304.165</b>	<b>6.825</b>	<b>6.810</b>
börsengehandelt	6.524	771	0	7.295	0	0
Futures	2.409	771	0	3.180	0	0
Options	4.115	0	0	4.115	0	0
OTC	75.474	121.015	100.381	296.870	6.825	6.810
Zinsswaps	56.677	102.677	69.446	228.800	6.037	5.965
Forward Rate Agreements	10.549	0	0	10.549	11	11
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	3.031	10.861	16.507	30.399	340	518
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	5.217	7.477	14.428	27.122	437	316
<b>Währungsderivate</b>	<b>4.820</b>	<b>2.125</b>	<b>160</b>	<b>7.105</b>	<b>90</b>	<b>78</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	4.820	2.125	160	7.105	90	78
Devisentermingeschäfte	3.951	123	0	4.074	75	60
Cross-Currency-Swaps	869	1.962	160	2.991	14	18
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	40	0	40	1	0
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>2.470</b>	<b>4.191</b>	<b>40</b>	<b>6.701</b>	<b>704</b>	<b>632</b>
börsengehandelt	1.707	437	1	2.145	187	185
Futures	238	12	1	251	0	0
Options	1.469	425	0	1.894	187	185
OTC	763	3.754	39	4.556	517	447
Aktien-Index-Swaps	330	184	22	536	60	42
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	245	1.920	14	2.179	457	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	188	1.650	3	1.841	0	405
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
<b>Kreditderivate</b>	<b>1.704</b>	<b>3.480</b>	<b>90</b>	<b>5.274</b>	<b>68</b>	<b>70</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>90.992</b>	<b>131.582</b>	<b>100.671</b>	<b>323.245</b>	<b>7.687</b>	<b>7.590</b>

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen. Die sich aus den oben dargestellten negativen Marktwerten ergebenden Risiken sind, soweit handelsrechtlich erforderlich, durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt

Die Handelsbuchderivate werden mit ihren positiven bzw. negativen Marktwerten in der Bilanzposition Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten		
in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungsklasse Institute	348	388
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	322	396
<b>Insgesamt</b>	<b>670</b>	<b>784</b>

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der Solvabilitätsverordnung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahentennetting berücksichtigt ist.

### (39) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a sowie 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB  
Zielwährung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen					
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. WKZ Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
1.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	5.528	2.830
2.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-1.841	35
3.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin <sup>4) 11)</sup>	94,90	EUR	51	0
4.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin <sup>1) 4) 8)</sup>	100,00	EUR	26	0
5.	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin <sup>3) 4) 11)</sup>	99,66	EUR	830.903	0
6.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	22	-3
7.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	25	0
8.	B & E Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-617	-642
9.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware <sup>11)</sup>	100,00	EUR	-30.211	-10.702
10.	Crown Court Property London Ltd., London <sup>1) 12) 14)</sup>	100,00	GBP	16.000	595
11.	egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	94,00	EUR	-1.642	-24
12.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	760	338
13.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-27	359
14.	FURIS Verwaltung GmbH, Pullach, <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	13	1
15.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. KG, Pullach <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	23	3
16.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin <sup>1) 11)</sup>	100,00	EUR	100	0
17.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	9.436	0
18.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin <sup>1) 11)</sup>	100,00	EUR	-925	-997
19.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>2) 8)</sup>	76,71	EUR	-24.512	-1.314
20.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>12)</sup>	99,93	EUR	-8.688	327
21.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin <sup>8)</sup>	60,22	EUR	3.834	1
22.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München <sup>1) 8)</sup>	78,10	EUR	45	-6
23.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 4) 8)</sup>	100,00	EUR	26	0
24.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking <sup>8)</sup>	92,49	92,47 EUR	87	-48
25.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	19	0
26.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin <sup>8)</sup>	100,00	EUR	117	2
27.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg <sup>3) 12)</sup>	100,00	EUR	168.984	23.813
28.	Lausitzring GmbH & Co. KG i. L., Klettwitz <sup>1) 8)</sup>	70,00	EUR	-84.277	44
29.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin <sup>11)</sup>	100,00	EUR	1.351	10
30.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	5.880	0
31.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	1.460	0
32.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxembourg <sup>12)</sup>	100,00	EUR	3.200	0
33.	Linden Grundstücks GmbH, Berlin (ehemals DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin) <sup>8)</sup>	100,00	EUR	104	0
34.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>12)</sup>	74,99	EUR	21.110	-2.674
35.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	99	16
36.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	2	-3
37.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	1.036	0
38.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	545	15
39.	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, München <sup>1) 7)</sup>	75,00	EUR	46	1
40.	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, München <sup>1) 7)</sup>	75,00	EUR	499	-262

## Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
41.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin <sup>1) 8)</sup>	47,47	EUR	32.305	2.263
42.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	30,00	EUR	77	5
43.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main <sup>10)</sup>	25,10	EUR	13.338	4.413
44.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>8)</sup>	21,79	EUR	8.488	112
45.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin <sup>8)</sup>	45,00	EUR	2.902	-1.225
46.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>8)</sup>	45,00	EUR	31	1
47.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover <sup>8)</sup>	50,00	EUR	1.144	13
48.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>8)</sup>	50,00	EUR	145	11
49.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	49,00	EUR	-211	-28
50.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin <sup>1) 6)</sup>	49,00	EUR	3	-1
51.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin <sup>1) 8)</sup>	48,48	EUR	-2.987	-2.987
52.	GbR TOCOTAX <sup>8)</sup>	0,00	33,33 EUR	0	-171
53.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin <sup>1) 8)</sup>	50,00	EUR	-1.149	43
54.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München <sup>8)</sup>	39,60	20,00 EUR	25	0
55.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover <sup>8)</sup>	0,00	50,00 EUR	328	49
56.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum <sup>12)</sup>	42,39	EUR	99	-11
57.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin <sup>1) 5)</sup>	0,00	40,00 EUR	0	0
58.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen <sup>1) 13)</sup>	30,00		k. A.	k. A.
59.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin <sup>1) 8)</sup>	26,80	EUR	30.280	3.604
60.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München <sup>11)</sup>	49,00	36,30 EUR	-2.780	214

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gem. Abdruck unter Ziffer (33) des Anhangs

4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

5 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.

6 Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

7 Es liegen Daten zum 30.09.2009 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

8 Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

9 Zahlen aus JA/Anteilsbesitz der Muttergesellschaft (Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH)

10 Es liegen Daten zum 30.09.2010 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

11 Es liegen Daten zum 31.12.2010 vor.

12 Es liegen vorläufige Daten zum 31.12.2010 vor.

13 Die Gesellschaft wurde in 2010 gegründet, ein JA liegt noch nicht vor.

Kurs vom 31.12.2010

14 1 EUR = 0,8607 GBP

## Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft
1. BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
2. BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin
3. Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin
4. GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
5. LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin
6. LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
7. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

### (40) Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominal in TEUR	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Nennwert Deckungsmasse	3.022.757	2.898.460	4.615.073	5.314.274
Nennwert Pfandbriefumlauf	2.545.642	2.343.142	2.621.618	3.540.476
Nennwertüberdeckung	477.115	555.318	1.993.455	1.773.798
Barwert Deckungsmasse	3.196.986	3.034.329	4.854.624	5.516.459
Barwert Pfandbriefumlauf	2.624.124	2.418.788	2.743.238	3.517.564
Barwertüberdeckung	572.862	615.541	2.111.386	1.998.895
Risikobarwert Deckungsmasse	3.086.695	2.927.407	4.695.480	5.418.978
Risikobarwert Umlauf	2.531.117	2.343.369	2.688.337	3.620.414
Risikobarwertüberdeckung	555.578	584.038	2.007.143	1.798.564

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
in TEUR	31.12.2010		31.12.2009	
Ersatzdeckung	7,97	241.043	8,01	232.198
Bis zu einem Jahr	30,13	910.667	31,79	921.210
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	6,73	203.497	4,64	134.542
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	9,07	274.131	6,90	199.975
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	8,63	260.772	9,24	267.921
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	6,09	183.977	7,02	203.558
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	27,17	821.350	27,89	808.417
> 10 Jahre	4,21	127.321	4,51	130.639
Insgesamt:	100,00	3.022.757	100,00	2.898.460

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
	31.12.2010		31.12.2009	
bis zu einem Jahr	11,78	299.827	22,82	535.000
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	15,52	395.000	12,80	299.827
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	17,76	452.065	13,02	305.000
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	15,86	403.750	12,32	288.565
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	6,30	160.500	10,62	248.750
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	32,78	834.500	28,42	666.000
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	
Insgesamt:	100,00	2.545.642	100,00	2.343.142

## Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil %	Deckungsmasse	
		TEUR	TEUR
		31.12.2010	31.12.2009
Ersatzdeckung	0,00	0	0
bis zu einem Jahr	31,05	1.433.076	1.628.430
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	4,42	203.772	582.582
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	10,09	465.664	488.438
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	9,44	435.438	523.622
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	7,80	360.107	611.396
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	37,09	1.711.675	1.473.664
> 10 Jahre	0,12	5.341	6.142
Ersatzdeckung			
<b>Insgesamt:</b>	<b>100,00</b>	<b>4.615.073</b>	<b>5.314.274</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil %	Deckungsmasse	
		TEUR	TEUR
		31.12.2010	31.12.2009
bis zu einem Jahr	50,86	1.333.290	1.047.359
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	9,42	247.000	1.333.290
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	14,41	377.827	247.000
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	5,99	157.000	377.827
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	0,76	20.000	147.000
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	18,56	486.500	388.000
> 10 Jahre	0,00		
<b>Insgesamt:</b>	<b>100,00</b>	<b>2.621.618</b>	<b>3.540.476</b>

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:**

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:**

Größenklassen		
in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
bis 300.000 EUR	398.925	318.807
mehr als 300.000 bis 5.000.000 EUR	1.158.408	1.221.350
mehr als 5.000.000 EUR	1.224.382	1.126.105
<b>Summe:</b>	<b>2.781.715</b>	<b>2.666.262</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG:

Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
in TEUR	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Deutschland	71.307	50.344	150.605	108.417	911.850	476.990	1.133.762	635.751
Länder gesamt:	71.307	50.344	150.605	108.417	911.850	476.990	1.133.762	635.751

Regionen:	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
in TEUR	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Baden-Württemberg	0	0	79	0	0	0	79	0
Bayern	0	0	2.559	1.025	10.197	6.430	12.756	7.455
Berlin	59.015	37.322	100.227	74.388	800.270	400.683	959.512	512.393
Brandenburg	7.941	7.759	45.282	30.706	44.509	34.109	97.732	72.574
Bremen	49	0	0	0	0	0	49	0
Hamburg	156	156	0	0	287	881	443	1.037
Hessen	145	101	0	166	9.580	2.261	9.726	2.528
Mecklenburg-Vorpommern	1.367	1.432	127	0	2.904	3.037	4.398	4.469
Niedersachsen	114	118	156	159	9.677	6.927	9.947	7.204
Nordrhein-Westfalen	1.992	2.890	479	280	15.131	9.721	17.602	12.891
Saarland	0	0	0	0	822	0	822	0
Sachsen	0	0	644	644	14.809	10.589	15.453	11.233
Sachsen-Anhalt	0	0	174	186	3.306	2.352	3.480	2.538
Schleswig-Holstein	81	78	857	842	0	0	937	920
Thüringen	447	488	21	21	358	0	827	509
Insgesamt:	71.307	50.344	150.605	108.417	911.850	476.990	1.133.762	635.751

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG:

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten	Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
TEUR	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Deutschland	687.667	1.036.136	351.712	431.699	213.162	186.189	234.855	264.503	0	0	913	997	1.488.309	1.919.524
Frankreich	147.500	110.987	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	147.500	110.987
Polen	12.144	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12.144	0
Länder gesamt:	847.310	1.147.123	351.712	431.699	213.162	186.189	234.855	264.503	0	0	913	997	1.647.952	2.030.511

Regionen	Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
TEUR	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
DE Baden- Württemberg	7.487	6.288	21.852	58.559	21.458	21.848	14.994	17.658	0	0	0	0	65.791	104.353
DE Bayern	43.845	47.552	14.416	12.707	2.640	2.640	17.368	19.418	0	0	0	183	78.269	82.500
DE Berlin	368.400	706.825	62.778	55.026	73.279	74.496	41.007	45.061	0	0	801	438	546.266	881.846
DE Brandenburg	26.648	34.784	29.988	49.552	27.781	27.190	11.602	8.967	0	0	112	376	96.130	120.869
DE Bremen	0	0	2.253	2.253	0	0	0	0	0	0	0	0	2.253	2.253
DE Hamburg	4.921	4.957	0	0	0	0	11.408	11.408	0	0	0	0	16.329	16.365
DE Hessen	67.089	69.644	19.049	16.581	32.034	28.656	5.227	0	0	0	0	0	123.400	114.881
DE Mecklenburg- Vorpommern	2.736	2.623	16.804	17.104	0	0	107	107	0	0	0	0	19.647	19.834
DE Niedersachsen	26.351	27.471	28.141	42.874	5.517	5.940	14.961	14.755	0	0	0	0	74.969	91.040
DE Nordrhein- Westfalen	98.969	88.242	51.539	55.224	28.351	12.987	79.505	109.293	0	0	0	0	258.364	265.746
DE Rheinland-Pfalz	8.083	5.812	6.111	10.801	0	0	6.473	6.787	0	0	0	0	20.667	23.400
DE Saarland	0	0	2.064	2.064	152	152	0	0	0	0	0	0	2.216	2.216
DE Sachsen	15.591	14.980	14.536	14.495	6.183	446	23.659	22.505	0	0	0	0	59.969	52.426
DE Sachsen- Anhalt	12.031	9.992	27.037	33.173	4.398	4.398	3.386	3.386	0	0	0	0	46.851	50.949
DE Schleswig- Holstein	0	6.780	12.517	18.661	6.950	6.950	0	0	0	0	0	0	19.467	32.391
DE Thüringen	5.517	10.186	42.625	42.625	4.419	486	5.158	5.158	0	0	0	0	57.719	58.455
FR Île-de-France	147.500	110.987	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	147.500	110.987
PL Mazowieckie	12.144	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12.144	0
Insgesamt:	847.310	1.147.123	351.712	431.699	213.162	186.189	234.855	264.503	0	0	913	997	1.647.952	2.030.511

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

Lage des Grundpfandrechts	Rückständige Tilgung		Rückständige Zinsen	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
in TEUR				
Deutschland	80,7	9,0	91,5	8,5
Insgesamt:	80,7	9,0	91,5	8,5
Berlin	77,1	6,8	89,9	6,6
Brandenburg	0,0	2,2	0,0	1,9
Rheinland-Pfalz	3,6	0,0	1,6	0,0
Deutschland gesamt:	80,7	9,0	91,5	8,5

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2010	2009	2010	2009
Zum Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

Liquiditätsdeckung gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG

in TEUR	2010
Hypothekendarlehen	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	261.380
Liquiditätsdeckung am 20.01.2011	31,05
Liquiditätssaldo kumuliert am 21.06.2010	4,42
öffentlicher Pfandbrief	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	1.758.285
Liquiditätsdeckung am 20.01.2011	2.676.630
Liquiditätssaldo kumuliert am 21.06.2010	-918.345

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

Schuldner (direkt oder mit Garantie)	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
in TEUR										
Canada	0	0	35.000	0	0	0	0	0	35.000	0
Deutschland	290.314	302.191	2.448.643	2.394.364	154.078	220.467	1.632.234	2.193.934	4.525.269	5.110.956
Österreich	0	0	0	0	0	0	44.562	43.148	44.562	43.148
Polen	10.000	10.000	0	0	0	0	0	0	10.000	10.000
Rumänien	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	50.000
Ungarn	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	100.000
Insgesamt:	300.314	462.191	2.483.643	2.394.364	154.078	220.467	1.676.796	2.237.082	4.614.831	5.314.104

Angabe gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

Kundengruppen mit seit mindestens 90 Tagen rückständigen Leistungen

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebiets- körperschaften		Örtliche Gebiets- körperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
in TEUR										
Insgesamt:	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

## Organe der Landesbank Berlin AG

### Vorstand der Landesbank Berlin AG

**Dr. Johannes Evers**  
Vorsitzender

**Jan Bettink**  
ab 1. Januar 2011

**Serge Demolière**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Martin K. Müller**

**Patrick Tessmann**  
ab 1. April 2010

**Dr. Thomas Veit**  
bis 31. Dezember 2010

### Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG

<b>Heinrich Haasis</b> Vorsitzender	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands
<b>Bärbel Wulff *)</b> stellv. Vorsitzende	stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Heiko Barten *)</b>	Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Gerhard Grandke</b>	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
<b>Artur Grzesiek</b>	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn
<b>Sabine Hentschel-Vélez Garzón *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG
<b>Gerald Herrmann *)</b>	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin
<b>Jürgen Hilse</b> bis 14. Juni 2010	ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
<b>Claus Friedrich Holtmann</b>	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
<b>Michael Jänichen *)</b>	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

<b>Thomas Mang</b>	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
<b>Peter Mohr *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Wolfgang Pansegrau *)</b>	stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Helmut Schleweis</b> ab 14. Juni 2010	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
<b>Frank Wolf *)</b>	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\*) Arbeitnehmersvertreter

Berlin, 15. Februar 2011

**Der Vorstand**

Dr. Evers

Bettink

Demolière

Kulartz

Müller

Tessmann

**Anlagen**

- |           |  |
|-----------|--|
| Anlage 1: | Mandate von Mitgliedern des Vorstands in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB )                        |
| Anlage 2: | Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB, § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB ) |

## Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB beziehungsweise § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

## Vorstand

### Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

---

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main (bis 24.06.2010)
- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg (bis 31.05.2010)
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
  - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart  
(seit 15.03.2010, zuvor stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main (bis 16.04.2010)
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover (bis 13.04.2010)
- Mitglied des Beirats der
  - BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin (bis 17.06.2010)
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
  - Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
  - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

### Jan Bettink

Mitglied des Vorstands

---

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin  
(seit 04.01.2011, ab 01.01.2011 Mitglied des Aufsichtsrats)
- b) Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Kreditanstalt für Wiederaufbau – Anstalt des öffentlichen Rechts (KfW), Frankfurt am Main  
(ab 01.01.2011)

## Serge Demolière

Mitglied des Vorstands

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Börse Berlin AG, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
  - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg
  - LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Easdaq NV, Brüssel
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
  - LBB Finance (Ireland) plc, Dublin

## Hans Jürgen Kulartz

Mitglied des Vorstands

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Rölf's WP Partner AG, Düsseldorf (seit 21.06.2010)
- a)\* Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg
- b) stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
  - DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
  - Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
  - LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (ab 01.01.2011)

## Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (ab 01.01.2011)

---

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg

## Patrick Tessmann

Mitglied des Vorstands

---

- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- netbank Aktiengesellschaft, Hamburg (seit 31.05.2010)

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (seit 01.04.2010)

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main (seit 16.04.2010)  
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Berlin/Hannover (seit 13.04.2010)

Mitglied des Beirats der  
- BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin (seit 18.06.2010 bis 03.01.2011)

## Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands (bis 31.12.2010)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (bis 31.12.2010)

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main (bis 24.06.2010)

- a)\* Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin (bis 04.01.2011 Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (bis 31.03.2010)

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin (bis 05.12.2010)

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (bis 31.12.2010)

## **Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften**

### **Michael Jänichen**

- stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

### **Thomas Paulick**

- Mitglied des Aufsichtsrates
- netbank AG, Hamburg

### **Heinz-Günter Scheer**

- Mitglied des Aufsichtsrates
- netbank AG, Hamburg

### **Bartho Schröder**

- Mitglied des Aufsichtsrates der
- Bankenservice GmbH, Berlin

### **Hans-Jürgen Torkler**

- Mitglied des Aufsichtsrats der
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main (bis 09.09.2010)
  - netbank AG, Hamburg

### **Manfred Wiesinger**

- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankenservice GmbH, Berlin
  - netbank AG, Hamburg

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 2. März 2011

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

\*\*\*

**Gemäß § 16 Absatz 3 des Wertpapierprospektgesetzes können Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung der im Rahmen des jeweiligen Basisprospekts begebenen Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, diese innerhalb von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags durch eine Erklärung gegenüber der Landesbank Berlin AG widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist.**

Berlin, den 21. April 2011

Landesbank Berlin AG

(Antje Henning)

(Thomas Leicher)